

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 1,10 Mark monatlich...
Eingetragene in die Post-Verzeichnisse...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsbeständige Kolonial-
zeile über deren Raum 50 Pfg....

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 26. Juni 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Imperialismus.

In dem Artikel „Die Kolonialpolitik als Kulturgefahr“
der Nummern 140 und 143 des „Vorwärts“ wurde an der
Hand der im Verlage der „Leipz. Volksztg.“ erschienenen
Schrift des Genossen Parvus über die Gefahren der Kolonial-
politik nachgewiesen, mit welchen brutalen Mitteln die
deutsche Kolonialpolitik bisher betrieben worden ist...

„Die kapitalistische Ueberproduktion, also der Gegen-
satz zwischen der kapitalistischen Produktion und
der kapitalistischen Güterverteilung, der sich
aus der kapitalistischen Eigentumsform ergibt,
treibt das Kapital in den einzelnen Ländern dazu an,
durch die Gewaltmittel des Staats sich eine Son-
derstellung auf dem Weltmarkt zu verschaffen.
Das ist der Sinn der Schutzollsysteme, wie wir
sie zu Ende des 19. Jahrhunderts sich herausbilden
sehen. Der inländische Markt für das „nationale“ Kapital
— und der auswärtige ebenfalls! Indem man
sich aber gegenseitig durch Schutzoll verbarrika-
diert, schneidet man sich gegenseitig den
Markt ab. Nun versucht man es, sich gegenseitig
durch Ausfuhrprämien die Schutzoll zu unter-
minieren — eine aberwitzige Handelspolitik, die,
wie das sich an dem Beispiele der Zuckerprämien
gezeigt hat, mit einem kläglichen Bankrott endet.
Jugleich und umso mehr steigt das Bestreben,
sich in den Kolonien den Markt zu sichern,
den sich die Industriestaaten im Verkehr
miteinander gegenseitig abperren. Der
Drang nach den Kolonien ist die Flucht des Kapitals
vor seinem eigenen Schutzollsystem, das es
aber zugleich selbst auf die Kolonien überträgt.
Das ist der Imperialismus: ein Industriestaat
und ein Kolonialreich dazu, zusammen
durch eine Zollmauer von der übrigen
Welt getrennt.“

Diese Politik sei freilich nicht realisierbar.
Nichts desto weniger begibt sich die Kapitalistenklasse
waghalsig auf das Gebiet ebenso phantastischer
wie bodenloser Pläne: „Da die Kapitalistenklasse
die Staatsgewalt in ihrem Besitze hat, wird
diese utopistische Politik des Kapitals zu einer
Gefahr für die Völker, indem sie, da sie die
Weltmarktentwicklung mit Gewalt zu hintertreiben
sucht, zu Katastrophen auf dem Weltmarkt
und zu politischen Gewaltausbrüchen
führen muß und auch bereits geführt hat.“

England ist bis zu einem gewissen Grade
das Opfer dieser törichtsten Politik geworden.
Bis in die achtziger Jahre hinein hielt sich
Englands Warenausfuhr nach Europa und
seine Wareneinfuhr aus Europa ungefähr die
Wage. Dann aber trat ein Mißverhältnis ein,
das sich mehr und mehr verschärfte.
Speziell die Ausfuhr Englands nach
Deutschland ging infolge des Schutzollsystems
ganz erheblich herab, während sich
Deutschlands Einfuhr nach England ebenso
bedeutend erhöhte. Noch stärker wurde
Englands Export nach Amerika durch den
Dingley- und Mac Kinley-Tarif getroffen.
Und während die Schutzollstaaten Englands
Warenexport abhielten, benutzten sie den
Freihandel Englands, um nicht nur nach
England selbst, sondern auch nach den
englischen Kolonien nach Möglichkeit zu
exportieren.

Gegen diese Schutzollpolitik der anderen
Staaten richtet sich nun der englische
Imperialismus. Zwar dürfte sich dies
englische Weltreich wegen der Interessengegen-
sätze des Mutterlandes und der Kolonien
einerseits und der Kolonien untereinander
andererseits kaum realisieren lassen,
allein der englische Imperialismus
liefert nun erst recht den übrigen
Staaten, speziell Deutschland, den
Vorwand, sich auch seinerseits
immer mehr in kolonialpolitische
Abenteuer zu stürzen.

Aber selbst, wenn es gelingen sollte,
nach dem imperialistischen Ideal die
Kolonialmärkte durch Zollschranken
für die Eigenproduktion zu monopolisieren,
so wäre das durchaus kein Vorteil,
sondern die größte Gefahr für die
Volkswirtschaft und die nationale
Volkswohlfahrt. Die Konkurrenz
zwischen den einzelnen Industriestaaten
fördert die Industrie und den
Volkswohlfahrt, sie hebt die
Arbeitslöhne. Wir wissen, daß der
Weltmarkt die einzelnen Industriestaaten
immer mehr aufeinander anweist.
Sie sind bestrebt, sich gegenseitig
den Warenbedarf zu decken.
Dieser Warenbedarf ist ein komplizierter
und verfeinerter. Selbst das Ergebnis
der großindustriellen Entwicklung
unserer Zeit, bedingt er auch
seinerseits eine Verfeinerung der
Industrie — wenn auch, eingengt
durch die kapitalistische Eigentumsform,
die die Produktion und den
Verbrauch als feindliche und
soziale Reiche, einander gegen-
überstellt, diese Wechselwirkung
sich nicht voll entwickeln kann

und in neuen Widersprüchen zum Ausdruck
kommt. So sehen wir denn, neben der
Produktion von Massenartikeln, im
letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts
die Produktion von Spezialitäten,
von Qualitätsartikeln sich entwickeln.
Besonders der Handelsverkehr
zwischen England und Deutschland
trägt um diese Zeit den Charakter
eines Wettbewerbes um die Qualität.
Die Schutzoll des fremden Landes,
welche die Exportindustrie zu durchbrechen
hat, treiben sie zunächst auch
ihrerseits dazu an, teurere
Qualitätsware, welche den Zoll
leichter tragen oder gar abwälzen
kann, zu produzieren — daneben
freilich auch Massengut. ... Erst
die raffinierte Ausgestaltung der
neuen Zolltarife trifft auch die
Qualitätsware empfindlich, zwingt
zur Produktion von billigem
Massengut und Halbfabrikaten,
die mit den niedrigsten Zöllen
belegt sind. Die Exportindustrie
wird dadurch wieder auf ein
tieferes technisches Niveau
herabgedrückt. Die gleiche
Wirkung wie die Schutzollpolitik
hat aber auch die Produktion
für den primitiven Bedarf der
Eingeborenen in den Kolonien.
Die Wirkungen des Schutzoll und
der durch künstlich gesteigerten
Ausfuhr nach den Kolonien
hat England besonders scharf zu
spüren bekommen. So schreibt
W. A. Hewins in Galles „Weltwirtschaft“:
„Der natürliche Entwicklungsgang
war, daß die englischen Indu-
strien immer höheren Stufen
aufstrebten, höher geschulte
Arbeiter beschäftigten und höhere
technische Tüchtigkeit entfalteten.
Tatsächlich aber durfte der
Entwicklungsgang sich erheblich
abweichend gestalten. Die
zivilisierten und fortschrittlichen
Märkte schloßen sich und
gezwungen, mit den rückständigen
Teilen der Welt zu handeln,
muß das britische Gewerbe
deren Bedürfnis entsprechende
Ware erzeugen.“ Der genannte
Autor belegt das namentlich
durch Beispiele aus der
Wollindustrie und Baumwollindustrie.

Es ist also klar, daß die Produktion
für die Kolonien die Industrie
disqualifiziert, ihre Anforderungen
an die Technik und auch die
Arbeiter heruntersetzt und
dadurch zu einer rückläufigen
Entwicklung der Produktion
führt. Das koloniale Mutterland
England bietet ja den Beweis
dafür! Die technische Höhe
der Industrie steht aber mit
der Höhe der Arbeitslöhne
im innigsten Zusammenhang.
Das beweisen ja schon die
Unterschiede der Arbeitslöhne
in den verschiedenen Produktions-
zweigen. Und es ist charakteristisch,
daß, während in England
bürgerliche Gelehrte das
prozentuale Steigen der
Ausfuhr nach den Kolonien
sehr pessimistisch beurteilen,
man in Deutschland die
Arbeiter durch den Hinweis
auf eine gesteigerte
Kolonialausfuhr für die
Kolonialpläne zu begeistern
sucht!

Aber es kommt noch ein weiteres
in Betracht. Die industrielle
Entwicklung Amerikas hat
unverkennbar zu den Lohnsteigerungen
auch der europäischen Arbeiter
nicht wenig beigetragen.
Nicht nur dadurch, daß sie
die überzählige Bevölkerung
Europas absorbierte und
dadurch das Arbeitsangebot
in Europa verminderte,
sondern auch dadurch,
daß Amerika, veranlaßt
durch den relativen Mangel
an Arbeitern, auf die
Intensivierung der Arbeit
und die Verallgemeinerung
und Verfeinerung der
Maschinerie bedacht sein
mußte. Diese Fortschritte
der Arbeitstechnik in
Amerika wirkten auch
auf Europa zurück.

Eine ganz andere Wirkung
aber, wie die Industrialisierung
Amerikas, muß die
Industrialisierung Asiens
mit sich bringen. Bekanntlich
gehören ja die Mongolen
zu den technisch geschicktesten
Arbeitern. Wenn aber
schon jetzt die Konkurrenz
beispielsweise in den
„Vereinigten Staaten“ die
Lage der weißen Arbeiterschaft
auf schwerste bedrohte,
so wird eine Industrialisierung
Chinas bei der Masse
der vorhandenen Arbeitskräfte,
der Geschicklichkeit derselben
und ihrer Anspruchlosigkeit
für die europäische
Industrie die schwerste
Konkurrenz bedeuten.
Ferner wird die Industrialisierung
Chinas auch den Auswanderungs-
drang der mongolischen
Rasse gewaltig steigern
und die Verwendung
weißer Arbeiter in
Asien und Afrika bald
völlig ausschließen.
Die Tendenzen der
Industrialisierung Asiens
werden also gerade die
umgekehrten sein, wie
die der Industrialisierung
Amerikas. Und statt
dieser Gefahren durch
einen Zusammenschluß
der Industrieländer
der weißen Rasse
beizugehen, unterbindet
man sich gegenseitig
durch das Schutzollsystem
die Lebensmöglichkeit,
drückt man durch
einen forcierten Export
nach den Kolonien die
technische Höhe und
die Löhne der Arbeiter
herab, schafft man
durch imperialistische
Utopien immer neue
Reibungsflächen
zwischen den Völkern
der weißen Rasse,
die alle Ursache hätten,
gegenüber der auf
wirtschaftlichem Gebiete
tatsächlich drohenden
„gelben Gefahr“
sich so eng als möglich
zusammenzuschließen!

So zeigt sich, daß unsere
Kolonialpolitik, statt einer
Ausweitung der wirtschaftlichen
Lebensmöglichkeiten der
kapitalistischen Staaten
zu bedeuten, in einer
Sackgasse endet und die
schwerste Bedrohung
unserer Kultur in sich
schließt!

Die Winzer-Bewegung.

Clemenceaus Meister.

Paris, 24. Juni. (Fig. Ver.)

Den Ruf, ein großer Politiker zu sein,
hat Clemenceau gleich am Beginn
seiner Ministerkammer eingeblüht.
Den Ruhm, Frankreichs größter
Schlaukopf zu sein, hat er nun
auch nicht mehr. In Marcellin
Albert fand er seinen Meister.
Clemenceau, der mit allen
Salben geschmierte Spötter,
ist von dem schlichten, ernsthaften
Bauern gründlich hereingelegt
worden. Eine Armee hatte der
Minister ausgesendet, um
Albert gefangen zu nehmen,
ungezählte Polizisten, um ihn
aufzuspüren, und Marcellin fuhr
unerkannt durch zwei Drittel
Frankreichs und kam ungehindert
bis ins Wohnzimmer des
Ministers. Es hat gestern
keinen Menschen in Frankreich
gegeben, der nicht über den
Poffen, der Clemenceau da
gespielt worden ist, gelächelt
hätte.

Der Herr Minister hat nun an
seinem Besuche eine wenig
edle Nebensache genommen.
Durch seine Offiziösen ließ
er seine Unterredung mit dem
„Erlöser“ so darstellen, als ob
Er diesen gleich einem Schulkun-
stler heruntergeputzt und mit
Neuertrauen heimgeschickt
hätte, zugleich aber sorgte er
dafür, daß seine eigene
„Ritterlichkeit“ bengalisch
belauscht wurde, die ihn von
der Verhaftung des in sein
Haus gekommenen Gegners
Abstand nehmen ließ. Die
Wahrheit ist, daß ihm
Marcellin Alberts Verfahren
keine andere Geste übrig
gelassen hat!

Es wird nicht an Leuten
fehlen, welche die Reise des
Bauernführers nach Paris
als einen Erfolg der
Negierung deuten werden,
weil die Bauern damit ja
den abgebrochenen Verkehr
mit der Staatsgewalt wieder
aufgenommen hätten.
Betrachtet man aber die
tatsächliche Wirkung von
Marcellin Alberts Schritt,
so merkt man, daß der Mann
einen äußerst geschickten
Schachzug gemacht hat,
durch den er die Regierung
zum Weichen zwingt: Wenn
Marcellin Albert nicht
verhaftet wird, so beweist
das, daß er der öffentlichen
Ordnung nicht gefährlich
ist. Damit fällt aber auch
der Vorwand, unter dem
seine Genossen gefangen
gehalten werden! —
Clemenceau hat Albert
aufgefordert, zur
Beruhigung der Bevölkerung
beizutragen. Aber da muß
er logischerweise auch die
anderen freilassen, die ihre
Befähigung für diese
Aufgabe ja so lange gezeigt
haben, bis die Gendarmen
Clemenceaus sie daran
hinderten.

Der „Temps“, der jetzt
ganz Clemenceau-offiziös
ist, sucht sich um diese
Folgerungen herumzudrücken,
indem er die Nichtfreilassung
Ferrouls und seiner
Genossen mit der Trennung
der Gewalten rechtfertigt.
Als ob Verwaltung und
Justiz nicht bei der
Verhaftung gründlich
Hand in Hand gearbeitet
hätten! Herrn Clemenceau
überhaupt, der immer,
wenn er in der
Klemme ist, ein „Komplot“
erfindet und die
Gerichte in Bewegung
setzt, dem erst vor
kurzem im Prozeß gegen
Dousquet und
Mard die unverfälschten
Eingriffe in die
Justiz nachgewiesen
worden sind, als
unerbittlichen
Wahrer verfassungsrechtlicher
Prinzipien
hinzustellen, das ist
wahrlich ein
drolliger Einfall.
Und ist schließlich
die Nichtverhaftung
Alberts, gegen den
ein formeller
Haftbefehl vorliegt,
nicht eine
Eummischung?

Im übrigen deutet
der heutige Artikel
des „Temps“
darauf hin, daß
auch eine baldige
Entlassung der
übrigen verhafteten
Winzerführer zu
erwarten ist.
Es sei nicht
daran zu
zweifeln, meint
das Blatt, daß
das Gericht die
provisorische
Enthaltung
bewilligen werde,
wenn es sich
herausstelle,
daß die
Autorität der
Gesetze nicht
darunter leide,
ja der
öffentliche
Friede dadurch
gewinnen könne.
Diese Erkenntnis
kommt leider
sehr, sehr spät:
sie kann die
Toten nicht
erwecken, die
der Herrenwahn
Clemenceaus
gefordert hat,
der „bis zum
äußersten
Ende gehen“
zu müssen
meinte.

Abgelehnt!

Argesters, 25. Juni.
Das Winzerkomitee
trat gestern
unter dem
Vorsitze
Alberts
zusammen.
Dieser
legte
über
seine
Pariser
Mission
Rechenschaft
ab, wobei
er
den
ihm
erteilten
Auftrag
Clemenceaus
zur
Kenntnis
brachte.
Die
Versammlung
beriet
über
zwei
Stunden,
nahm
aber
schließlich
eine
Resolution
an,
in
welcher
die
Vorschläge
Clemenceaus
abgelehnt
werden
und
beschlossen
wird,
die
Bewegung
fortzusetzen.
Weiter
verlautet,
daß
die
Komiteemitglieder
es
Albert
zur
Ehrenpflicht
gemacht
hätten,
sich
dem
Gerichte
zu
stellen. —

Unerbittlich!

Paris, 25. Juni.
Der heutige
Ministerrat
besprach
die
Lage
im
Süden
und
beschloß,
den
Antrag
der
sozialistischen
Deputierten
auf
vorläufige
Freilassung
der
bei
den
Kundgebungen
im
Süden
verhafteten
Bürger
zu
bekämpfen,
da
der
Antreas
„antikons-
titutionell“
sei.
Der
Ministerrat
beschloß
ferner,
den
Oberlandes-
gerichtsrat
und
Vorsitzenden
der
Anlagekammer
in
Montpellier,
André
Réjouis,
wegen
eines
Briefes,
der
wahrhafte
Bedrohungen
gegen
die
Regierung
enthält,
vor
dem
Obersten
Gerichtshof
für
Richter
zu
bringen.

Marne im Secre.

Beziers, 25. Juni.
(B. G.)
Das 17.
Infanterieregiment
wird,
wie
nunmehr
mitgeteilt
wird,
definitiv
nach
den
Kolonien
verlegt
werden.
Die
Nachricht,
welche
begreiflicher-
weise
in
allen
militärischen
Kreisen
fortgesetzt
höchste
Befremden
hervorgezogen
hat,
hat
den
Mannschaften
des
111.
und
anderen
Regimentern
Anlaß
gegeben,
öffentlich
ihre
Sympathie
für
das
17.
Regiment
auszubringen.

Die russische Revolution.

Rückwärts! rückwärts!

Die „Russische Korrespondenz“ meldet: Jede öffentliche Diskussion ist unmöglich gemacht. Die Zeiten sind vollkommen wie jene unter Plehwe. Tugende von Zeitungen werden täglich unterdrückt, resp. es wird ihnen das Erscheinen dadurch unmöglich gemacht, daß sie mit Geldstrafen belegt werden, die sie nicht aufzubringen vermögen. Nur die Organe des Verbandes des russischen Volkes erscheinen und behaupten, daß Rußland zur absoluten Staatsform zurückgekehrt sei. Diese Behauptung entspricht zwar nicht den Verhältnissen, aber dem tatsächlichen Verhältnis! Die Regierung zwingt daher die Bevölkerung, zu den konspirativen Methoden der früheren Zeit zurückzukehren! —

Terror gegen Terror.

Petersburg, 25. Juni. (W. G.) Die Revolutionäre veröffentlichen eine neue Liste von Todesurteilen gegen eine Reihe von hochgestellten Personen. Den Hauptern der revolutionären Militärorganisation ist es größtenteils gelungen, der Polizei zu entfliehen. Die Wahrung unter den Truppen in den verschiedenen Gouvernements dauert fort, insbesondere wird eine Emence der Festungstruppen befürchtet.

Petersburg, 25. Juni. In Belarussien sind ernste Unruhen ausgebrochen. Die einschreitenden Kosaken wurden mit Gewehr- und Revolvergeschüssen empfangen und machten darauf ebenfalls von der Feuerwaffe Gebrauch. Es gab zahlreiche Tote und Verwundete.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Juni 1907.

Minister-Mauerei.

Der Sieg Bülow's ist, wie wir im gestrigen Leitartikel ausführten, nur ein Teilsieg. Er hat seine Stellung als Reichskanzler gereinigt und Bülow's und Staudt zur Strecke gebracht; aber Freiherr v. Rheinbaben, unter dessen Banner in den letzten Wochen die ministeriell-bureaucratische Fronte gegen ihn steht, bleibt auf seinem Platz, wenn auch v. Rheinbaben den sonst so sorgsam beachteten heiligen Regeln der Anciennität zum Trost nicht zum Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums ernannt wurde, sondern der erst vor zwei Jahren ins Staatsministerium eingetretene Herr v. Bethmann-Hollweg. Dieses Verbleiben des gegen Bülow „frontirenden“ Finanzministers im Amte paßt den Intimen des Kanzlers nicht; und in einigen der Bülow'schen Modopolitik dienenden Blättern wird denn auch bereits ziemlich unerblickt gefordert, daß auch der Finanzminister weichen muß und Herr v. Rheinbaben nach den Traditionen der preussischen Ministeriehre eigentlich die Verpflichtung hat, sich über die ihm widerfahrne Zurücksetzung verlesen zu fühlen und sich für amtsmilde zu erklären. So schreibt z. B. die „Magdb. Ztg.“:

„Eine leichte Spannung zwischen Bülow und Posadowsky war immer vorhanden. Es kam aber hinzu, daß Graf Posadowsky in seiner fleißigen Ressortarbeit wenig Eifer für die Stellvertretung des Fürsten Bülow die Gesamtpolitik zu leiten, deren neuere Richtung ihm nicht ganz nach dem Herzen war, und so ging die Leitung in Preußen mehr und mehr nach einer Art von Tradition in die Hände des Finanzministers über. Herr v. Rheinbaben, der den Typus des eleganten Bureaucraten mit einer gewissen harmlosen Sozialität vertritt und von seinem Vorgänger und Meister das hervorragende Talent zur politischen Intrigue wohl nicht übernommen hat, wurde in dieser Position vielleicht nicht ganz mit seinem Willen zum Haupt der sich bildenden preussischen Fronte, die ihn zur gegebenen Zeit auf den Schild erheben haben würde. Es ist ein starker Schlag, daß über ihn hinweg nun der als Minister jüngere Bethmann-Hollweg zum stellvertretenden Leiter der preussischen Politik gemacht worden ist.“

Nach etwas deutlicher werden die „Münchener N. Nachr.“: „So ist die Wahl zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums auf Herrn v. Bethmann-Hollweg gefallen, obwohl er erst seit zwei Jahren preussischer Minister des Innern und Mitglied des preussischen Staatsministeriums ist — was insbesondere im Hinblick auf die langjährige Amtsdauer des Finanzministers v. Rheinbaben vermerkt zu werden verdient, der dieses Amt als Nachfolger Alvens's erhielt, und wenn es wie früher nach der Anciennität gegangen wäre, gleich seinem Vorgänger auch das Vizepräsidium des preussischen Staatsministeriums hätte erhalten müssen. Daß bei der hinreichend bekannten ausgesprochenen Eigenart und Richtung des gegenwärtigen preussischen Finanzministers seine Bestellung zum Stellvertreter des Reichskanzlers im Präsidium des preussischen Staatsministeriums von vornherein ausgeschlossen war und auch ein schwerer Fehler gewesen wäre, haben die letzten Tage gezeigt. Es fragt sich insofern auch, ob die neuen Veränderungen nicht am Ende noch weitere Änderungen, wenn auch nicht gleich, so doch in absehbarer Zeit, zur Folge haben werden.“

Dagegen wird von konservativen Blättern Herr v. Rheinbaben als unerlässliche Stütze des Staatsministeriums gepriesen. Das Intrigenpiel ist also noch nicht aus. Es wird um die Ministerposten weiter gekraut — wenn auch in Handschuhen. —

Die amtliche Bekanntmachung der Ministerberänderungen im „Reichsanzeiger“ liefert noch einen kleinen, aber nicht unwichtigen Beitrag zur Zeichnung der Situation. Die Meldungen des amtlichen Blattes verzeichnen zwei Pfänder: Herr v. Staudt ist ins Herrenhaus berufen worden (wobin er gehört) und dem bei der Bestellung des Vizepräsidenten des Staatsministeriums übergangenen Finanzminister v. Rheinbaben, dem Führer der Ministerkamarilla wider Bülow, ist der höchste preussische Orden, der Schwarze Adlerorden verliehen worden. Diese Verleihung im jetzigen Momente, wo es keine besonderen Taten des Finanzministers zu belohnen galt, ist höchst auffällig und kennzeichnet sich deutlich als Kompensation.

Bülow's Blatt, die „Nordd. Allg. Ztg.“, versichert heute an erster Stelle, daß Fürst Bülow sich mit dem Finanzminister Freiherrn v. Rheinbaben in gutem Einverständnis befindet. Rheinbaben scheint demnach noch ziemlich fest zu sitzen. —

Ein Reichsamt für Sozialpolitik.

In der Notiz, durch die die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Verabschiedung Posadowsky's und Staudt's ankündigte, wurde bereits angedeutet, daß eine Teilung des bisher vom Grafen Posadowsky verwalteten Reichsamts des Innern geplant sei. Wie diese Teilung gedacht ist, darüber machen in einer allem Anschein nach offiziellen Notiz die „Verl. Pol. Nachr.“ nähere Angaben. Es soll die Abteilung

für Sozialpolitik vom Reichsamt des Innern getrennt und für sich ein besonderes selbständiges Reichsamt für Sozialpolitik geschaffen werden — in derselben Weise, wie längst das Kolonialamt vom Ressort des Außenwärtigen losgelöst und in ein besonderes selbständiges Reichsamt umgewandelt worden ist. Das Reichsamt des Innern wie die Stelle eines Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums verbleibt Herrn von Bethmann-Hollweg, während für das Reichsamt für Sozialpolitik ein neuer Staatssekretär ernannt wird. Die „Verl. Pol. Nachr.“ teilen darüber mit:

„Die bereits seit längerer Zeit erwogene Frage der Teilung des Reichsamts des Innern dürfte in Verbindung mit dem jetzigen Wechsel in der Person des Staatssekretärs demnächst in positivem Sinne ihre Erledigung finden. Wenn es schon bisher überaus schwer war, das nach und nach so umfangreich gewordene Ressort mit voller Verantwortung zu leiten, so erscheint dies doch geradezu unmöglich, wenn der Staatssekretär zugleich als Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums fungieren soll. Man wird in der Annahme sicher nicht fehlgehen, daß es bei der Besetzung der nunmehr seit sechs Jahren erledigten Stelle des Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums sich nicht lediglich um die formale Leitung dieses Kollegiums, sondern auch darum handelt, für die volle Einheitlichkeit der Gesamtpolitik in den verschiedenen Ministerialressorts zu sorgen. Wenn so die Teilung des Reichsamts des Innern aus praktischen Gründen zu einer Notwendigkeit geworden ist, so dürfte sich diese sicher in der Art vollziehen, daß die sozialpolitische Abteilung des Reichsamts zu einem selbständigen Reichsamt für Sozialpolitik ausgestaltet wird. Inwieweit bestätigt sich die bereits vor einiger Zeit in der Presse verbreitete Nachricht von der bevorstehenden Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes.“ —

Die Sozialpolitik in Bülow's Gut.

Die „Tägliche Rundschau“ glaubt, daß die Entlassung Posadowsky's keine Abgabe an die Sozialpolitik bedeute. Solcher Glaube wird in Deutschland nicht allzu viel gefunden werden. Er ist um so rührender, als er sich auf etwas stützt, was nach kein Mensch gesehen hat, nämlich auf des Reichskanzlers — man höre und staune! — sozialpolitisches Verständnis!

Das Leitblatt des Reichstages ist die „Nordd. Allg. Ztg.“ und dieses ehrenwerte Blatt schrieb am selben Tage, da die „Tägliche Rundschau“ ihren festen Glauben an Bülow's sozialpolitisches Verständnis befestigte:

„Betrachtung verdienen die Vorgänge in der Gewerkschaftsbewegung, die ein neuerliches starkes Aufschwollen der sozialdemokratischen Hochflut und eine ungeheurer Kraft der Offenheit gegenüber dem Unternehmertum aufweist. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften begnügen sich immer weniger mit Not- und Erwerbsstreiks, sondern ziehen immer stärker zur wirtschaftlichen Offensive durch Lagen- und Nachtstreiks über, die nicht eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen selber, sondern die Geltendmachung formaler Rechte, eine Art von Herrenstandpunkt der Arbeiter den Unternehmern gegenüber, zum Gegenstand hatten. Gerade diese Streiks, die besonders die Anerkennung der sozialdemokratischen Organisationen seitens der Arbeitgeber zum Mittelpunkt hatten, sind in letzter Zeit immer häufiger geworden, die Verunsicherung nicht nur materielle, jedem Arbeiter ohne weiteres verständliche Interessen, sondern lediglich zur Befriedigung eines gewissen Machtgelüsts hat infolge der Agitation gewerkschaftlicher Scharen und Heyen ständig zugenommen.“

Arme deutsche Sozialpolitik! Wie wird es dir ergehen in der Gut Bülow'scher sozialpolitischer Verhältnisse! —

Das Glend der Eisenbahntarifreform.

Wer darauf gerechnet hat, daß die Verfassung des großen „Praktikers“ Breitenbach zum Eisenbahnminister zu einer Verminderung des Bureaucratismus im Eisenbahnwesen führen würde, wird sich zweifellos nicht gerade angenehm enttäuscht fühlen. Seit dem Amtsantritt des Herrn Breitenbach haben sich widersprüchliche Verordnungen, Verfügungen, Anweisungen usw. vom grünen Tisch enorm gehäuft. Besonders hat die Durchführung der Personentarifreform eine Masse von widersprüchlichen, sich gegenseitig aufhebenden vorläufigen, einstweiligen und zeitlich beschränkten Bestimmungen ausgelöst, daß sich in dem Maß der schon ausgetesteten Verordnungen heute kein höherer und unterer Beamter mehr zurecht findet, und die Ratlosigkeit des ganzen Betriebes geradezu den Spott heraufschreit. Die früheren Zollkuriosa, von denen so oft berichtet wurde, sind ein Kinderpiel gegen die Eisenbahnkuriosa, auf die jeder sieht, der sich genötigt sieht, die Verkehrsmittel des Breitenbach'schen Reichs in Anspruch zu nehmen. Ueber einige recht interessante „Unstimmigkeiten“ dieser neuen Reform“ berichtet das „Verl. Tagebl.“:

1. Die Hochfarte Köln—Halle kostete vor der Reform hin und zurück 2,20 M., gültig für alle Tage. Da auf der Hin- und Rückfahrt von sieben Tagen sechs, auf der Rückfahrt von fünf Tagen drei Zuschlagsschritte sind, so kommt die Hin- und Rückfahrt jetzt in der Regel auf 2,50 M.; das ist eine Verteuerung von circa 30 Proz. (ohne jedes Gepäck).

2. Für die Strecke Rünigshütte—Bautzen (8 Kilometer) kostete früher eine Rückfahrkarte dritter Klasse ohne Zuschlag 50 Pf., jetzt zweimal 50 Pf., also 60 Pf.; mit Zuschlag 50 Pf., während die Rückfahrkarte für alle Tage gültig war.

3. Die Hochfarte Köln—Bonn kostete hin und zurück 9,70 M. fährt man dagegen auf derselben Strecke je 15 Kilometer weniger: von Köln nach Dorscheid und zurück, so kostet die Karte jedesmal 5,10 M., also zusammen 10,20 M.

4. Bei der Fahrt Hamburg—Hannover kostet der Schnellzugzuschlag dritter Klasse 1 M. Nimmt man jedoch bei der Hin- und Rückfahrt eine gewöhnliche Karte dritter Klasse ohne Zuschlag, aber zunächst nur bis Alneburg, und von dort von neuem bis Hannover, so zahlt man nur 25 und 50 Pf. gleich 75 Pf.

Am unangenehmsten sind jedoch die „Unstimmigkeiten“ des Gepäcksverkehrs. Man höre:

7. Die Strecke Posen—Gnesen war bisher laut Durchschuß 50 Kilometer, jetzt hat sich die Bahnverwaltung 51 Kilometer herausgerechnet, berechnet also Zone 2 statt Zone 1. Um dem zu entgehen, wollte ich meine Koffer — ich reise mit 500 Kilogramm, muß also für 900 Kilogramm bezahlen! — vom Vorortbahnhof Gnesen aus aufgeben, von wo die Strecke laut Eisenbahnaußweis nur 48 Kilometer beträgt. Und der Erfolg? Es wurde mir bedeutet, daß jetzt der Vorortbahnhof mit in den Hauptbahnhof einbezogen sei, und daß diese 48 Kilometer auch als Zone 2 berechnet werden müßten. Der Pöbel... erzwingt sich also auf dem Verordnungsweg gewaltsam höhere Preise, als er selbst in seinen Berechnungen verlangt. Ich habe demgemäß bezahlt für die Strecke Posen—Gnesen und zurück je 18 M. statt 9 M. und ebenso für die Strecke Posen—Pommern 28 M. statt 27 M., ferner von Pommern nach Thorn-Ob. (50 Kilometer) 18 M. statt 9 M., weil die Strecke nach Thorn-Ob. 52 Kilometer ist und die Wohnhöhe zusammengezogen sind, im ganzen kostete mich also dieses Gepäck in diesen drei Tagen 90 M. statt 54 M.“

Staudt's letzte Tat.

Schlesische Blätter melden: Die königliche Regierung in Oppeln hat im Auftrag des Kultusministers 23 Volksschul-Lehrer des Regierungsbezirks durch Geldstrafen und Entziehung ihrer Deputate gemahnt. Die Mahnungen erfolgten, weil die Lehrer Artikel gegen den Fremdenelch in die linksstehende Presse gebracht hatten. Gleichzeitig verbot ihnen die

Regierung jede weitere Bedienung der Presse. — Staudt hat sich also einen seiner würdigen Ausgang gesichert.

Der Verein für Sozialpolitik hält in diesem Jahre seine Generalversammlung vom 30. September bis 2. Oktober in Magdeburg ab. Auf der Tagesordnung steht, den „W. N. R.“ zufolge, als erster Gegenstand die berufsmäßige Vorbildung der volkswirtschaftlichen Beamten, wofür Geh. Hofrat Professor Dr. Vöhrer-Belzig und Handelskammerpräsident Dr. Behrend-Magdeburg referieren. Die beiden anderen Tage werden der Erörterung des in einer umfangreichen Enquete vorbereiteten Themas „Verfassung und Verwaltung der Organisation der Städte“ gewidmet sein. Hauptreferent ist Geh. Justizrat Prof. Dr. Vorning-Halle a. S.; mit zwei weiteren Referenten sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. —

Freiinn und gleiches Wahlrecht.

Im Chemnitzer Stadterordnetenkollegium hatten unsere Genossen die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gefordert an Stelle des jetzigen Berufswahlrechts, das der Arbeiterklasse nur neun Sitze gibt. Die gesamten bürgerlichen Stadterordneten stimmten gegen die sozialdemokratische Forderung, darunter auch die freisinnigen Kollegiumsmitglieder. Der eine dieser modernen Freisinnigen sang sogar ein Loblied auf das Berufswahlrecht. Der Mann ist Vorstandsmitglied der entschieden freisinnigen Organisation in Chemnitz. Weiter kann schließlich die politische Verwirklichung des Freisinn nicht mehr getrieben werden.

Pfarrherrlicher Bauerndenton.

In unserer Nummer 135 brachten wir unter obigem Titel eine Notiz, die sich mit Vorgängen in einer Pfarrenwahlversammlung in Weitzing beschäftigte. Zu dieser Notiz sendet uns der Dekan von Weitzing als Vorsitzender der Versammlung eine Berichtigung, in der er erklärt, daß die in der Notiz einem katholischen Pfarrer in den Mund gelegten unangenehmen Worte weder von dem einzigen anwesenden katholischen Pfarrer, noch von einem anderen anwesenden katholischen Geistlichen, noch von irgend einem Teilnehmer an der Versammlung gesprochen wurden. —

Oesterreich.

Die Präsidentenwahl.

Wien, 25. Juni. (Abgeordnetenhause.) Nach Verifizierung derjenigen Wahlen, gegen welche ein Protest nicht erhoben war, nahm das Haus unter Kommissarhaft und unter Anwendung von Stimmzetteln die Präsidentenwahl vor. Abgegeben wurden im ganzen 180 Stimmzettel, darunter waren 24 unbeschrieben und 3 ungültig. Das Ergebnis ist folgendes: Weiskirchner (Christlichsozial) mit 351 Stimmen zum Präsidenten gewählt; Vernerstorfer erhielt 101, Susterle 1 Stimme. Die Verlesung des Ergebnisses wurde von den Christlichsozialen mit anhaltendem Beifall aufgenommen.

Zum ersten Vizepräsidenten wurde Jacel mit 329 Stimmen gewählt. Nach einer mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Dankrede Jacel's erhebt Romanzogl namens der Ruthenen Protest gegen die Kandidatur Starezyński's für den Posten des zweiten Vizepräsidenten, da gegen die Wahl Starezyński's in den Reichsrat Proteste vorlägen und Starezyński ein Ruthenenfeind sei. Gleichzeitig beantragt Romanzogl, die Sitzung auf eine halbe Stunde zu unterbrechen, um einen anderen Kandidaten aufzustellen. Dieser Antrag wird abgelehnt und Starezyński mit 270 Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Das Ergebnis der Wahl wird von den Polen mit lebhaftem Beifall und Handklatichen aufgenommen, während die Ruthenen sowie einzelne Sozialdemokraten lärmend protestieren.

Ununterbrochene lärmende Protestrufe begleiten die Antrittsrede Starezyński's, die am Schluß von den Polen und Christlichsozialen mit stürmischem Beifall aufgenommen wird; die Protestrufe der Ruthenen und Sozialdemokraten dauern noch längere Zeit an.

Die Wahlen haben sich so glatt vollzogen, weil die Tschechen infolge eines Kompromisses mit den — Christlichsozialen den Widerstand gegen die Kandidatur Weiskirchner aufgaben. Als Äquivalent erhielten die Tschechen den ersten, die Polen den zweiten Vizepräsidenten! Die Hoffnung unserer österreichischen Genossen, einen Vertreter ins Präsidium zu bekommen, ist auf diese Weise durch die sozialistenfeindliche „Paarung“ vereitelt worden. —

Frankreich.

Freigesprochene Antimilitaristen.

Paris, 25. Juni. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Die zwölf Unterzeichner des letzten antimilitaristischen Aufrufes, der das Verhalten der Soldaten gegen Streikende behandelte, sind heute von den Geschworenen sämtlich freigesprochen worden. —

England.

Der Feldzug gegen das Oberhaus wurde am Montag im Unterhause fortgesetzt. Premierminister Sir Henry Campbell-Bannerman brachte eine Resolution über die Reform des Oberhauses ein und führte aus: er wolle dem Hause die Umrisse eines Baues unterbreiten, der später in einer Gesetzesvorlage Gestalt gewinnen solle, die Regierung wolle aber hinsichtlich des Zeitpunktes der Einbringung des Gesetzesvorfalles von der Befugnis, nach ihrem Ermessen zu handeln, Gebrauch machen. Einstweilen wünsche die Regierung die Meinung des Unterhauses kennen zu lernen, um festzustellen, daß sie das Haus der Gemeinen hinter sich habe. Die Regierung, die glaube, daß das Unterhaus allein die Qualifikation habe, die Bestimmungen des Bundes in maßgebender Weise zum Ausdruck zu bringen, würde dann zu weiterem Vorgehen im Stande sein, in dem Vertrauen, daß sowohl das Land, als auch das Haus hinter ihr stehe. (Beifall.) Die Resolution enthalte den Grundgedanken der Vorherrschschaft des Unterhauses. Der Premier übte dann scharfe Kritik an der Verschiedenheit in der Haltung des Oberhauses unter konservativen und liberalen Ministern und erklärte, die liberale Partei habe nie die Auffassung angenommen, daß ein nicht gewähltes, nicht wechselndes, nicht auflösbares und nicht verantwortliches Haus ein Recht habe, die Befugnis einer Auflösung über dem Unterhaus schreiben zu lassen. Redner kündigte an, der Regierungsvorschlag gehe dahin, daß, wenn die beiden Häuser eine Einigung bezüglich eines Gesetzesvorfalles unmöglich fänden, eine Konferenz einer beschränkten Zahl von Vertretern beider Häuser abgehalten werden soll; wenn die Konferenz ergebnislos verlaufen sollte, so solle der Entwurf, sei es mit, sei es ohne Abänderung, nach einer Frist von sechs Monaten oder in Fällen von großer Dringlichkeit nach längerer Frist im Unterhause wieder eingebracht werden dürfen, alle Studien unter Einschränkungen der für die Diskussion eingeräumten Zeit durchlaufen und dann wieder zum Oberhaus zurückgeschickt werden. Ergäbe sich dann noch eine Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Häusern, so könne eine zweite Konferenz abgehalten werden. Falls dieser Versuch zu einem Ausgleich fehlschläge, so würde der zweite Entwurf wieder im Unterhause eingebracht, rasch durch alle Stadien durchgedrückt und dann dem Oberhause zugeführt werden mit der Mahnung, daß, wenn der Entwurf nicht in der Form von den Lords angenommen würde, er über ihren Kopf durchgehen werde. (Beifall.) Dieser Plan gebe reichliche Gelegenheit für Diskussion und Ueberlegung, die Regierung halte diesen Plan für durchführbar, gerecht, zweckmäßig und wirksam. Es könnte gesagt werden, es werde einer unfruchtbareren

Regierung in den letzten Jahren eines unerschütterlichen Parla-
ments ermöglicht sein, die Dinge mit gewalttätiger Hand durch-
zuführen, und daß unter solchen Umständen noch jüdische Ver-
ordnungen und Besprechungen über die willkürliche Maßnahmen
nicht verhindern würden. Die Regierung sei der festen Überzeugung,
daß der beste Weg, sich vor diesem Uebel zu schützen, einfach in der
Abklärung der Dauer des Parlaments liege. Die Re-
gierung sei der Ansicht, daß eine Gerichtezeit der Dauer der
Parlamente auf fünfjährige Perioden dem Parlament
Frische und Kraft geben werde. Der Premierminister schloß seine
Ausführungen: Lassen Sie das Land alle Vorteile von der Er-
sahrung, Besonnenheit und dem patriotischen Eifer des Hauses der
Lords bei der Revision gesetzgeberischer Maßnahmen genießen, aber
das Haus der Gemeinen soll die Vorherrschaft haben. (Lebhafte
Beifall.)

Die Ministerien gaben im allgemeinen ihrer Zustimmung zu
den Vorschlägen der Regierung bezüglich der Reform des Oberhauses
Ausdruck, doch verteilten einige Liberale die Ansicht, daß die
Vorschläge noch nicht weit genug gehen. Im Laufe der Diskussion
äußerte sich Abg. Vallour (Cons.) dahin, die Resolution be-
zwecke nicht den Willen des Volkes, aber den des Premierministers
auszuführen. Die Regierung sei entschlossen, mit dem Oberhause
einen Streit anzufangen und habe Gelegenheit eingebracht mit
der vorbedachten Absicht, sie vom Oberhause verworfen zu sehen.
Die Lords hätten nicht den Wunsch, mit den Gemeinen um die Vor-
herrschaft zu kämpfen. Das Oberhaus sei jetzt in einer sub-
ordinierten Stellung; durch den Plan der Regierung werde es noch
weiter über Gebühr untergeordnet. Zweck der Resolution sei, die
schwindende Beliebtheit des Ministeriums wieder zu beleben.

Aus der Partei.

Internationaler Sozialistischer Kongress, Stuttgart 1907.

Es ist dringend erforderlich, daß die Delegierten zum Inter-
nationalen Kongress sich beim Lokalkomitee (H. G. B. Dieck in
Stuttgart, Turbadostr. 12), zwecks Beschaffung von Logis bis
zum 15. Juli spätestens anmelden. Wünsche über den Preis
der Logis sind mitzutellen. Jeder Angemeldete erhält eine Ver-
stärkung und später die provisorische Legitimation, auf der seine Wohnung angegeben ist. Dadurch dürfte
ein launig zu bezwingendes Durcheinander in den Ankunftsstagen ver-
hindert werden.

Für Nichtdelegierte kann eine Unterkunft vom Lokalkomitee nicht
beschafft werden.

Eintrittskarten zu den Plenarsitzungen des Kongresses werden
für das Publikum erst zur Zeit der Tagung ausgegeben. Vorher-
bestellungen müssen unberücksichtigt bleiben.

Stuttgart, 24. Juni 1907.

Für das Lokalkomitee:
Heinrich Dieck.

Die Partei- und Gewerkschaftspressen werden um Abdruck gebeten.

In neuem Gewande erscheint nunmehr die „Märkische
Vollstimme“ nach ihrer Ueberlieferung von Post nach
Cottbus. Die bisherigen schmalen Spalten sind durch breite
erweitert worden.

Den Post zum Gärtner gemacht haben die Genossen der bayerisch-
fränkischen Grenzstadt Nordhalben. Das hat sich anlässlich
der Wahl des berühmten Abgeordneten Brandinger, der als katho-
lischer Pfarrer im Wahlkreise Naila von den Liberalen als Heimats-
kandidat präsentiert wurde, ergeben. Bei der Wahl wurden in
Nordhalben, einem für uns günstigen Orte, auffallend wenig sozial-
demokratische Stimmen abgegeben. Später wurde berichtet, daß der
Kassierer des Sozialdemokratischen Vereins, Simon Wunder,
der mit der Abgabe unferer Stimmzettel usw. betraut war, für
Brandinger optiert und selbst den Heimatskandidaten gewählt habe.
Dieses Verhalten wurde in der „Fränk. Volksstimme“ entsprechend
charakterisiert. Herr Simon Wunder hat nun die Stirne, von dem
genannten Parteiblatt die Aufnahme einer Erklärung zu verlangen,
in der er unter anderem folgendes bemerkt: „Am Tage vor der
Wahl war ich mit mehreren Parteigenossen und dem Führer der
Liberalen, Lehrer Köstner, zusammen. Nach stundenlangem ruhiger
die mitanwesenden Parteigenossen für den Heimatskandidaten ge-
wommen, und die von ihm vorgebrachten Gründe bestimmten auch
mich, ehrenwörtlich zu erklären, den Heimatskandidaten zu wählen
und für ihn einzutreten, ich aber bleibe nach wie vor Sozialdemo-
krat. ... Ich sehe nicht ein, warum bei der Ansdichtheit des
Seemann (sozialdemokratischer Kandidat) wie Nordhalbener Arbeiter
uns von Verstand und Herz nicht hätten das Eintreten für
Brandinger diktieren lassen können.“ — Aus diesem Urteile geht
hervor, daß der Parteiverrat förmlich organisiert wurde. Es hängt
zum Glück nicht von diesem seltsamen Vertrauensmann ab, ob er
„nach wie vor Sozialdemokrat bleiben wird“.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das Schicksal des Genossen Haub. Die „Mannheimer Volks-
stimme“ teilt mit: „Unser Redaktionskollege Emil Haub ist nach
seiner Entlassung aus dem Kölner Festungsgewahrsam dem
Bazarotti des hiesigen Grenadierregiments überwiesen worden.
Der Oberarzt stellte nach eingehender Untersuchung bei dem
Patienten chronischen Magenkatarrh fest. Haub hat
während seines Aufenthalts im Festungsgewahrsam ein volles Drittel
seines Körpergewichts verloren und befindet sich zurzeit in sehr
leidendem Zustand.“

Eine Abwehr. Vor einiger Zeit brachte die „Märk. Post“
unter der Ueberschrift „Ein Wespennest“ einen Artikel, der zur Zeich-
nung gewisser gesellschaftlicher Zustände einen Ehecheidungsprozess
besprach. Der Herausgeber eines Winklerblattes, Joseph Anton
Leib, druckte den ganzen Artikel wortwörtlich nach, schloß aber
zugleich an den Artikel die schamlosesten Beleidigungen für Redaktion
und Verlag der „Mannheimer Post“, denen er Entschuldigung und ähn-
liches vorwarf. Chefredakteur Genosse A. Müller und der Ge-
schäftsführer Genosse Cohn strengten daher wegen dieser ver-
leumderischen Beleidigungen Privatklage an, die am Freitag vor
dem Schöffengericht mit der Verurteilung des Beklagten Leib zu
14 Tagen Gefängnis endete.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Die Arbeitswilligen — freieren.

Der halbe Traum, mit einer großen Schar Arbeits-
williger den Streit totzuschlagen, ist vorbei! 3000 Streik-
brecher hatten die Arbeiter den Unternehmern zugestanden.
Heute (Dienstag früh) zählen diese die Häupter ihrer Lieben
und siehe, es waren, Maurer und Hilfsarbeiter zusammen,
nur 1097. Und unter diesen waren ganze 238 Maurer. Dem-
nach ist die Situation für die Arbeiter viel günstiger, als sich
der kühnste Optimist hätte träumen lassen. Beträcht werden
die Unternehmer die heute des Arbeitswilligenanges müßten.
Mit dieser Klaunderkammer sollen die Verbände besiegt werden.
Unmöglich!

Und erst noch zwei Tage vorher hatte man sich selbst und
andere in rosigge Stimmung versetzt. Der Vorstand des
Deutschen Arbeitgeberverbandes hat in einer am 22. d. M.
abgehaltenen Sitzung folgende Resolution angenommen:

„Die aus allen Gauen des Reiches heute versammelten Mit-
glieder des Vorstandes des Deutschen Arbeitgeberverbandes für
das Baugewerbe sprechen den Berliner Baugesellen und ihrer
Vertretung, dem Verband der Baugesellen von Berlin und den
Vororten, zu dem Abwehrkampf gegen die sozialdemokratische
und gänzlich unethische Forderung einer Verkürzung des
neunmündigen Arbeitstages ihre warmste Sympathie aus. Der
Vorstand betont, daß dieser Kampf wegen der prinzipiellen Ver-
deutung seiner gänzlich außerhalb von Lohnunterschieden liegenden
Ursache geführt wird im Interesse des ganzen deutschen Bau-
handwerkes und des vaterländischen Gewerbes überhaupt, dessen
Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt die Lasten unserer sozialen
Gesetzgebung kann noch zu tragen vermag und durch eine weitere
Einschränkung der Produktionsverhältnisse einen schwer zu über-
windenden Schlag erleiden müßte.“

Werkwürdig: der Kampf wird „gänzlich außerhalb von
Lohnunterschieden geführt“, — aber er bedroht die „Konkurrenz-
fähigkeit des vaterländischen Gewerbes“! Und in der letzten
Versammlung des Verbandes der Baugesellen nahmen die
Herren mit Benutzung Kenntnis von einer Zustimmung-
fundgebung, in der betont wird, die Berliner Bauherren
kämpfen für die Interessen der vaterländischen und der —
ausländischen Unternehmer. Da soll noch ein Mensch ernst
bleiben.

Eine große Anzahl Berliner Baumunternehmer wird ge-
opfert zur Befriedigung jhorstmaacherischer Gellüste der Groß-
industriellen und ein paar große Firmen haben nachher den
Profiß davon. Das ist der Effekt von der Sache.

Die Mitglieder des Verbandes der Baugesellen sind
auch mit den Hinweisen auf die große Zahl Meldungen ge-
täuscht worden. Die „Arbeitszeitung“ berichtet in voriger
Woche, es seien bereits 4000 Meldungen eingegangen. Der
Zähler hat jedenfalls ein halbes Dutzend Willen aufgesetzt.

Die Zahl der gemeldeten Arbeitswilligen muß geradezu
überraschen. Die 238 Maurer rekrutieren sich restlos aus der
Schar der ausgesperrten Halb- und Dreiviertelinvaliden, an
deren Weiterstreifen die Organisation nicht das mindeste
Interesse hat. Und mit den 859 Hilfsarbeitern ist sicher nicht
viel anzufangen. Mit ganz verschwindenden Ausnahmen sind es
überhaupt keine Bauarbeiter. Es sind Obdachlose, Gelegenheits-
arbeiter, kurzum jene Elemente, die sich bei solchen Gelegenheiten
den Unternehmern zur Verfügung stellen, in der Erwartung, auf
leichte Weise gute Beute zu machen. Daß sich die paar wirk-
lichen Bauarbeiter in dieser Gesellschaft wohl fühlen werden,
müßten wir stark bezweifeln.

Daß man mit den jetzt zur Verfügung stehenden Leuten
auch nur die dringlichsten Arbeiten ausführen kann, ist voll-
ständig ausgeschlossen. Und von denen, die sich gemeldet
haben, werden auch noch viele anderen Sinnes werden, wenn
sie hören, daß unter den Arbeitswilligen große Unzufriedenung
herrscht. Deren Erwartungen sind auch getäuscht worden.
Die Unternehmer scheinen sich der Leute auch nicht sicher zu
sein, darum sollen Postengestellten Postlohn erhalten — aber
nur für kurze Zeit, dann heißt es: Der Wehr kann
gehen!

Der Verband versendet an diejenigen Mitglieder, welche
mit Arbeitswilligen befaßt werden, eine diesbezügliche An-
weisung. Es liegt uns ein Exemplar vor, es lautet:

Vetz. Maurerpolier W. Rohmann,

NW., Wilhelmshavenstr. 88.

Ueberbringer dieses den Maurerpolier W. Rohmann über-
weisen wir, Ihnen als arbeitswilligen Postengestellten Wir
bitten jedoch dem P. Rohmann bis nach Erledigung der dringenden
Arbeiten, wozon Sie und dann Mitteilung machen wollen, Post-
lohn zu zahlen und die Differenz zwischen Postengestellten und
Postlohn bei und zu reklamieren. R. d. B.

Herrn Ratsherrmeister Hesse. Hier.

Die Situation hat sich so gestaltet, daß die Arbeiter mit
aller Gemütsruhe den weiteren Gang der Dinge abwarten
können.

Wie oberflächlich die Situation für die Unternehmer ist, ergibt sich
aus der Tatsache, daß einer von ihnen, Herr Herrmann, nach Brunn
in Wägen gereist ist, um dort Streikbrecher anzuwerben. Während
man der Öffentlichkeit fortwährend versichert, daß sich in Menge
Hilfsarbeiter gemeldet haben, holen sich insgeheim — wahr-
scheinlich zur höheren Ehre der „nationalen Arbeit“ — die Unter-
nehmer Wägen, Galgier und Sclowaler heran.

Nach außen hin sieht natürlich die Situation der Herren Unter-
nehmer glänzend, anders sieht es freilich in den „streng vertraulichen“
Zirkularen aus, von denen wir das neuste unserer Lesern nicht vor-
enthalten möchten.

Verband der Baugesellen von Berlin und den Vororten.

Streng vertraulich! Berlin, den 25. Juni 1907.

Geehrter Herr Kollege!

1. Wir bitten Sie hierdurch, uns umgehend Namen, Stand
und Wohnung derjenigen Arbeitnehmer mitzuteilen, die sich bei
Ihnen gemeldet haben und bereit sind, am 1. Juli die Arbeit zu
den alten Bedingungen wieder aufzunehmen.

Sobann müssen uns sofort, spätestens aber bis Freitag
früh die von Ihnen alten Leuten unterschriebenen
Arbeitsbedingungen eingesandt werden, damit
Ihnen die Arbeitserlaubniskarte rechtzeitig ausgestellt
werden kann, wobei wir ausdrücklich bemerken, daß alle diejenigen
Arbeitnehmer, welche sich bei Ihnen selbst gemeldet und die Arbeits-
bedingungen unterschrieben haben, Ihnen selbstverständlich zum
1. Juli wieder zur Verfügung gestellt werden.

2. Ferner teilen wir mit, daß der Sicherheit wegen sämtliche
Arbeitnehmer, die von am 1. Juli und später bei Ihnen die Arbeit
aufnehmen, die von uns aufgestellten Arbeitsbedingungen noch
einmal unterschreiben müssen. Da viele Arbeitnehmer diese
Arbeitsbedingungen vorher nicht unterschrieben wollten, so
sollen die Posten auf den Baustellen nach dem 1. Juli be-
rechtigt sein, Leute einzustellen. Solche Leute müssen die
Arbeitsbedingungen sofort vor Aufnahme der
Arbeit unterschreiben. Bevor nicht die Unterschrift
erfolgt ist, darf kein Arbeitnehmer eingestellt
werden. Alle unterschriebenen Arbeitsbedingungen sind mit der
Pirma versehen auf dem schnellsten Wege nach unserem Ge-
schäftsamt zu senden, wo sogleich die Ausstellung der Arbeit-
erlaubniskarte erfolgt.

3. Bitten wir, uns umgehend anzugeben, wieviel Arbeitnehmer
der einzelnen Kategorien Sie zum 1. Juli benötigen. Selbst-
verständlich muß sich jeder Kollege zunächst auf die unbedingt nötige
Anzahl der Leute beschränken, da wir naturgemäß nicht in der Lage
sind, alle Ansprüche sogleich voll befriedigen zu können.

4. Endlich werden diejenigen Firmen um Mitteilung gebeten,
welche in der Lage sind, auf ihren Baustellen eine größere Anzahl von
Arbeitnehmern Wohn- und Schlafgelegenheit zu verschaffen, da
diesen in erster Linie anständige Arbeiter zugewiesen werden sollen,
die am besten gegen die Belästigungen der Streikposten geschützt
werden können, wenn sie auf der Baustelle selbst untergebracht
werden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Wahl. Heuer. Fiedler.

Das kann ja recht nett werden, wenn es zur Verteilung der er-
beuteten Streikbrecher kommt. Vielleicht müssen sich da die „Herren
Kollegen“ derartige Beschränkungen in der Zahl der ihnen zugewiesenen
Streikbrecher auferlegen, daß insbände der „Blaue Anlauf“ an manchem
Reuhou prangt.

Sehr schöne Pläne enthält der Absatz 4 des „streng vertrau-
lichen“ Zirkulars.

Bekanntlich dürfen nach dem Gesetz Bauten nicht vor einer
bestimmten Schutzfrist bezogen werden. Sollen etwa für den Ver-
band der Baugesellen besondere Gesetze?

Und wie liebevoll, die Ausländer auf den Bauten einzuquartieren,
die wegen Gesundheitsgefahr zur menschlichen Wohnung noch nicht
geeignet sind. In diesem Absatz spricht sich das ganze Wohlwollen
für die geliebten Arbeitswilligen aus, die — man freilich noch
nicht hat.

Vielleicht nehmen in den nächsten Tagen die jetzt überflüssiger-
weise vor den gesperrten Bauten herumstehenden Schutzleute ein-
mal das Innere des Hauses in Augenschein, um die „Ausländer-
hotels“ auszuwählen.

Verbandstag der Buchbinder.

Kürnberg, 24. Juni.

Im Saale des städtischen Stadthauses „Rosenau“ zu Kürnberg
begannen am 24. Juni die Verhandlungen des 10. Verbandstages
des Deutschen Buchbinderverbandes. Laut Präsenzliste sind anwesend
50 Delegierte aus 25 Bezirken, außerdem acht Verbandsfunktionäre.
Die Geschäftsberichte der Vorstandschaft liegen in einem
168 Seiten starken Bande gedruckt vor.

In dem Bericht des Verbandsvorsitzenden wird ein erfreuliches
Fortschreiten der Organisation unter den Buchbindern konstatiert.
Der auf dem Dresdener Verbandstage ausgesprochene Wunsch, der
Verband möge beim nächsten Verbandstage mit 20 000 Mitgliedern
aufmarschieren, ist nicht nur in Erfüllung gegangen, sondern wurde
 sogar übertraffen. Die Mitgliederzahl betrug 1901 10 023, am
Schlusse des Jahres 1906 20 741, hat sich also in fünf Jahren
mehr als verdoppelt. Von den 20 471 Mitgliedern sind 8921 weiblichen
Geschlechts. Interessant ist eine Uebersicht über die Mitglieder-
bewegung in den einzelnen Bezirken und Gauen und eine solche
für den ganzen Verband seit dessen Gründung in der jetzigen Form
im Jahre 1898. Aus Rücksichten auf den Raum können wir leider
nicht darauf eingehen. Der Bericht enthält ferner eine ausführliche,
mit altenmähigen Belegen ausgestattete Darstellung der vorjährigen
Ausprägung in den Tarifstädten Berlin, Leipzig und Stuttgart und
des daran anschließenden 13wöchigen erbitterten Kampfes, der dem
Verband erhebliche Opfer auferlegt hat. Für diesen Kriegerkampf
wurden 621 223 M. ausgegeben, wozu noch 31 769 M. Unter-
stützungsgelder für Sammelregale im 3. Quartal 1906 kommen, so
daß sich die gesamten Kriegskosten auf 652 992 M. belaufen. Als
Einnahmen für den Kampf verzeichnet der Bericht die Summe von
621 223 M., wozon 565 603 M. aus Mitteln der Organisation,
der Rest durch Unterstüßungen von anderen Gewerkschaften, Partei-
vereinen usw. und Listensammlung aufgebracht wurde. Ein anderes
Kapitel ist den einzelnen Lohnbewegungen gewidmet, die ebenfalls
sehr umfangreich waren und mancherlei Ergründungspunkte brachten.

Eingehend wird die Institution der Bezirksleiter behandelt. Die
Hoffnungen, die an diese vom Dresdener Verbandstage gewissermaßen
probeweise gefasste Einrichtung geknüpft wurden, haben sich leider
nicht erfüllt. Der Steigerungsgrad der Mitgliederzahl in den mit
Bezirksleitern ausgestatteten Gauen entspricht prozentual fast genau
dem in den übrigen Gauen. Auch die Hoffnung, daß die Ver-
waltungsgeschäfte in den den Bezirksleitern unterstellten Bezi-
stellen besser geführt würden, ist nur in bescheidenem Maße
in Erfüllung gegangen. Durchschnittlich wurden die Verwaltung-
geschäfte nicht besser und nicht schlechter geführt als in den
anderen Gauen. Es wird aber weder die Aufhebung noch
die Aenderung des bisherigen Modus der Anstellung weiterer
Bezirksbeamter durch Vorstandschaft und Ausschuss beabsichtigt.
Weiter enthält der Bericht eine Betrachtung über die Frage, ob vom
Verband örtliche Beamte anzustellen seien. Es wird empfohlen, die
Frage, wie bei den Bezirksleitern, grundsätzlich zu bejahen und der
Vorstandschaft das Recht einzuräumen, Beamte anzustellen in solchen
Städten, die mit ihrer unmittelbaren Umgebung ein genügend
großes Agitations- und Organisationsfeld bieten, um mit der Zeit
einen Beamten vornehmlich aus eigener Kraft besolden zu können.

Der Kassenbericht verzeichnet eine Einnahme von 314 276,61 M.,
eine Ausgabe von 590 791 M., somit eine Mehrausgabe von
276 515,39 M. Das Verbandsvermögen betrug am Jahresaus-
schluß 110 451,56 M.

Die erste Sitzung am Montag wurde von dem Verbands-
vorsitzenden Alois Berlin mit einem Hinweis auf die Neuerungen,
die den Verbandstag beschäftigen werden, eröffnet.

Nach den üblichen Begrüßungen wurde in die Beratung über
den ersten Punkt „Berichte der Vorstandschaft“ eingetreten. Die
mündlichen Referate des Zentralvorsitzenden Alois, des Kassierers
Hanssen, des Redakteurs Michaelis und des Ausschussmitgliedes
Hippner waren sehr knapp gehalten, da ja ausführliche gedruckte
Berichte vorliegen. Alle hatten um eine milde Beurteilung ihrer
Tätigkeit.

Hierauf setzte eine ziemlich lebhafte Diskussion ein, die am
Abend des ersten Verhandlungstages noch nicht beendet war.

Soziales.

Guten Appetit!

Der von der Medizinabteilung des Kultusministeriums
bearbeitete Bericht über das Gesundheitswesen des
Preussischen Staates im Jahre 1905 enthält eine Fülle wert-
vollen Materials, das uns zeigt, wie wenig Preußen bisher einen
Anspruch auf den Namen eines Kulturstaates zu erheben berechtigt
ist. Die trockenen Daten der Kreisärzte sprechen eine beredte
Sprache, sie lehren, daß vielfach noch menschenwürdige Zustände
herrschen, die jeder Beschreibung spotten. Wir greifen für
heute aus der Fülle des reichen Materials einige Mittelungen über
die Arbeitsstätten für Hausgewerbe heraus.

Besonders schlecht ist es um die Einrichtungen in den
Bäckereien und Fleischerien bestellt. Es wird z. B.
im Regierungsbezirk Gumbinnen in bezug auf die Sauberkeit der
Arbeitsräume und in bezug auf die Schlafstellen des Personals ge-
sagt: Die Aufbewahrungsräume für Mehl befanden sich
manchmal unmittelbar über den Tierställen; ein
fliegender Bemühte seinen Verkaufsaum als Schlafstube. Im
Regierungsbezirk Allenstein besichtigte der Kreisarzt in Orlenburg
mit dem Gewerbeinspektor sämtliche Bäckereien; die Schlafstellen
waren mangelhaft, die Unsauberkeit in den Arbeits- und Schlaf-
räumen groß. Im Kreise Lötze wurde in zwei Fleischerien die
Borstbereitung in Räumen vorgenommen, in denen Betten und alte
Sachen standen. Im Kreise Hohensalzburg wurden mehrfach Arbeits-
räume beanstanden, welche zugleich als Schlafraum oder als Küche
dienten. In einer Anzahl von Kreisen des Regierungsbezirks Köslin
sind die Unsauberkeit in den Werkräumen der
Bäcker und Fleischer auf. Besonders appetitlich muß es
in Belgard sein, wo bei einer großen Bäckerei die Hof-
und Düngergrubenjauche unmittelbar in die
Wassstube lief. Im Regierungsbezirk Posen befanden sich die
Bäckereien und Fleischerien vielfach in steilen, schlecht belichteten
Räumen ohne Abzug, die Fleischereibehälter wurden in einer
einfachen Vertiefung im Keller oder auf dem Hofe gesammelt. Auch
im Regierungsbezirk Pommern waren die Bäckereien und
Fleischerien noch vielfach ungesund und schlecht belichtet. Die Fleischer
verarbeiten zum Teil ihre Fleischwaren in Wohn- und Schlafräumen.
Ebenso wurden im Kreise Waldenburg die Wackstuben oft gleichzeitig
als Wohn- und Eßzimmer benützt. Das gleiche wird aus den

Kreises Merseburg, Torgau und Weissenfels berichtet. In der Stadt Minden überliegen die Mißstände in den Bädereien, die durch den Kreisarzt in Gemeinschaft mit dem Gewerbeinspektor revidiert wurden, sogar die ärgsten Befürchtungen. Recht idyllische Zustände herrschen im Regierungsbezirk Kachen, wo die Dackstuben auf dem Lande oft gleichzeitig noch Wohnraum, Waschküche und Trockenraum für Kinderwäsche waren.

Wir begnügen uns mit diesen wenigen Angaben, die sich mit Leichtigkeit ganz beträchtlich vermehren ließen. Die Beseitigung dieser Zustände liegt im Interesse der Gesamtheit. Nicht nur, daß die Gesundheit der Bevölkerung durch den Genuß von Nahrungsmitteln, die unter solchen Verhältnissen hergestellt werden, der schwersten Schädigung ausgesetzt ist, ist auch indirekt durch die Herstellung von Schwaren in Kammern, die gleichzeitig zum Schlafen, zum Waschen von Kinderwäsche und wer weiß zu was sonst noch benützt werden, die Möglichkeit der Verbreitung von ansteckenden Krankheiten gegeben. Es ist erfreulich, daß die Kreisärzte auf die Gefahren hinweisen. Ob dadurch Wandel geschaffen wird, möchten wir freilich sehr bezweifeln. Die allzu schroff zutage tretenden Mißstände werden ja wohl aus der Welt geschafft werden, aber eine wirklich durchgreifende Reform ist erst dann zu erwarten, wenn der Kost- und Logiszwang verboten wird. Um so verständlicher ist es, daß den hierauf gerichteten Bestrebungen der organisierten Arbeiter durch die Behörden ein solcher Widerstand entgegengesetzt wird und daß auch das Vürgertum, wie es sich zum Beispiel erst kürzlich bei dem Väterstreik in Berlin gezeigt hat, so wenig Verständnis für die kulturellen Forderungen der Arbeiterklasse besitzt.

Nicht viel besser als in Bädereien und Fleischerereien steht es in anderen Betrieben, namentlich in den Schneidereien, den Schuhmachereien, den Zigarrenarbeitsstätten aus. Daß in dem gemeinschaftlichen Wohn- und Schlafraum gearbeitet wird, ist bei Schneidern und Schuhmachern durchaus nichts Seltenes. Noch schlimmer ist es in der Zigarrenindustrie, soweit hier noch die Heimarbeit in Frage kommt. Auch hierfür einige Beispiele. Ein im Kreise Zeitz beschäftigte Zigarrenmacher hatten schlechte hygienische Verhältnisse; in vier Fällen diente der Arbeitsraum zugleich als Küche, Speise- und Wohnraum. Im Regierungsbezirk Minden herrscht in den alten Häusern, in denen Zigarrenarbeiter wohnen, häufig Unsauberkeit und schlechte Luft. Im Reg.-Bez. Düsseldorf hatten die kleinen hausgewerblichen Betriebe vielfach schlechte Arbeitsstätten, während diejenigen der großen industriellen Anlagen allen Anforderungen genügten. Im Regierungsbezirk Sigmaringen ist in vielen Orten fast in jedem Hause eine Hausindustrie, für die höchst selten besondere Arbeitsräume zur Verfügung stehen, sondern Wohn- und Schlafräume benützt werden, ein Umstand, dem nach Ansicht des Kreisarztes wohl das gehäufte Auftreten von Tuberkulose zuzuschreiben ist.

Obwohl Jahr für Jahr von den Kreisärzten und von den Gewerbeinspektoren derartige Feststellungen gemacht werden, ist doch ein nennenswerter Fortschritt bisher nicht zu spüren. Um so notwendiger wird es sein, daß die Arbeiterklasse alles daran setzt, um so schauerhafte Zustände zu beseitigen. Einen gangbaren Weg hierfür hat der erste allgemeine Heimarbeiterskongress vom Jahre 1904 durch die Forderung des Erlasses von Vorschriften über die Einrichtung und Beschaffenheit der Arbeitsstätten in der Hausindustrie angegeben. Vor allem ist nachdrücklich darauf zu streben, daß solche Arbeitsstätten nicht zum Schlafen oder Kochen benützt werden dürfen und daß die Heimarbeitstätten endlich unter die Kontrolle der Gewerbeinspektoren gestellt werden. Der von der sozialdemokratischen Fraktion vor Jahr und Tag eingebrachte und in dieser Session wiederholte Gesetzentwurf zur Regelung der Heimarbeit weist die, wie auch bürgerliche Sozialpolitiker anerkennen, legislatorisch gangbaren Wege zur Beseitigung solcher Mißstände.

Erstreckt sich die Anzeigepflicht des Arztes auch auf von ihm nicht erkannte Krankheiten?

Der praktische Arzt Dr. Senge aus Saarbrücken sollte gegen das preussische Gesetz über die Bekämpfung ansteckender Krankheiten dadurch gefehlt haben, daß er einen Fall von Stübentfieber, den er als solchen nicht erkannte, nicht der Ortspolizei gemeldet habe. Das Landgericht Saarbrücken verurteilte ihn wegen Uebertretung der §§ 1 und 35 des Gesetzes, indem es davon ausging, daß Angeklagter strafbar sei, weil er aus Fahrlässigkeit bei der Untersuchung nicht zur richtigen Erkenntnis gekommen sei, sondern Verschleppung infolge Nichterkenntnisses angenommen habe. — Angeklagter legte Revision ein. Das Kammergericht kam am 17. d. Mis. zur Aufhebung der Vorentscheidung und zur Freisprechung des Angeklagten. Begründend wurde ausgeführt: Aus der Entstehungsgeschichte des Gesetzes ergab sich, daß in Fällen, wo der behandelnde Arzt nur den Verdacht habe, es handle sich um eine anmeldepflichtige Krankheit, er nicht wegen Unterlassung der Anmeldung bestraft werden könne. Im Gesetzesentwurf sei für Stübentfieber und andere Krankheiten die Anmeldung auch für den Fall des hohen Verdachtes vorgeschrieben gewesen. Letzteres sei aber gestrichen worden und es heiße jetzt im Gesetz nur: „Anzeige nach erlangter Kenntnis“. Es sei eben damit gerechnet worden, daß Ärzte über das Wesen einer Krankheit verschiedener Meinung sein könnten. Die Nichterkenntnis aus Fahrlässigkeit habe demnach auch nicht getroffen werden sollen. Nun spreche allerdings die Strafbestimmung des § 35 von einem schuldhaften Unterlassen. Das könnte auch auf Fahrlässigkeit bezogen werden. Die parlamentarischen Vorgänge ergaben aber, daß damit nur Fälle getroffen werden sollten, wo der Arzt zwar die Ueberzeugung habe, es liege eine Meldepflicht vor, eventuell auch die Meldung beabsichtige, und dennoch die Meldung verabsäume, sei es, daß er sie aus Vergesslichkeit in der Tasche behalte oder aus einem anderen Grunde, der als schuldhaft ihm angerechnet werden könnte. Bei dieser Lage der Gesetzgebung müsse das Urteil des Landgerichts aufgehoben und Dr. Senge freigesprochen werden.

Krankenkassen gegen den Entwurf des Reichsapothekegesetzes.

Auf einer am 23. d. M. abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Ortskrankenkassen für das Herzogtum Oldenburg, auf der über 15 000 Mitglieder vertreten waren, gelangte bei Besprechung des Entwurfes eines Reichsapothekegesetzes folgende Resolution zur Annahme: „Der Verband erachtet es für durchaus geboten, die Apotheken zu kommunalisieren und daß, bis diese Forderung erfüllt ist, gesetzliche Bestimmungen getroffen werden, die den Krankenkassen gestatten, eigene Apotheken zu errichten, die es ihnen zum mindesten aber gestatten, solche Arzeneien, welche von den Apothekern im Handel abzugeben werden, direkt an die Kassennmitglieder auf Grund ärztlicher Verordnung zu liefern. Ferner erachtet es der Verband für geboten, daß zu der alljährlichen Neubearbeitung der Arzeneiliste Vertreter der Krankenkassen mit beratender und beschließender Stimme hinzugezogen werden. Bei Erstellung der Erlaubnis zum Betrieb einer Apotheke erachtet der Verband es für nötig, vor der Beschlussfassung außer dem im Gesetz genannten Organ auch die Krankenkassen gütlich zu hören.“

Gewerkschaftliches.

Schwarz-gelbe Konkurrenz.

Am Sonntag hat in Essen eine Konferenz evangelischer Arbeitervereiner und evangelischer Mitglieder der christlichen Gewerkschaften stattgefunden. Gewerkschaftssekretär Wallbaum (Wiesfeld) redete über gelbe Gewerkschaften und Arbeitersekretär Rafflenbeul (Essen) über den Bund väterländischer Arbeitervereine. Die Konferenz nahm eine Resolution an, worin erklärt wird, daß die Gründung der gelben Gewerkschaften und der

väterländischen Arbeitervereine „nicht der Christlichen, der sozialen und der wirtschaftlichen Hebung des Arbeiterstandes dient“ und deshalb „im nationalen Interesse aufs tiefste zu bedauern“ sei. Weiter heißt es in der Resolution: „Ebenso bedeuten die väterländischen Arbeitervereine für die auf christlich-fittlichen und besonders auf evangelischem Grunde aufbauende Arbeitervereinsbewegung eine unerträgliche Konkurrenz, die um so schlimmer wirkt, als sie vorgeben, im Interesse des Vaterlandes zu handeln“. Damit wird bestätigt, was der „Vorwärts“ nach der Gründung des Bundes väterländischer Arbeitervereine schrieb, daß die Christlichen in den Gelben vor allen Dingen unbecommene Konkurrenten sehen, daß im Grunde aber die Christlichen und die Väterländischen aus demselben faulen Holze geschnitten sind.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Korbmacher. In einer am Montag abgehaltenen Branchenversammlung erlittete der Obmann Richter Bericht über den Verlauf der Lohnbewegung der Grünbranche. Nachdem die Forderungen an sechs Arbeitgeber eingereicht waren, fanden die Verhandlungen statt. Diefelben hatten das Ergebnis, daß die Arbeitgeber sich bereit erklärten, statt der geforderten Lohnhöhung von 30 Proz. eine solche von 25 Proz. zu bewilligen. Die Kommission der Arbeiter erklärte sich damit einverstanden. Die Arbeitgeber verlangten nun, daß diese Forderungen auch in den übrigen Geschäften durchgesetzt würden. Das ist denn auch geschehen. Fünf Arbeitgeber, die 28 Arbeiter beschäftigten, hatten sogleich bewilligt, später kamen noch acht Arbeitgeber mit 19 Arbeitern hinzu und in zwei Werkstätten, wo die Arbeit niedergelegt worden ist, sind die Forderungen am Montag bewilligt, so daß also die neuen Bedingungen für die ganze Branche eingeführt sind und die Bewegung damit abgeschlossen ist.

Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit den Affordlöhen für Geschloßhöfchen. Es wurde ausgeführt, die Militärverwaltung habe neuerdings größere Posten von Geschloßhöfchen in Auftrag gegeben. Zwei Berliner Firmen, Finuska und Schmidt (Dresdenerstraße) zählen für diese Arbeit jedoch erheblich niedrigere Löhne als die Kollegen in Bernburg und in Götzen erhalten, wo dieselben Artikel angefertigt werden. Die Versammlung beschloß, daß die in Bernburg und Götzen bezahlten Löhne auch in Berlin zu fordern sind, nämlich für Sechszehnjähriger 75 Pf., für Ringlöcher 1,05 M. und für Drillinge 1,60 M. Die organisierten Kollegen sind verpflichtet, nicht unter diesen Löhnen zu arbeiten.

Deutsches Reich.

§ 153.

In Chemnitz kämpften die Maurer um den ZehnStunden-tag und 50 Pf. Stundenlohn. Am 27. Mai kam es aus nichtiger Ursache zwischen Streikenden und einem Schutzmännchen zu einem Zusammenstoß. Ein Streikender hatte sich nicht sofort auf die Aufforderung des Schutzmännchens von seinem Streifposten (1) entfernt, er wurde arretriert und da es gerade um die siebente Abendstunde war, sammelte sich eine Menge Arbeitsleute an. Der Schutzmännchen wurde bedroht, er wurde gestoßen, gepufft, zog schließlich blank, der Tumult wurde größer und immer größer und schließlich muß er den Gefangenen zweimal freigegeben. Erst als von der nahen Wache Hilfe kam, konnte zur Verhaftung der „Schuldigen“ geschritten werden. Wegen Widerstands, Gefangenenbefreiung und Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung wurden fünf Angeklagte zu vier Monaten bis zu sechs Monaten Gefängnis und ein Angeklagter wegen Uebertretung der Strafenordnung zu vier Tagen Haft verurteilt.

Stuttareure. In Erfurt stehen die Stukkateure im Kampf. Die Unternehmer versuchen, Arbeitswillige für Stud- und Putzarbeit heranzuziehen. Angebote sind strikte abzuweisen. Kollegen, meldet Erfurt!

Ausland.

Der Generalfreist der italienischen Bädereinarbeiter,

der am letzten Sonnabend in allen Städten Italiens proklamiert wurde, hatte einen politischen Zweck. Die Bewegung war ganz im geheimen vorbereitet. Der Zentralvorstand des italienischen Bädereverbandes hatte den Zweigvereinen und den Arbeitsbüros ein gemeinsames Zirkular übermittelt, in welchem aufgeführt wurde, den Generalfreist vorzubereiten. Am 22. Juni sollte er proklamiert werden und zwar für zwei Tage. Durch diese Demonstration soll auf die Regierung, das Parlament und die öffentliche Meinung eingewirkt werden. Die Bäderegesellen Italiens erwarten seit Jahren die Erfüllung des Versprechens der Regierung, einen Gesetzentwurf einzubringen betreffend die Beseitigung der Nachtarbeit in den Bädereien. Die Arbeiter sind fast überall dem Rufe des Zentralkomitees gefolgt und haben die Arbeit niedergelegt. In einem Manifest an die Bevölkerung erklären die Arbeiter ihren Schritt als notwendig im Interesse der Gesundheit und des Familienlebens der Arbeiter, sowie auch im Interesse des konsumierenden Publikums selbst. In einigen Städten, wie in Rom, wurde Militär requiriert, um in den Bädereien die Arbeit der Streikenden zu leisten.

Die Aussperrung der Zigarrenmacher zu Eindhoven aufgehoben. Diese seit dem 11. Mai dauernde Aussperrung von ungefähr 3000 Arbeitern und Arbeiterinnen, wovon der größte Teil in der Abteilung des katholischen Volksbundes, aber nur ungefähr 150 im „Niederländisch internationalen Tabakarbeiterverband“ organisiert, ist infolge eines Vermittlungsvorschlages aufgehoben worden. Das Resultat ist, daß in einigen Fabriken die Löhne erhöht, in anderen hingegen erniedrigt wurden. Aus Angst vor dem zunehmenden Einfluß der „roten“ Gewerkschaft hat der katholische Verein hinter dem Rücken der Internationalen die Verhandlungen mit den Fabrikanten zum Abschluß geführt.

Bewegung der englischen Eisenbahner.

Birmingham, 25. Juni. Eine von 570 Eisenbahnarbeitern aller Dienststufen besuchte Versammlung hat heute mit 467 gegen 80 Stimmen eine Resolution angenommen, nochmals den Eisenbahngesellschaften die Forderungen der Arbeiter zur Kenntnis zu bringen. Sollte der Schritt erfolglos sein, dann würden solche Maßnahmen getroffen werden, wie sie die Umstände als notwendig erscheinen ließen.

Aus der frauenbewegung.

Frauenfabrikarbeit und Kinderfürsorge.

Aus einer Abhandlung, die im Auftrag der Zentrale für private Fürsorge in Frankfurt a. M. über „Die Kinder der in Fabriken arbeitenden Frauen und ihre Verpflegung“ von Herrn Dr. W. Feld veröffentlicht wurde, verdienen einige charakteristische Befunde hervorgehoben zu werden, die sich auf die Verhältnisse innerhalb der Crimmitschauer Textilindustrie beziehen. Sie wurden durch eine von den Gewerkschaften ausgeführte Umfrage gewonnen und verhängen so von vornherein, daß es sich bei den Befragten nicht etwa um die tieffliegenden und, weil unorganisiert, am schlechtesten gelohnten Arbeiterinnen handelt, sondern um die breite Masse der hier in Frage kommenden Bevölkerungsgruppen handelt.

Dabei stellte sich heraus, daß von 1605 Kindern unter 14 Jahren 400 — 25 Proz. während der Abwesenheit der Mutter ohne jede Aufsicht waren. 90 Proz. dieser Kinder waren zwar über 6 Jahre alt, 88,2 Proz. aber noch unter 10 Jahren. In 629 Fällen wurden die Großeltern bezw. Großmütter als Aufsichtspersonen genannt.

Sehr bezeichnend sind auch die für die Beaufsichtigung und Verpflegung der Kinder bezahlten Sätze bezw. die Beziehung zwischen Lohnhöhe, Kinderzahl und Beaufsichtigung. Von den 55 Ar-

beiterinnen, die wöchentlich 6—8 M. verdienen, lassen 35 Proz. ihre Kinder unbeaufsichtigt. Bei den 61 Arbeiterinnen mit 9 M. Wochenverdienst sind es 20,8 Proz., bei den 51 Arbeiterinnen mit 9—11 M. 22,4 Proz. und bei den 80 Arbeiterinnen, die 12 M. und mehr verdienen, nur noch 17,3 Proz., die ihre Kinder sich selbst überlassen müssen. Daß es sich dabei in der Tat um ein M. u. h. handelt, geht ohne weiteres aus der Tatsache hervor, daß bei einem Kind und einem Verdienst von 12 M. und mehr nur 2 von den hier in Frage kommenden 14 Frauen ihr Kind allein lassen, während bei 3 und mehr Kindern 3—4 von 12 Fällen unbeaufsichtigt bleiben. Es zeigt sich hier wieder, daß, wie ja auch längst von anderer Seite und besonders zwingend durch die Gewerbeaufsichtsentquete von 1899 über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen festgestellt wurde, mit steigender Kinderzahl die Notigung zum Mitterwerb der Hausmutter, selbst um den Preis der Verwahrlosung der Kinder, wächst.

Die mitgeteilten Zahlen sind aber auch noch in manch anderer Beziehung höchst lehrreich. Die Höhe der aufgewandten Pflegekosten richtet sich nicht in erster Linie nach der Zahl der zu beaufsichtigenden bezw. zu verpflegenden Kinder, sondern nach der Höhe des Arbeitsverdienstes der Frau. Von den 180 Familien, die 8 und mehr Kinder hatten, wurden bei einem Verdienst von 6—8 M. in 21 Proz. der 38 Fälle bis zu 1 M. Pflegegeld pro Woche bezahlt, während von den 45 Familien der gleichen Kategorie, die mit einem Frauenverdienst von 12 M. und mehr zu rechnen hatten, in 17,8 Proz. der Fälle bis zu 4 M. und in 24,4 Proz. der Fälle mehr bezahlt wurde. Das heißt also, der Verdienst ist so gering, daß eine sachgemäße Aufsicht und Pflege nicht bezahlt werden kann. In den Pflegekostenreichen von über 1 bis 2 und 3 M. zeigt sich ausnahmslos ein abnehmender Prozentsatz mit steigender Kinderzahl, während für die höchsten Pflegesätze (über 4 M.) umgekehrt der Anteil der Familien mit deren Kinderzahl wächst, ausgenommen die Familien mit mehr als 3 Kindern und geringstem Verdienst der Frau.

Als Ueberschub über die Verpflegungskosten der Kinder ergibt sich in 265 (1/3) der Fälle der gesamte Verdienst der Frau, weil für die Verpflegung der Kinder keine Ausgaben gemacht werden. In 15 Fällen beläuft er sich auf über 15 M., in 24 Fällen auf 12 bis 15 M., in 58 Fällen auf 10—12 M., in 181 Fällen bis 10 M., in 105 Fällen bis 7 M., in 82 Fällen bis 5 M. und in 20 Fällen bis 3 M. pro Woche. In 85 Proz. aller Fälle ist es also ein Ueberschub von 1 M. und weniger pro Tag, für den die Mutter Haushalt und Kinder vernachlässigen muß.

Die anderwärts in diesem Zusammenhang sich auftuenden Mißstände werden auch hier hervorgehoben: mangelhafte Aufsicht und Verpflegung, wenn nicht gar Verwahrlosung der Kinder, Herausreißen der Kleinen aus dem besten Schlaf, Vernachlässigung des Hauswesens usw.

Der bürgerliche Berichterstatter verlangt auf Grund dieser bestatenden Wahrnehmungen, daß man dahin trachten müsse, „die Wirksamkeit der Ehefrau auf ihr Hauswesen und ihre Familie zu konzentrieren“. Wie das erreicht werden könne, verrät er freilich nicht. Ja, die Logik der Tatsachen zwingt ihn sogar zu der Feststellung, daß der niedrige Männerlohn die Frauen nötige, zur Verpflegung des Unterhaltes der Familie mitzuarbeiten. Seine eigenen Tabellen sagen darüber, daß in 82 Fällen Mann und Frau zusammen 16—20 M. pro Woche verdienen. In 17 Fällen verdient die Frau 12 M. und mehr, der Mann aber nur 10—12 M. In 139 von 518 Fällen hat der Mann 10—12 M. Wochenverdienst. Bei einem Höchstverdienst des Mannes dagegen von 21—24 M. finden wir nur noch 20 ertverbstätige Frauen, darunter 10 in der höchsten Verdienstklasse. Die weitaus überwiegende Zahl mitscheidender Frauen, 205 von 518, finden wir in den Mannesverdienstklassen von 15—17 M. wöchentlich. Wir haben sonach diesen Betrag als den guten Durchschnitt der Verdiensthöhe der männlichen Arbeiter der dortigen Gegend anzusehen.

Damit ist festgestellt, daß in der Crimmitschauer Textilindustrie (denn um diese handelt es sich fast ausschließlich) Mann und Frau zusammen die Höhe des in anderen Industrien üblichen Mannesverdienstes erreichen.

Höchst bezeichnend ist es nun, daß unter solchen Umständen der Berichterstatter als sein Ideal ein Aufhören der Frauenarbeit darstellt. Daß man auch durch Lohnreduzierung für die arbeitenden Frauen und weientliche Arbeitszeitverkürzung den hier sich ergebenden Uebeln beikommen könnte, scheint ihm gar nicht eingefallen zu sein. Und doch geben die von ihm viel angezogenen Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten vom Jahre 1899 eine Reihe von Aeußerungen wieder, aus denen hervorgeht, daß 9/10 ständige und geringere Arbeitszeit einen unerkennbaren und außerordentlich wohlthätigen Einfluß auf den körperlichen, geistigen und sittlichen Habitus der Kinder fabrikarbeitender Frauen ausgeübt hat.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein entsehlige Brandkatastrophe

hat sich gestern Abend auf dem Fabrikgrundstück Wriezenerstr. 88 zugegetragen. Der 26jährige Aufscher Franz Wendt, Lübeckstr. 6 und der 20jährige Arbeiter Karl Erdmann, Auguste Viktorastr. 18 wohnhaft, hatten von ihren Arbeitgebern den Auftrag erhalten, mehrere Fässer Del nach der Raechischen Weberei in der Wriezenerstr. 83 zu transportieren. Als die beiden jungen Leute ein großes Faß Del nach dem Keller hinunterschleppen wollten, schlug dieses so heftig auf die Steintreppe auf, daß es entzwei ging und da B. und E. unterhalb der Treppe gestanden hatte, ergoß sich die ganze Flüssigkeit über sie hinweg. Unglücklicherweise brannte unmittelbar an der Unfallstelle Gas und hierdurch wurde das Del entzündet. In wenigen Sekunden standen die beiden Männer in hellen Flammen. Gleich wandelnden Feuerfäulen rasteten die Vermissten nach dem Hof hinaus. Dort befindet sich ein Bassin mit heißem Wasser, das zu Fabrikzwecken gebraucht wird. In dem Glauben, daß das Wasser kalt sei, sprangen die Weiden in das zwei Meter tiefe Bassin und verabschwanden unter dem heißen Wasser. Jetzt eilten Fabrikarbeiter hinzu und holten nach langen Bemühungen die Verunglückten heraus. Die beiden sahen geradezu entsehligh aus. Die Kleidung war ihnen vom Leibe heruntergebrannt und der Körper war vollständig verbrannt und verkrüppelt. In bewußtlosem Zustande wurden sie in das Lazarus-Krankenhaus eingeliefert. An ein Aufkommen der beiden ist nicht zu denken.

Drahtlose Telegraphie im „Winterkriege“.

Paris, 25. Juni. (B. T. V.) Wie dem „Temps“ aus Rimé gemeldet wird, sind dort 100 Pianiere mit Apparaten für drahtlose Telegraphie eingetroffen, um die Verbindungen aufrecht zu erhalten, falls die Telegraphendrähte geschnitten werden sollten.

In der Höhle des Löwen.

Petersburg, 25. Juni. (B. T. V.) Infolge einer Demütigung gelangte der Polizei zur Kenntnis, daß in verschiedenen Regierungsgebäuden revolutionäre Verschwörerzusammenkünfte abgehalten wurden. Die Geheimpolizei veranlassete deshalb nachts im Kriegsministerium eine Hausdurchsuchung, wo sie das Komitee eines revolutionären Militärverbandes übernahm. Der Sohn des Portiers und mehrere andere Personen wurden verhaftet und schwer belastendes Material beschlagnahmt.

Eisenbahnerbewegung.

Birmingham, 25. Juni. (B. T. V.) Eine von 570 Eisenbahnarbeitern aller Dienststufen besuchte Versammlung hat heute mit 467 gegen 80 Stimmen eine Resolution angenommen, nochmals den Eisenbahngesellschaften die Forderungen der Arbeiter zur Kenntnis zu bringen. Sollte der Schritt erfolglos sein, dann würden solche Maßnahmen getroffen werden, wie sie die Umstände als notwendig erscheinen ließen.

Der Peters-Prozeß der „Münchener Post“.

München, 25. Juni.

Vor dem Schöffengericht gelangte heute die Beleidigungsklage zur Verhandlung, die der Reichskommissar a. D. Dr. Karl Peters gegen den Genossen Martin Gruber von der „Münchener Post“ angestrengt hat.

Als der Vorsitzende kurz vor 9 Uhr die Verhandlung eröffnete, war der Zuschauerraum schon dicht gefüllt. Beide Parteien waren persönlich erschienen.

Bert. Rechtsanwalt. Vernheim beantragte, an Stelle des am Erscheinen verhinderten Oberstaatsanwalt Karbich den Oberstaatsanwalt Dr. Weder-Berlin und den Missionar Vater Kder von der Mission zum Heiligen Herzen Jesu als Sachverständige hinzuzuziehen.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Ob Oberstaatsanwalt Dr. Weder die geeignete Person als Sachverständiger ist, weiß ich nicht. Er ist niemals über die Kräfte hinausgekommen und kann daher kein sachverständiges Gutachten über innere afrikanische Verhältnisse abgeben.

Der Vorsitzende erklärt, daß er beabsichtige, mit Rücksicht auf seinen leidenden Zustand zuerst den Abgeordneten v. Bollmar zu vernehmen.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Dagegen habe ich nichts einzuwenden. Im übrigen aber bitte ich, zunächst mit den Zeugen zu beginnen, die mit am Kilimandscharo waren.

Sachverständige.

Vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses gibt Rechtsanw. Dr. Rosenthal folgende Erklärung ab: Ich möchte erklären, daß die als Sachverständige Geladenen Igl. Wirtl. Rat Dr. Friedl. Martin und der Afrikanist Eugen Wolf mit dem Privatkläger verfeindet sind, daß Friedl. Martin einen Artikel geschrieben hat, der in der „Münchener Post“ erschienen ist und der grobe Beleidigungen des Privatklägers enthält.

Bert. Rechtsanwalt. Vernheim: Nachdem beide Herren nicht formell abgelehnt sind, ist alles, was die Gegenseite vorgebracht hat, vollständig überflüssig.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Es ist falsch, daß Baron v. Wedmann Privatangehänger des Dr. Peters war. Er war vom Gouvernement angeheilt, wenn auch nicht etatsmäßig.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß im Vorverfahren bei allen Prozeßbeteiligten das beste Einvernehmen geherrscht habe, und daß man allgemein von der Ansicht ausgegangen sei, möglichst viel Beweismaterial herbeizuschaffen.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Es ist falsch, daß Baron v. Wedmann Privatangehänger des Dr. Peters war. Er war vom Gouvernement angeheilt, wenn auch nicht etatsmäßig.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß im Vorverfahren bei allen Prozeßbeteiligten das beste Einvernehmen geherrscht habe, und daß man allgemein von der Ansicht ausgegangen sei, möglichst viel Beweismaterial herbeizuschaffen.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Es ist falsch, daß Baron v. Wedmann Privatangehänger des Dr. Peters war. Er war vom Gouvernement angeheilt, wenn auch nicht etatsmäßig.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß im Vorverfahren bei allen Prozeßbeteiligten das beste Einvernehmen geherrscht habe, und daß man allgemein von der Ansicht ausgegangen sei, möglichst viel Beweismaterial herbeizuschaffen.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Es ist falsch, daß Baron v. Wedmann Privatangehänger des Dr. Peters war. Er war vom Gouvernement angeheilt, wenn auch nicht etatsmäßig.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß im Vorverfahren bei allen Prozeßbeteiligten das beste Einvernehmen geherrscht habe, und daß man allgemein von der Ansicht ausgegangen sei, möglichst viel Beweismaterial herbeizuschaffen.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Es ist falsch, daß Baron v. Wedmann Privatangehänger des Dr. Peters war. Er war vom Gouvernement angeheilt, wenn auch nicht etatsmäßig.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß im Vorverfahren bei allen Prozeßbeteiligten das beste Einvernehmen geherrscht habe, und daß man allgemein von der Ansicht ausgegangen sei, möglichst viel Beweismaterial herbeizuschaffen.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Es ist falsch, daß Baron v. Wedmann Privatangehänger des Dr. Peters war. Er war vom Gouvernement angeheilt, wenn auch nicht etatsmäßig.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß im Vorverfahren bei allen Prozeßbeteiligten das beste Einvernehmen geherrscht habe, und daß man allgemein von der Ansicht ausgegangen sei, möglichst viel Beweismaterial herbeizuschaffen.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Es ist falsch, daß Baron v. Wedmann Privatangehänger des Dr. Peters war. Er war vom Gouvernement angeheilt, wenn auch nicht etatsmäßig.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß im Vorverfahren bei allen Prozeßbeteiligten das beste Einvernehmen geherrscht habe, und daß man allgemein von der Ansicht ausgegangen sei, möglichst viel Beweismaterial herbeizuschaffen.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Es ist falsch, daß Baron v. Wedmann Privatangehänger des Dr. Peters war. Er war vom Gouvernement angeheilt, wenn auch nicht etatsmäßig.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß im Vorverfahren bei allen Prozeßbeteiligten das beste Einvernehmen geherrscht habe, und daß man allgemein von der Ansicht ausgegangen sei, möglichst viel Beweismaterial herbeizuschaffen.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Es ist falsch, daß Baron v. Wedmann Privatangehänger des Dr. Peters war. Er war vom Gouvernement angeheilt, wenn auch nicht etatsmäßig.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß im Vorverfahren bei allen Prozeßbeteiligten das beste Einvernehmen geherrscht habe, und daß man allgemein von der Ansicht ausgegangen sei, möglichst viel Beweismaterial herbeizuschaffen.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Es ist falsch, daß Baron v. Wedmann Privatangehänger des Dr. Peters war. Er war vom Gouvernement angeheilt, wenn auch nicht etatsmäßig.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß im Vorverfahren bei allen Prozeßbeteiligten das beste Einvernehmen geherrscht habe, und daß man allgemein von der Ansicht ausgegangen sei, möglichst viel Beweismaterial herbeizuschaffen.

Dr. Peters behält sich darüber eine Erklärung vor.

Grubers Erklärung.

Angell. Martin Gruber übernimmt die prozessuale Verantwortung für die drei Artikel und will für alle in ihnen aufgestellten Behauptungen den Wahrheitsbeweis im vollen Umfange führen. Die politische Bedeutung dieses Prozesses aber veranlaßt ihn zu einigen allgemeinen Bemerkungen, um den Standpunkt der „Münchener Post“ bei der Aufnahme der Artikel zu erklären.

Das Auftreten des Dr. Peters in München fiel in eine sturmbelegte Zeit. Wegen einer an sich geringen Differenz zwischen Regierung und Reichstagsmehrheit war der Reichstag aufgelöst worden. Unter der nationalen Wahlsparole wurde zum Sturm gelassen gegen Sozialdemokratie, Zentrum, Polen und Welfen.

Vors. (unterbrechend): Der Ausdruck „eines solchen Menschen“ ist wohl nur im Sinne von „eines solchen Mannes“ gemeint. — Angell. Gruber bestätigt und fährt fort: Von den Artikeln nehme ich nicht ein Teilchen zurück. „Abgelehnt“ wird Dr. Peters genannt. Das ist er in der Tat. Er hat einen Keger und ein Kegermädchen widerrechtlich aufgehängt, andere Kegermädchen züchtigen lassen.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Dagegen habe ich nichts einzuwenden. Im übrigen aber bitte ich, zunächst mit den Zeugen zu beginnen, die mit am Kilimandscharo waren.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Es ist falsch, daß Baron v. Wedmann Privatangehänger des Dr. Peters war. Er war vom Gouvernement angeheilt, wenn auch nicht etatsmäßig.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß im Vorverfahren bei allen Prozeßbeteiligten das beste Einvernehmen geherrscht habe, und daß man allgemein von der Ansicht ausgegangen sei, möglichst viel Beweismaterial herbeizuschaffen.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Es ist falsch, daß Baron v. Wedmann Privatangehänger des Dr. Peters war. Er war vom Gouvernement angeheilt, wenn auch nicht etatsmäßig.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß im Vorverfahren bei allen Prozeßbeteiligten das beste Einvernehmen geherrscht habe, und daß man allgemein von der Ansicht ausgegangen sei, möglichst viel Beweismaterial herbeizuschaffen.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Es ist falsch, daß Baron v. Wedmann Privatangehänger des Dr. Peters war. Er war vom Gouvernement angeheilt, wenn auch nicht etatsmäßig.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß im Vorverfahren bei allen Prozeßbeteiligten das beste Einvernehmen geherrscht habe, und daß man allgemein von der Ansicht ausgegangen sei, möglichst viel Beweismaterial herbeizuschaffen.

Beobachtet unterteilt seien und daß kein Anlaß zum Einschreiten gegen mich vorliegt. Am folgenden Tage erklärte Dr. Kaiser, daß auf Grund des Briefes, den ich

an den Bischof, Tuder

geschrieben habe, und in dem ich Taten zugegeben hätte, ein Verbrechen eingeleitet werden müßte. Dieser Brief aber war eine dreifache und unerschämte Erfindung, und Bebel selbst hat zugeben müssen, daß er mit dem Brief täuscht sei.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Dagegen habe ich nichts einzuwenden. Im übrigen aber bitte ich, zunächst mit den Zeugen zu beginnen, die mit am Kilimandscharo waren.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Es ist falsch, daß Baron v. Wedmann Privatangehänger des Dr. Peters war. Er war vom Gouvernement angeheilt, wenn auch nicht etatsmäßig.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß im Vorverfahren bei allen Prozeßbeteiligten das beste Einvernehmen geherrscht habe, und daß man allgemein von der Ansicht ausgegangen sei, möglichst viel Beweismaterial herbeizuschaffen.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Es ist falsch, daß Baron v. Wedmann Privatangehänger des Dr. Peters war. Er war vom Gouvernement angeheilt, wenn auch nicht etatsmäßig.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß im Vorverfahren bei allen Prozeßbeteiligten das beste Einvernehmen geherrscht habe, und daß man allgemein von der Ansicht ausgegangen sei, möglichst viel Beweismaterial herbeizuschaffen.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Es ist falsch, daß Baron v. Wedmann Privatangehänger des Dr. Peters war. Er war vom Gouvernement angeheilt, wenn auch nicht etatsmäßig.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß im Vorverfahren bei allen Prozeßbeteiligten das beste Einvernehmen geherrscht habe, und daß man allgemein von der Ansicht ausgegangen sei, möglichst viel Beweismaterial herbeizuschaffen.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Es ist falsch, daß Baron v. Wedmann Privatangehänger des Dr. Peters war. Er war vom Gouvernement angeheilt, wenn auch nicht etatsmäßig.

Im Interesse des Respekts

war es nötig, festzustellen, wo sie geblieben waren. Ein und der fremderer Häuptling Marialia konnte und zwar nicht den Aufenthalt der Wachen angeben, teilte uns aber mit, daß sich der Vater eines dieser Franzosen in der Wache befände.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Dagegen habe ich nichts einzuwenden. Im übrigen aber bitte ich, zunächst mit den Zeugen zu beginnen, die mit am Kilimandscharo waren.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Es ist falsch, daß Baron v. Wedmann Privatangehänger des Dr. Peters war. Er war vom Gouvernement angeheilt, wenn auch nicht etatsmäßig.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß im Vorverfahren bei allen Prozeßbeteiligten das beste Einvernehmen geherrscht habe, und daß man allgemein von der Ansicht ausgegangen sei, möglichst viel Beweismaterial herbeizuschaffen.

erponierten Posten auszufüllen hätte, würde ich genau so handeln. Jeder Beamte, der es nicht tut, würde sich des Mißbrauchs der Dienstgewalt schuldig machen. Ich glaube nicht, daß Hebel 1896 aus eigener Phantasie die Beschuldigungen vorgebracht hat. Er hat unter dem Schutze der Immunität nur leichtfertig gehandelt. England hatte schon lange ein Auge auf das Kilmanscharogebiet geworfen, das die Berle von Kasrifa ist. Im Jahre 1891 plante man den Bau der Ugandabahn. Den Widerstand der Missionare führte ich im wesentlichen auf die Verhütung englischer Missionare zurück. Ich habe mich damals auch über diese Missionare beschwert und der Missionar Smith'sches schickte seinerseits eine Beschwerde über mich fort, in der schon damals die Beschuldigung enthalten war, ich hätte einen Diener und seine Konkubine hingerichtet. Man wollte damit offenbar den Verdacht von dem eigenen Waffenschmuggel, den man betrieb, ablenken, oder man wollte, wie schon 1886, versuchen, mich als einen mißliebigen Grenzkommissar, der die deutschen Interessen vertrat, zu beseitigen. Ich blieb aber Kommissar und das Kilmanscharogebiet blieb deutsch. Die Engländer haben längst diese alten Verleumdungen fallen lassen. Dagegen haben sie meine eigenen Landesteile aufgegriffen. Ich bin von London hierher gekommen, um vor einem deutschen Gericht Schutz gegen solche Verleumdungen zu suchen. Meiner Tätigkeit ist es im wesentlichen zu danken, daß dieses wertvolle Gebiet Ostafrikas Deutschland wirtschaftlich erhalten geblieben ist. Auf den Dank meines Vaterlandes erhebe ich schon lange keinen Anspruch mehr. Aber ich erhebe Anspruch darauf, daß mir als Staatsbürger mein Recht wird.

Entgegnungen und Fragen.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal glaubt, daß er Herrn Gruber nicht zu antworten braucht, um den Eindruck der Petersischen Darlegungen nicht abzuschwächen. — Vert. Rechtsanw. Vernheim: Ich möchte den Kläger fragen, ob er aufrecht erhält, daß er der Durchführung der Weiber nicht beigegeben hat? — Dr. Peters: Ich war nicht dabei, ich sah auf der Veranda. — Vert. Rechtsanw. Vernheim: Ist es aber richtig, daß im Disziplinarurteil das Gegenteil festgestellt ist? — Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Ich bitte, den Beklagten zu fragen, ob er das Disziplinarurteil gelesen hat. — Vert. Rechtsanw. Vernheim: Herr Peters braucht ja auf meine Frage nicht zu antworten. — Dr. Peters: Ich will aber darauf antworten. Ich sah auf der Veranda und habe gelesen. Der Durchsicht der Weiber habe ich nicht. Was in dem Urteil steht, werde ich später sagen, vielleicht aber auch nicht. Ich möchte nur die Gegenpartei fragen, ob sie weiß, was in dem Urteil steht? — Verteidiger Rechtsanw. Vernheim: Die Frage beantwortete ich nicht. Kann der Kläger Auskunft über die Herkunft der Weiber geben? — Dr. Peters: Zwei Weiber stammten von Malania, andere von Mariala, andere Weiber sind Weibchen von Hauptlingen, die ich jetzt nicht weiß. Nach der Anschauung der Schwärzen gehörten die Weiber uns, nach unserer Anschauung waren sie Dienerinnen. Der Ausdruck, „sie sind ausgerückt“, ist nicht ganz korrekt, ich möchte sagen, „sie sind ausgefallen“, sie sind weggefallen mit Hilfe bestreuer Hauptlinge. Wie mußten sie einfangen, da wir bestreuten mußten, daß sie Konspirationen mit anderen Hauptlingen einleiteten. Das sexuelle Moment hat gar nichts damit zu tun.

Ich mußte die ganze Frage vom prinzipiellen Standpunkte aus betrachten. Ich war hinausgeschickt, um die Einverleibung des Kilmanscharogebietes vorzubereiten. Ich hatte die volle Gerichtsbarkeit in Händen, war nicht der Bevollmächtigte des Gouverneurs, sondern ihm gleichgeordnet. — Vert. Rechtsanw. Vernheim stellt nunmehr den Antrag, den Dr. Peters zu veranlassen, die beiden Urteile im Disziplinarverfahren gegen ihn dem Gericht vorzulegen. Er hätte sich ursprünglich im Auftrage seines Klienten an das Auswärtige Amt gewandt und die Vorlegung der Akten erbeten. Das Auswärtige Amt habe aber die Akten nicht herausgegeben, weil dadurch das Ansehen des Deutschen Reiches geschädigt werden könnte. Das Auswärtige Amt machte jedoch darauf aufmerksam, daß es dem Gericht freistehe, dem Dr. Peters die Vorlegung des Disziplinarurteils aufzuerlegen. — Rechtsanw. Dr. Rosenthal bittet, den Antrag abzulehnen. Und kann kein Mensch zuzumuten, daß wir die Akten herausgeben sollen und dadurch dem Gegner noch Material in die Hände liefern. Wenn Dr. Peters vorgeworfen wird, daß er kein Wiedernahmeverfahren beantragt hat, so ist darauf zu erwidern, daß das Disziplinarverfahren kein Wiedernahmeverfahren kennt. — Nach längerem Auseinanderlegen beschließt das Gericht, aus prozeduralen Erwägungen heraus erst in einem späteren Stadium der Verhandlung hierüber Beschluß zu fassen.

Weiter stellt Verteidiger Rechtsanw. Vernheim den Antrag, die durch Anwesenheit am Erdbeben verhinderte Witwe des Kolonialdirektors Kayser kommissarisch zu vernehmen. Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Dieser Vernehmung müßte ich unbedingt beizuhören. Wenn hier wiederholt von einer Peterseliquide die Rede ist, so erkläre ich, daß es dies nicht gibt. Es gibt nur Leute, die verhindern wollen, daß ein Justizmord weiter besteht. Aber es gibt eine Anti-Peterseliquide und diese muß man sich sehr genau ansehen. Das Gericht setzt auch die Beschuldigung über diesen Antrag aus, bis festgestellt, ob Abg. Dr. Baasche, der über die Vorgänge Auskunft geben kann, die sich zwischen Kayser einerseits und Dr. Krenndt und Dr. Peters andererseits abgespielt haben, vernommen wird. — Es wird festgestellt, daß die Photographie, die Dr. Kayser dem Peters geschickt hat, im Mai 1894 geschickt wurde.

Es folgt nun die Vernehmung der Sachverständigen.

Max Frhr. v. Pechmann, Oberleutnant a. D. und Kunstmaler aus Versailles erklärt auf Befragen des Vorsitzenden, daß er mit Peters in freundschaftlichen Beziehungen stehe. Er wird als Zeuge und Sachverständiger vernommen und gibt an, daß er seit 1891 in Ostafrika tätig gewesen sei, aber nicht in die Haupttruppe, sondern in Peters Privatdienst eingetreten sei. Er habe diesen auf der Expedition nach dem Kilmanscharo begleitet. Die Expedition sei mitschiff verlaufen, denn man habe viel mit den Feindseligkeiten der Eingeborenen zu tun gehabt. Der Abbruch der Weiber und der Jagodja habe er beigegeben. Leutnant Wronski v. Schellendorf habe nur die Vollstreckung der Todesurteile abgelehnt, aber niemals das Urteil selbst als ungerecht bezeichnet. Er erinnere sich sogar, daß später einmal Herr v. Schellendorf sagte: „Den Kerlen ist ganz recht geschähen, nun sehen die Schwarzen endlich einmal, daß sie sich den Weibern gegenüber nicht alles erlauben dürfen.“ Es mag nun nicht besonders lobenswert sein, Weiber auszusperrten. Aber das ist nun einmal da unten so Sitte.

Vors.: Worin bestand das Aussperren? — Zeuge: Sie bekommen mit einem Stod 5-10 Hiebe. — Vert. Rechtsanw. Vernheim: Nur mit dem Stod? — Zeuge: Mit dem Stod oder was sonst vorhanden ist. — Vors.: Woher wird denn geschlagen? — Zeuge: Auf das Gesicht. Ich weiß aber nicht, womit die hier in Frage kommenden Weiber geschlagen wurden. Ich wohnte der Exekution nicht bei, ebensoviele Dr. Peters. Wir waren auf der Veranda, etwa 70-80 Schritte entfernt. — Vert. Rechtsanw. Vernheim: Haben Sie nicht 1897 auf die Frage des Präsidenten des Disziplinargerichtshofes, ob Dr. Peters der Hinrichtung beigegeben hat, mit Ja geantwortet. — Zeuge: Ja, aber ich habe hinzugefügt, daß es ein zufälliges Beisohnen war, es geschah nicht, weil Dr. Peters Vergnügen an der Aussperkung empfand, denn es ist kein Vergnügen, einem so blutigen Schauspiel beizuwohnen. Das Aussperren wurde überhaupt von keinem Weibchen, sondern von einem schwarzen Unteroffizier vorgenommen. Daß die entlassene Jagodja wieder eingesperrt wurde und daß auf ihr die Todesstrafe vollstreckt werden mußte, war Dr. Peters' ständlich mangenehm. Ich sagte ihm aber, es ginge nicht anders und am nächsten Tage wurde die Jagodja hingerichtet. — Vors.: Geschlechtliche Dinge haben also bei dem Urteil nicht mitgespielt? — Zeuge: Nein. — Vors.: Hat die Tötung der Jagodja und des Madrus etwa den Hintergrund gehabt, daß die Jagodja dem Dr. Peters

untreu geworden ist? — Zeuge: Das muß ich mit Entschiedenheit bestritten. — Vors.: Hat Madrus vielleicht den Einbruch verübt, um zu den Weibern zu gelangen? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Sachverständiger Wirtl. Rat Dr. Friedl-Martin: Wo haben denn in jener Nacht die Mädchen geschlafen? — Zeuge: Das weiß ich nicht! Eine war bei mir. (Heiterkeit.) — Dr. Friedl-Martin: Geschah das jede Nacht? — Zeuge: Jawohl. (Erneute Heiterkeit.) Dr. Friedl-Martin: Hat Madrus der Gerichtshofung, in der er verurteilt wurde, beigegeben? — Zeuge: Nachdem die Jagodja gefangen hatte, daß Madrus den Diebstahl begangen hatte, wurde er heringerufen und gestand dann auch ein. Vert. Rechtsanw. Vernheim: Welches Verhältnis bestand zwischen den Weibern und Dr. Peters? Sie haben vor dem Disziplinargerichtshof eine Schilderung gegeben, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. — Zeuge: Das können Sie sich doch denken. Aber über diese Dinge will ich nicht als Zeuge, sondern als Sachverständiger Auskunft geben. (Heiterkeit.) Vert. Rechtsanw. Vernheim: Sie sollen und als Zeuge hier nur Tatsachen anführen. — Zeuge: Da kann ich nur sagen, daß ein intimer Verkehr bestand. — Vert. Rechtsanw. Vernheim: Haben Sie nicht Gelegenheit gehabt, zu bemerken, daß Weiber von Peters ausgepeitscht wurden, und zwar bei solchen Gelegenheiten?

Ein Zusammenstoß.

Rechtsanw. Dr. Rosenthal (erregt aufspringend) bittet, daß diese Frage zu Protokoll genommen wird. — Vors.: Die Frage soll wohl nur dahin gehen, daß Dr. Peters die Weiber selbst ausgepeitscht hat, und zwar aus sadistischen Neigungen. — Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Ein solcher Vorwurf ist bisher trotz aller Feindschaft nicht erhoben worden. Ich frage Herrn Gruber, auf welche Tatsachen er sich dabei stützt. — Rechtsanw. Dr. Vernheim: Von und wird die Behauptung aufgestellt, daß die Weiber fortgelaufen sind, weil sie der fortgesetzten Mißhandlungen des Dr. Peters überdrüssig waren. — Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Es ist aber behauptet worden, daß diese Mißhandlungen aus Sadismus erfolgten. — Zeuge v. Pechmann: Ich kann mich keines solchen Falls erinnern. Hin und wieder habe ich zwar selbst einen Weibe, wenn sie nicht parierte, eine Ohrfeige gegeben (Zeuge macht eine entsprechende Handbewegung), weiter aber nichts. — Dr. Peters: Ich will hier ein für allemal erklären, daß es eine ganz unerschämte Lüge ist, zu behaupten, ich hätte ein Frauenzimmer in Afrika gemißhandelt. Abgesehen von dem einen hier bereits zur Sprache gekommenen Fall ist das niemals vorgekommen. — Rechtsanw. Dr. Vernheim: Ich bitte Herrn Dr. Peters in die Schranken zurückzuweisen. — Vors.: Ich lasse diese Äußerung ebenso wie schon frühere so auf, daß Dr. Peters sich nur gegen die Richter der Gerichte wendet. — Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Das würde würde wohl Herr Gruber sagen, wenn man ihm sadistische Neigungsnachfragen würde. — Vert. Rechtsanw. Vernheim: Ich verstehe Ihre Aufregung nicht. Sie haben Klage erhoben und wir stellen hier tatsächliche Fragen. Durch Ihr Geplöter wird gar nichts bewiesen. — Sachverständiger Dr. Friedl-Martin: War nun Madrus bei dem Urteil anwesend? Der Zeuge hat vorher eine ausweichende Antwort gegeben. — Zeuge v. Pechmann: Madrus ist gehört worden und hat gestanden. — Dr. Friedl-Martin: Ist er über den Zweck seines Einbruchs befragt worden? — Zeuge: Das weiß ich nicht, es ist ein Protokoll aufgenommen. — Rechtsanw. Dr. Rosenthal protestiert dagegen, daß der Sachverständige dem Zeugen vorgeworfen hat, er weiche mit seinen Antworten aus. — Dr. Friedl-Martin: Ich soll hier ein Gutachten abgeben und da die Vorlage des Urteils verweigert wird, bleibe ich mit nichts anderem übrig, als auf die Aussagen der Zeugen einzugehen, wenn ich mit ein klares Bild von der Sache machen will. — Auf eine Bemerkung des Rechtsanw. Vernheim, daß der Sekretär Jahns weiter nichts als ein willenloses Werkzeug des Dr. Peters gewesen sei, erwidert Dr. Peters: Pechmann und Jahns waren Beamte des Gouvernements am Kilmanscharo und wurden von diesem bezahlt. — Vors.: Sie waren also Zivilbeamte? — Dr. Friedl-Martin: Die Sache kann ja ganz einfach entschieden werden (zum Zeugen v. Pechmann): Haben Sie den Dienstfeld geleistet? — Zeuge: Nein. — Dr. Peters: Natürlich haben sie keinen Dienstfeld geleistet. Sie waren ja meine Beamten. — Rechtsanw. Dr. Rosenthal: In welchem Auftrage stand Dr. Peters bei den Kegern? Gall er als streng und gerecht? — Zeuge v. Pechmann: Diese Frage beantwortete ich dahin, daß ich nur wünsche, daß jeder, der nach Afrika geht und eine Expedition unternimmt, ebenso verfahren möge wie Dr. Peters. — Rechtsanw. Dr. Vernheim: Sie stehen also auf dem Standpunkt, daß an Dr. Peters ein Justizmord begangen ist? — Zeuge: Jawohl. — Vert. Rechtsanw. Dr. Vernheim fragt Dr. Peters, ob es richtig ist, daß vor dem Disziplinargerichtshof zwei Briefe des Gouverneurs v. Soden

an den Reichsfiskus verlesen worden seien, in denen es unter anderem hieß, Peters habe sich von einem Hauptling ein Mädchen schenken lassen, das von ihm aber nichts wissen wollte und geschädigt sei. Peters habe sie nachher hängen lassen und angeführt dieses Umstandes müsse Peters der gute Glaube abgesprochen werden. Ferner hieß es in den Briefen, daß es doch mindestens naïv sei, zu glauben, daß die Weiber mit dem Feinde nun plötzlich Konspirationen anfangen. — Dr. Peters: Ich weiß nicht, ob ein solcher Brief verlesen worden ist. Sollte es geschehen sein, so würde es mit um Herrn v. Soden leid tun, ich kann nicht glauben, daß er solchen Zeug geschrieben hat. — Vert. Rechtsanw. Vernheim: Es geht in dem Briefe noch weiter, es wird die Frage aufgeworfen, ob es sich nicht empfiehlt, ein gerichtliches Verfahren gegen Peters einzuleiten, und Herr v. Soden gibt seinen Bedenken Ausdruck, „einem solchen Vurschen wieder eine so verantwortliche Stellung einzuräumen“. — Afrikaforscher Eugen Wolf bezeugt, daß die Veranda von der Exekutionsstelle 70 Schritte entfernt sei. — Zeuge v. Pechmann: Dann bebauere ich, daß wir nicht in Afrika sind, denn sonst könnte ich die Entfernung genau messen. (Heiterkeit.)

Der Reichsfiskusverbandsgeneral.

Hierauf erbittet Sachverständiger Reichstagsabgeordneter v. Liebert das Wort zu einer Erklärung: Es ist heute hier ein Sittenbild aus unseren Kolonien entworfen worden, das wahrscheinlich von der Sozialdemokratie ausgedreht werden wird, um auf diese Weise die nicht unbeträchtlichen Kosten dieses Prozesses wieder einzubringen. — Vert. Rechtsanw. Vernheim: Ich bemerke, daß der Herr Generalleutnant v. Liebert Vorsitzender des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist. Ich halte es nicht für zulässig, daß er hier an Gerichtsstelle politische Vorträge hält. — Der Vorsitzende ersucht hierauf den Sachverständigen, das, was er zu sagen hat, in seinem Gutachten vorzubringen. — Es wird dann nochmals die Frage

der Vorlegung des Urteils des Disziplinargerichtshofes

dem Vorsitzenden angeregt, und die Parteien geben längere Erklärungen ab. — Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Das Urteil beruht auf falschen Feststellungen und ist von einem ad hoc zusammengeführten Disziplinargerichtshof erlassen. Kein Mensch kann uns doch da zumuten, das Urteil dem Gegner auszuliefern. Dem Gericht werden wir das Urteil gern unterbreiten, aber nicht der „Münchener Post“, zumal nach der Kampfart, die sie zuletzt eingeschlagen hat. Niemanden wäre es erwünschter, daß das ganze Aktenmaterial hier vorgelegt wird, als Dr. Peters, aber die ganzen Akten, nicht bloß das Urteil. Nachdem das Auswärtige Amt auf Grund des § 90 die Herausgabe der Akten verweigert hat, erscheint es dem Dr. Peters als eine

Pflicht der Loyalität,

auch seinerseits die Vorlegung des Urteils abzulehnen, denn er hat keine Veranlassung, gegen das Auswärtige Amt Stellung zu nehmen. — Rechtsanw. Dr. Vernheim: Das ist ein mehr als merkwürdiger Standpunkt. Dr. Peters erklärt, er sei unschuldig verurteilt worden und will und nun nicht das ergangene Urteil vorlegen. Wenn er behauptet, er ist unschuldig verurteilt worden, dann muß er das Urteil vorlegen und beweisen, daß diese oder jene Feststellung auf falscher Grundlage beruht. Ich behaupte,

daß in dem Urteil festgestellt ist, daß bei der Hinrichtung der Jagodja und des Madrus sexuelle Momente mitgespielt haben. Wir haben auf die Vorlegung des Urteils geredet und deshalb keine Anträge gestellt. Die Gegenpartei will einfach durch die Vernehmung des früheren Verteidigers des Peters als Zeugen auf dem Urteil herumtrampeln lassen. — Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Der Angeklagte spricht immer von dem Material, das er hat. Er meint damit wohl das Material der „Kölnischen Zeitung“. — Rechtsanw. Vernheim: Dann wären wir ja in keiner schlechten Gesellschaft. (Heiterkeit.) — Der Vorsitzende stellt anheim, ob Dr. Peters beim Kolonialamt nicht anfragen wolle, ob es Bedenken gegen die Auslieferung des Urteils habe. — Dr. Peters erwidert darauf, daß er sich eine Erklärung darüber vorbehalten. — Rechtsanw. Vernheim regt an, dann lieber direkt von Gerichts wegen beim Auswärtigen Amt anzufragen, ob Bedenken gegen die Vorlegung des Urteils vorhanden sind. — Dr. Peters wendet sich gegen eine Äußerung des Rechtsanwalts Vernheim, die dahin ging, daß der Abg. v. Kardorff von Peters beeinflusst worden sei. Herr v. Kardorff sei im Parlament aus eigener Initiative für ihn eingetreten. — Vors.: Ich glaube, daß die Vorlegung des Urteils auch im Interesse des Klägers liege, da sonst der Beklagte immer würde einwenden können, daß der Kläger ja das Urteil nicht herausgegeben habe. — Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Gewiß, aber das Urteil ist ja nur ein Torso. Es wird dann in der

Zeugenvernehmung

fortgefahren, und zwar stellt Rechtsanw. Dr. Rosenthal den Antrag, sämtliche Vorstandsmitglieder des „Neuen Vereins“ zu vernehmen, da die „Münchener Post“ behauptet habe, es habe sich bei dem Vortrag Dr. Peters' um ein abgekartetes Spiel der Krenndt, Kardorff und Konsorten gehandelt. — Schriftsteller Küberer-München belunbet als Zeuge, daß der „Neue Verein“ sich an Peters gewandt habe, weil er eine hervorragende Persönlichkeit sei. Zu gleicher Zeit habe der Verein auch den französischen Sozialistenführer Jaurès eingeladen. Dieser aber habe abgelehnt, weil er in einem nichtsozialistischen Verein nicht spreche. Bei der Einladung des Dr. Peters sei auch sein Buch „England und die Engländer“ mitgebracht gewesen. Dr. Krenndt und Herr v. Kardorff hätten in keiner Weise einen Einfluß auf den „Neuen Verein“ ausgeübt. — Zeuge Redakteur Fuchs von den „Münchener N. Nachr.“ bestätigt diese Aussage. Man habe auch beabsichtigt, den englischen Sozialisten Shaw einzuladen. Es habe sich damals darum gehandelt, die kulturelle Annäherung mit England zu fördern. Die Einladung an Dr. Peters sei schon im Sommer erfolgt und es sei ein reiner Zufall, daß er gerade am Tage nach der Reichstagswahl in München gesprochen habe. Bei den Vorverhandlungen über den Vortrag habe Peters gesagt, er komme gern nach München, da Lenbach einer seiner besten Freunde sei. — Rechtsanw. Dr. Rosenthal ergänzt diese Mitteilungen dahin, daß Lenbach sogar ein Zuzugbruder des Dr. Peters sei. — Rechtsanw. Vernheim: Wir sind in der Lage, durch Zeugen festzustellen, daß Prof. Lenbach in ziemlich deutlicher Weise seine Antipathie gegen Dr. Peters zum Ausdruck gebracht hat.

Eine Riste.

Kommissionsrat Karl v. d. Gahdt-Berlin belunbet als Zeuge, daß er mit Peters zusammen in Afrika war. Peters habe die Deutsch-Ostafrikafirma mitbegründet und damit das wirtschaftliche Fundament zu dieser Kolonie gelegt. Peters habe bei seiner Firma eine Riste mit Aktenstücken deponiert und gab den Auftrag, sie ihm nachzusenden. Die Deutsch-Ostafrikafirma beauftragte damit einen Spediteur. Nach einiger Zeit stellte es sich heraus, daß die Riste nicht in den Besitz des Dr. Peters gelangt war. Es wurden Recherchen angestellt, und schließlich ermittelte die Polizei, daß die Riste in der Wilhelmstraße in Berlin stand, und zwar war sie geöffnet worden. Es stellte sich heraus, daß der Spediteur die Riste verkehrtlich nach der Wilhelmstraße transportiert hatte, allerdings nach einem ganz anderen Teile als dem des Auswärtigen Amtes. — Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Dr. Krenndt hat die Riste genau untersucht und festgestellt, daß alle Wertstücke noch darin vorhanden waren, daß aber die gesamte Originalkorrespondenz zwischen Dr. Peters einerseits und Dr. Kayser, Dr. Krenndt und v. Willow andererseits fehlte. — Zeuge v. d. Gahdt: Wir hatten kein Vordereau über den Inhalt der Riste. — Vors.: Ist es möglich, daß die Riste durch eine Zuträge in die Wilhelmstraße gelangt ist? — Zeuge: Das kann ich natürlich nicht sagen. Möglich ist ja, daß die Angaben des Spediteurs falsch waren. — Vert. Rechtsanw. Vernheim: Wurde Ihnen die Riste im verschlossenen Zustand übergeben? — Zeuge: Ja.

Zeuge Beussonist Wiesl

war Lazarettgehülfe in Ostafrika und hatte die Hinrichtungen zu beaufsichtigen. Er kam nach Ostafrika, als Madrus sich bereits in Haft befand. Jemand welcher Einzelheiten kann sich der Zeuge aber nicht mehr entsinnen. Auch über das gegen die Jagodja ergangene Urteil kann der Zeuge keine Aussagen mehr machen. — Vors.: Haben Sie vielleicht gehört, daß man Dr. Peters den Wortwurf gemacht hat, er habe die Jagodja, weil sie seine Geliebte sei, hängen lassen, da sie ihm untreu geworden war? — Zeuge: Auch das weiß ich nicht. Der Zeuge weiß ferner nicht, ob die Jagodja mit einer Rippenprellung oder mit einem Stod geschlagen worden ist. — Vert. Rechtsanw. Vernheim: Erinnern Sie sich, daß bei der Jagodja die Exekution unterbrochen wurde und das Mädchen dann von Ihnen behandelt werden mußte? — Zeuge: Es ist üblich, daß, wenn sich bei einer Aussperkung Wunden einstellen, die Exekution unterbrochen wird. Die noch fehlenden Schläge werden dann später verabfolgt. Ob die Jagodja später noch Schläge bekommen hat, weiß ich nicht. — Vors.: Wissen Sie, daß Dr. Peters auch andere Weiber geschlagen hat oder hat schlagen lassen, nur aus Wollust heraus? — Zeuge: Nein. — Vors.: War Peters grausam? — Zeuge: Er war im Dienste sehr streng, aber auch gerecht. Mit den Schwarzen kam er immer gut aus. Die Leiden der beiden Geschwister blieben, wie das so üblich ist, als abschreckendes Beispiel einen Tag hängen. — Vert. Rechtsanw. Vernheim: Ist Ihnen nicht bei einer anderen Hinrichtung, bei der des Regers Asfari, nahegelegt worden, nichts davon in die Öffentlichkeit zu bringen? — Der Zeuge erinnert sich nicht. — Vert. Rechtsanw. Vernheim: Haben Sie nicht bei einer früheren Vernehmung so etwas ausgesagt? — Zeuge: Ich weiß es nicht mehr. — Vernheim: Sind Sie gefragt worden, ob Sie mit der Hinrichtung einverstanden seien? Dr. Peters hat nämlich behauptet, sämtliche Europäer wären mit der Hinrichtung einverstanden gewesen. — Zeuge: Ich kann mich auf nichts mehr entsinnen. Ich kann nur sagen, daß es durchaus richtig war, die Sache da unten nicht so leicht zu nehmen. Wir haben es ja dann später am 11. Juni d. J. sehen müssen, als Herr v. Willow Fel. Jagodja hatte sich schuldig gemacht, sie war fortgelaufen und mußte bestraft werden. — Vert. Rechtsanw. Vernheim: Ist das eine Rippenprellung? (Er zeigt bei diesen Worten ein solches Instrument.) — Zeuge: Ja, aber der Knoten tar nicht dran und die Schnur auch nicht. — Vert. Vernheim: Wie lange war die Jagodja bei Ihnen in Behandlung, wochenlang? — Zeuge: Das weiß ich nicht mehr. — Wenn beim Durchsichtigen das Blut kommt, wird aufgehört. Nach einigen Tagen trennt sich von den Wunden die Haut ab und dann sieht die Sache viel gefährlicher aus als unmittelbar nach der Exekution. — Rechtsanw. Rosenthal: Weiß der Zeuge, daß die Fälle Madrus und Jagodja in irgend welchem Zusammenhang stehen? — Zeuge: Ich weiß nichts davon.

Der nächste Zeuge ist der

Reichstagsabgeordnete v. Völkmar. Rechtsanw. Vernheim: Herr v. Völkmar soll mitteilen, wie er die Sache im Reichstag zur Sprache gebracht hat, welche Unterredungen er mit dem verstorbenen Herrn Kolonialdirektor Kayser gehabt und welche Verträge von den Petersfreunden Krenndt und v. Kardorff gemacht worden sind, um Peters wieder in den Reichsdienst zu bringen. — Rechtsanw. Dr. Rosenthal: Ich weiß nicht, was die letzte Frage mit den sadistischen Neigungen des Herrn

Dr. Peters zu tun hat und in welchem Zusammenhang sie mit der Behauptung steht, daß er ein Paralytiker sei. — Vert. Rechtsamt. Verneinung: Wenn der Prozeßgegner sich das nicht denken kann, dann will ich es ihm sagen. Es sollen die Jüden der im geheimen arbeitenden Peterspartei aufgedeckt werden. Herr Gruber glaubt sich ein Verdienst damit erworben zu haben, daß er die Peters- Clique offenbart. — Zeuge v. Hollmar: Ich hatte im Winter 1894/95 im Auftrag meiner Fraktion die kolonialen Angelegenheiten zu behandeln. Bei dieser Gelegenheit hatte ich mich mit Dr. Peters und seinem Treiben am Kilimandscharo zu beschäftigen. Es war mir bekannt geworden, daß mächtige Einflüsse im Werke seien, um Herrn Peters in ein noch höheres Amt zu bringen. Ich hielt es für eine schwere Gefahr, wenn ein Mann, der unter der Anklage, zwei frowle Morde begangen zu haben, wieder nach Afrika zurückkehrte. Ich habe darauf die Dinge am 18. März 1895 im Reichstage zur Sprache gebracht, zunächst ohne einen Namen zu nennen, aber doch so bestimmt, daß jedermann wußte, wer gemeint war. Ich forderte eine energische Untersuchung. Weiter hatte ich mich damals auch mit einigen Kolonialfreunden über Dr. Peters unterhalten, so mit einem der Gebrüder Denhardt, die auch in Ostafrika tätig waren. Denhardt sprach mit Entrüstung von der Wirtschaft und dem gewalttätigen Vorgehen des Dr. Peters, das die Weissen in Verfall bringe und unberechenbaren Schaden für die Kolonie gebracht habe. Weiter machte mir ein bayerischer Offizier namens Hoffmeister davon Mitteilung, daß auf der Plantage Mora sechs Schwarze eine ganz andere Darstellung von den Vorgängen am Kilimandscharo gegeben hätten. Die Namen hatte er mir aufgeschrieben. Auf meine Rede erklärte Kolonialdirektor Kayser, wenn das, was ich vorgetragen hatte, richtig wäre, würde der Reichstag und die Reichsregierung eine solche Handlungsweise einmütig verdammen. Auch ihm seien schon ähnliche Mitteilungen gemacht worden, aber nicht aus lauterer Quelle. Von den bei der Expedition anwesenden Europäern sei ausgefragt worden, daß die Totung stattgefunden habe, um ein abschreckendes Beispiel zu geben.

Es hätte eine Art Kriegszustand auf der Station geherrscht. Nach meiner Rede hat sich Direktor Kayser mit mir ins Benehmen gesetzt. Der Unterredung wohnte auch Prinz Arenberg bei. Dr. Kayser sagte mir, von meinen Mitteilungen sei ihm manches schon bekannt gewesen. Er hätte auch schon Ermittlungen angestellt, es sei aber nicht viel dabei herausgekommen. Die Anklage komme von einem Engländer, der Deutschland nicht wohlgesinnt sei und dessen Aussagen seine besondere Beachtung verdienen. Wenn ich aber neue Zeugen nennen könnte, solle ich es tun. Dr. Kayser machte darauf aufmerksam, daß die Zeugnisse von Heiden gegen Europäer nicht als vollständig angesehen werden. Natürlich stünde es anders, wenn ihre Aussagen von Weissen unterstützt würden. Er versprach zum Schluß eine energische Untersuchung und wenn das Ergebnis für Dr. Peters ungünstig sei, würden daraus die Konsequenzen gezogen werden. Im September oder Oktober d. J. erhielt ich von anderer Seite die Nachricht, daß die Untersuchung stattgefunden hätte und daß die sechs Schwarzen vernommen wären. Von einem Parlamentarier wurde mir gesagt, daß eine Zeilung die Ämter für Peters nicht gut fanden, daß aber in einem anderen Stadium die Sache für ihn eine günstige Wendung nahm. Peters sei bereits als Landeshauptmann am Tanganjika in Aussicht genommen gewesen, habe aber durch seine eigenen maßlosen Forderungen sich seine Gunst verlernt. — Rechtsamt. Dr. Rosenthal: Eigene Angaben aus eigener Wissenschaft können Sie also nicht machen? — Zeuge: Nein. — Dr. Peters: Ich möchte hinzufügen, daß ich nicht so vollständig unterrichtet war wie Herr v. Hollmar. Im übrigen habe ich sofort, als die neuen Beschuldigungen auftauchten, eine Untersuchung gegen mich beantragt. Diese Untersuchung wurde von Herrn v. Nordenskiöld geführt und ich bitte Herrn v. d. Heydt, über ihr Ergebnis hier auszusagen. Der Landeshauptmannsposten am Tanganjika habe ich abgelehnt. — Zeuge v. d. Heydt: Herr v. Nordenskiöld war früher mein Ge-

schäftsteilhaber und ich erinnere mich noch, daß er, nachdem wir die Rede Sebels über den Luderbrief gelesen hatten, sagte, er sei der festen Ueberzeugung, daß Peters schuldig sei. Er werde sofort seine Karte bei Dr. Peters abgeben, um ihm seine Sympathie zu beweisen. — Vert. Rechtsamt. Verneinung: Hat Herr Direktor Kayser den Dr. Peters für schuldig gehalten oder nicht? — Zeuge v. Hollmar: Direkte Äußerungen hat er nicht gemacht. Bevor ich meine Anklagen im Reichstage erhob, habe ich ihm durch den Prinzen Arenberg Mitteilung davon machen lassen. Das ist der gewöhnliche Gergang der Dinge im Reichstage. Uebrigens kamen dem Dr. Kayser meine Anklagen höchst unerwünscht, da die Ernennung des Dr. Peters zum Landeshauptmann am Tanganjika bevorstand. Prinz Arenberg machte mir auch Andeutungen in dieser Richtung. Dem Dr. Kayser war nicht bekannt, daß schwarze Zeugen vorhanden waren. — Rechtsamt. Dr. Rosenthal verliest nunmehr die Antwort des Kolonialdirektors Kayser auf die Hollmar'sche Rede. — Dr. Peters: Auf diese Rede folgte eine zweite Untersuchung, die von Herrn v. Nordenskiöld geführt wurde, und dann erfolgte das Angebot des Reichskanzlers, mich mit voller Gerichtsbarkeit am Tanganjika festzusetzen.

Als nächste Zeugin sollte Frau v. Wilow vernommen werden. Die Zeugin ist aber erkrankt und hat dem Gericht eine Erklärung eingeschickt, in der sie ausführt: Während meiner Anwesenheit in Afrika von 1877 bis 1888 habe ich nur günstige Urteile über Dr. Peters gehört. Die Bevölkerung schätzte und verehrte Dr. Peters, weil er ein energischer Mann war. Später finde ich in keinem Briefe meines Bruders eine abfällige Äußerung gegen Dr. Peters. Dagegen schreibt er in einem Briefe, daß die Eingeborenen in ihren Hütten das Bild des Dr. Peters neben dem des deutschen Kaisers aufgehängt hätten. — Rechtsamt. Dr. Rosenthal: Ich bitte diese von der Zeugin vorgelegene Zeugin kommissarisch zu vernehmen und zu verurteilen. — Vert. Rechtsamt. Verneinung: Und dann bitte ich bei dieser Vernehmung die Zeugin zu fragen, ob sie die Geliebte des Dr. Peters gewesen ist.

Zeuge Justizrat Koffka: Berlin war Verteidiger des Dr. Peters im Disziplinarprozeß. Er erinnert sich der Vorgänge nicht so genau, da sie zehn Jahre zurückliegen. Die Akten des Anklägers sind nicht er, sondern sein Schwiegerohn Rechtsamt. Grundbuch in Händen gehabt. Nach den ersten ungünstigen Entscheidungen hat Zeuge mit Dr. Peters mehrfach Konferenzen gehabt; Dr. Peters forderte mich auf, mich mit Wilhmann in Verbindung zu setzen. Er sagte mir, er sehe sich zwar nicht gerade sehr gut mit Wilhmann, immerhin sollte ich einmal mit ihm sprechen. Herr v. Wilhmann erklärte mir dann, er glaube, wenn er sich in einer ähnlichen Situation wie Dr. Peters befunden hätte, hätte er eben so gehandelt. Ich berief mich vor dem Disziplinargerichtshof auf das Gutachten und das Zeugnis Wilhmanns und noch meiner Ueberzeugung hätte der Gerichtshof darüber nicht hinwegkommen dürfen. Trotzdem beschloß der Gerichtshof die Ladung Wilhmanns nicht, sondern hielt sich selbst für qualifiziert genug, um ein Urteil zu fällen. — Rechtsamt. Dr. Rosenthal legt eine Verfügung des Reichskanzlers Fürsten Dohna vom 18. März 1896 an Peters vor, in dem er Peters mitteilt, daß mit der Untersuchung der Geh. Legationsrat Schwarztopf betraut sei, und daß Peters vorläufig darüber an dritte Personen seine Äußerungen gelangen lassen dürfe. Durch diese Verfügung sei Peters in der Verteidigung gegen die sozialdemokratischen Angriffe namentlich in Bezug auf den Luderbrief wesentlich beschränkt worden. — Dr. Peters: Diese Verfügung war die Antwort auf meine Bitte um erneute Untersuchung. — Zeuge Dr. Koffka: Mein Schwiegerohn hat mir erzählt, daß er nach Durchsicht der Akten nichts wesentlich Belastendes für Peters gefunden habe. — Vert. Rechtsamt. Verneinung: Bestimmt Sie Zeuge auf die prägnanten Äußerungen des Gouverneurs v. Soban an Caprioli, in denen es hieß, es sei unverantwortlich, einen solchen Vurschen an

eine so verantwortliche Stelle zu setzen? — Zeuge Koffka: Es ist möglich, daß dieser Brief verlesen ist, ich erinnere mich aber nicht. — Vert. Rechtsamt. Verneinung: Herr Verneinung stellt den Antrag, bei einer weiteren Frage die Öffentlichkeit auszuschließen, was auch im Disziplinarprozeß geschehen sei. Es handele sich um eine Äußerung, die Dr. Peters im Hotel Bristol gegenüber dem verstorbenen Konsul Baumann gemacht hat, und um Äußerungen des Dr. Peters zu den damaligen Zeugen Dr. Hermes und Mittelstedt. Uebrigens kann ich diese Äußerung ja auch hier wiederholen. Herr Dr. Peters soll gesagt haben: Ich bin ein stiller, ernster Pastorssohn aus Kauterbach, aber die

Weibergemeinschaft mit diesen Schweinen paßt mir nicht! Die Äußerung zu Konsul Baumann lautete noch drakischer. — Dr. Peters: Baumann will diese Äußerungen bei einem Diner gehört haben, das ich ihm zu Ehren im Hotel Bristol gegeben habe. Er hat früher behauptet, daß er diese Äußerungen nicht so ferioß aufgefaßt habe. Die anderen Teilnehmer an dem Diner, darunter Herr v. Schröder-Vogel und Major v. Tiedemann haben diese Äußerung auch nicht gehört. Ich möchte sie also dem Konsul Baumann ins Ohr geflüstert haben. Im übrigen bemerke ich, daß Baumann bald darauf in Geisteskrankheit verfiel und an tertiärer Syphilis starb. Das erklärt wohl auch den Irrtum in der Äußerung, denn nicht ich, sondern Wilhmann stammt aus Kauterbach am Harz. — Vert. Rechtsamt. Verneinung: Es ist doch aber merkwürdig, daß die Herren Hermes und Mittelstedt dieselben Äußerungen bezeugen. — Rechtsamt. Dr. Rosenthal: Ich habe hier eine Karte eines Herrn Dr. Martens, dem der Konsul Baumann bald nach jener Unterredung schrieb, er habe die Äußerung für eine afrikanische Ausschnelderei gehalten. Ich stelle fest, daß gegen Dr. Peters eine Untersuchung wegen Tierquälerei nie anhängig war. — Dr. Peters: Und ein Herr Lange hatte behauptet, ich hätte mich für 2000 Pfund Sterling an England erkaufen lassen. — Vert. Rechtsamt. Verneinung: In Ihrem Prozeß gegen Lange ist die kommissarische Aussage des Grafen Joachim Weil verlesen worden. Dieser ist 1884 öfter mit Peters zusammengekommen, und da hat ihm Peters von verfallenen Plänen erzählt, mit denen er vor die Öffentlichkeit treten wolle. So hätte er ihm angedeutet, er wolle sich an die Spitze der deutschen Sozialdemokratie stellen und diese bewaffnen. — Dr. Peters: Der Gerichtshof lehnte damals eine Erörterung dieser Sache ab, weil sie ihm zu lächerlich erschien. — Vert. Rechtsamt. Verneinung: Hat nicht Geh. Legationsrat Hellwig das Aufhängen eines Regers eine Infamie genannt? — Zeuge Koffka: Das ist mir nicht erinnerlich. Aber zugeben will ich, daß Geh. Hellwig sich immer sehr scharf über Dr. Peters ausgesprochen hat. — Rechtsamt. Dr. Rosenthal: Ist dem Zeugen bekannt, daß Geh. Rat Hellwig dem Dr. Peters sehr feindlich gesinnt war und gegen ihn intrigierte? — Zeuge: Vom letzteren weiß ich nichts.

Den Schluß der heutigen Verhandlung bildete die Verlesung der kommissarischen Aussage des Fabrikbesizers Oscar Wolff aus Walsrode: Ich kann aus eigener Wahrnehmung über die Zustände am Kilimandscharo im Jahre 1891 nichts berichten, glaube aber, daß sie sich von den unruhigen Zuständen im Jahre 1896, die ich persönlich mit erlebt habe, nicht viel unterscheiden. Ueber die Glaubwürdigkeit des Leutnants Bronsart v. Scheelendorf kann ich mitteilen, daß ich diesen 1895 bei der Errichtung einer Gesellschaft für Straßenzucht kennen gelernt habe. Er hat sich als ein wenig zuverlässiger Mann erwiesen und das Kapital der Gesellschaft verkleinert. Aus der Kasse hat er 15 000 M. mehr entnommen, als ihm zulauf. Er wollte die Sache ratenweise decken, hat es aber nicht getan. Nach meiner Erinnerung ist auch ein Haftbefehl wegen unstattdlicher Handlungen gegen ihn ergangen. Er zeichnete sich durch eine heftige Feindschaft gegen Dr. Peters aus. Darauf werden die weiteren Verhandlungen auf Mittwoch vertagt.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

Diese Woche — soweit Vorrat

ALEXANDERPLATZ

4 Tage für Glas, Porzellan und Wirtschafts-Artikel

Gartenschlauch	Meter 1 ⁴⁰ 1 ⁹⁵ 2 ⁴⁵
Schlauchständer	statt 17.50 14.50
Eismaschinen selbstläufig	5.80 7.50
Eismaschinen amerik. System	5.25 6.75
Spirituskocher	25 Pf. bis 1 ⁰⁰
Spirituskocher 2flammlig	1.50
Reise-Spirituskocher	50 Pf. bis 1 ⁰⁰
Reise-Spirituskocher vernickelt	2.50
Petroleumkocher 1 ⁵⁰ 2 ²⁰ 4flammlig	4.50
Spiritus-Plättchen für die Reise	4.75
Dalli-Plättchen	5.00
Aermelplättbrotter für die Reise	2.25
Messerputzmaschinen incl. Schmirgel	6.25
Teppichkehr-Maschinen	7.50 u. 10.50
Waschmaschinen, eig. Modell, vorz. bewährt	35.00
Gazespinden	4.50 5.25 bis 9.00
Gasplättchen vernick. Garnitur, bestehend aus 2 Plätt., 1 Erhitzer	4.75
Schaukelbadew. 3 Größen	25.00 27.50 30.00
Badewannen m. Ofen u. Brausevorr. compl.	134.00
Fussbadewannen aus stark. Zink	2.70 3.50 5.00
Waschwannen Zink m. Holzbod.	8.75 10.50 12.50
Waschzuber Zink mit Holzboden	8.75 11.50
Waschtische incl. Garnitur	17.50
Fruchtpressen	85 Pf. 1.00
Fruchtpressen „Tutti-Frutti“	7.50
Reibemaschinen ganz emailliert, dekoriert	1.50

Große Posten weißes Porzellan

Teller, Tassen, Suppenschüsseln, Saucieren, Salatiere etc. zu aussergewöhnlich billigen Preisen

Tassen	7 Pf.	Dessertteller	7 Pf.
Speiseteller	10 Pf.	Compotteller	5 Pf.

Decoriertes Porzellan

Tafelservice aparte Decorationen u. mod. Formen erheblich ermässigt

für 6 Personen:	23teilig 12.75	30teilig 18.50	für 12 Personen:	45teilig 24.95	60teilig 37.50	80teilig 48.50	57.00
-----------------	----------------	----------------	------------------	----------------	----------------	----------------	-------

Kaffeeservice elegante Formen und Decore

für 6 Personen:	2.45	2.85	3.65	4.95	für 12 Personen:	6.95	8.75
-----------------	------	------	------	------	------------------	------	------

Salatschalen ca. 26 cm ff. dekoriert	28 Pf.	Kaffee- od. Teetassen diverse Formen	18 Pf.
Kuchenteller m. Henkel, dekoriert u. Goldrand, 25 cm	48 Pf.	Butterglocken ff. dekoriert, ca. 1/2 Pfund	38 Pf.
Kuchenteller dekoriert ca. 17 cm	18 Pf.	Satz Milchtöpfe dekoriert 8 Stück	1 ⁰⁰

WASCH-GARNITUREN	4teilig m. Fonddek.	1.45	5teilig m. Fond od. Druckmuster	3.75	5teilig Eifens. m. Gold	4.75
	„Helene“	5teilig mit Eifens. od. Fond grosse Form und Golddekoration	7.50	„Marga“	5teilig m. Kirschendek. od. Goldband und Linien	6.50

Waschschüsseln ^{Porzellan} Porzellanform	1.40 bis 2.50
Wasserkrüge	1.50
Wasserkessel 6 Grössen	45 65 80 Pf. bis 1.40
Schmortöpfe 13 Grössen	48 Pf. bis 1.15
Casserollen 12 Grössen	10 bis 75 Pf.
Kochtöpfe gerade Form, 7 Grössen	24 bis 65 Pf.
Wasser-Eimer 28 cm	70 Pf.
Toilette-Eimer 3 Grössen, weiss	1.95 2.25 2.50
Mülleimer m. Aufschrift u. Deckel	2.45
Wannen oval	35 40 45 50 55 60 65 cm
	1.00 1.25 1.55 2.00 2.40 3.00 3.50
Waschgarnituren mit Ständer	2.65
Kinderbecher mit Holländer Decore	25 Pf.
Teller nach und tief	durchweg 10 Pf.
Waschgarnituren m. dekor.	20.00 bis 27.50
Marktkörbe mit Emaille-Einsatz	27.50
Kaffeeservice	7.00 9.00 11.25
Gartenleuchter vernickelt m. runder Glocke	1.00
Esslöffel Alpaca	Garant. weiss bleibend Dtz. 4.50
Toellöffel Alpaca	Dtz. 2.25
Reisebestecke	45 85 90 Pf. bis 8.00
Ein Posten	
Bestecke ff. poliert m. Ebenholzgriffen, statt 16.00 Dtz.	13.50

Feld-Stühle 45 60 90 mit Lehn 90 Pf.

Hängematten 2.25 2.90 3.75 4.25 mit Stab 4.25 6.25

Triumphstühle 1.90 mit Fussansatz 3.50

Reise-Körbe 5.50 7.25 8.25 10.25

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfeste! Das Lokal „Süßhagen“ am Moritzplatz ist gesperrt und von der Liste zu streichen. Der Inhaber desselben ist gleichzeitig Detonator des „Schloß Schönhof“, welches uns nun schon seit Jahren beharrlich verweigert wird.

Das Lokal „Nägelswerder“ am Nüggelsee (N.-S.), Ins. Herr Troppe, ist gleichfalls für organisierte Arbeiter gesperrt. Die Lokalkommission.

Reinickendorf-West. Am Mittwoch, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Franke, Eichbornstr. 18, ein kombinierter Zahlabend statt. Tagesordnung: 1. Regelung von wichtigen Vorstandsangelegenheiten. 2. Neuwahlen. Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.

Der Vorstand.

Sossen. Mittwoch, den 26. d. M., findet Zahlabend und Wahlvereinsversammlung statt. Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Mißstände in der Steuererhebung.

Steuern zahlen gehört bekanntlich nicht zu den angenehmsten Beschäftigungen eines Staatsbürgers; zumal nicht bei denjenigen, die ohnehin nur ein geringes Einkommen haben. Zwar kann man einwenden, daß diese Steuerzahler doch auch nur einen geringen Steuerbetrag zu entrichten haben, der verschwindend gering ist gegen die Leistungen derjenigen mit großen Einkommen. Bei diesem Einwand wird aber außer acht gelassen, daß die Personen mit kleinen Einkommen die Abgabe der Steuer viel mehr fühlen, als Leute mit großen Einkommen. Dazu kommt eine andere Ungerechtigkeit. Durch die in diesem Jahre geforderte und in den meisten Fällen erfolgte Auskunftsverteilung der Arbeitgeber über die Höhe des Verdienstes der von ihnen beschäftigten Arbeiter werden diese steuerlich bis auf den letzten Pfennig ganz erfaßt, während für die besser situierten Kreise — besonders für Großkapitalisten und Großgrundbesitzer — trotz der Deklarationspflicht erhebliche Privilegien in Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes über die Abzugsfähigkeit besonderer Ausgaben von dem zu versteuernden Einkommen geschaffen worden sind. Steuerprivilegien, auf die wir in unserem Blatte wiederholt, zuletzt noch am 28. März, eingehend hingewiesen haben.

Wir haben heute nicht die Absicht, auf die bestehenden Ungerechtigkeiten nochmals näher einzugehen; sie ergeben sich aus dem Einkommensteuergesetz. Hinweisen möchten wir dagegen auf einige Mißstände, die in der Steuererhebung bestehen und durch keinerlei gesetzliche Bestimmungen gerechtfertigt werden können. Die Zahlung der Steuern erfolgt bekanntlich an die in den verschiedenen Stadtvierteln errichteten Steuerannahmestellen oder an die mit der Einziehung der Steuern beauftragten Steuerheber.

Und da gehen uns ständig lebhafteste Klagen zu über die Behandlung der Steuerzahler durch Beamte der Steuerannahmestellen. An manchen Tagen sind die Bureaus der Steuerannahmestellen überfüllt, daß das auf Abfertigung wartende Publikum eine große Geduldssprobe durchmachen muß, ehe es sein Geld loswerden kann. Die lange Wartezeit wird auch keineswegs herabgemindert, wenn nur wenig Publikum in den Bureaus anwesend ist. Zahlreich sind die Fälle, in denen Steuerzahler ungewöhnlich lange warten müssen, ehe sie überhaupt nach ihrem Begehre gefragt, geschweige daß sie füberhaupt abgefertigt werden. Die schlimmsten Klagen sind aber die, die über die Umgangsformen der Beamten mit dem steuerzahlenden Publikum erhoben werden. Da werden oft die Leute grob angefahren und angegrünzelt, daß man sich manchmal nach einem Kasernenhofe verfehlt glaubt, ein Benehmen, gegen das es verschiedene Einsprüche erhoben werden muß. Es mag sein, daß es mancher Beamter als Störung empfindet, wenn Steuerzahler ihn in seiner rechtmäßigen Tätigkeit unterbrechen. Dafür kann aber der Steuerzahler nicht. Die Beamten sind des Publikums wegen da und nicht umgekehrt. Vor Jahren wurde in der Stadtverordnetenversammlung Klage geführt über unhöfliches Benehmen der Standesbeamten; es wurde gesagt, man würde auf den Standesämtern behandelt wie wenn man vor Gericht geladen sei und es wurde verlangt, diesen Beamten eine humanere Behandlung der Bürger zur Pflicht zu machen. Es mag ja manchem der Herren, die alle aus dem höheren Militärstande hervorgegangen sind, etwas schwer fallen, in den Räumen des Standesamtes sich militärischer Umgangsformen zu enthalten, allein die Bürgerpflicht hat ein Recht darauf, von den aus Steuermitteln bezahlten Beamten höflich behandelt zu werden. Den Beamten in den Steuerannahmestellen dürfte eine gleiche Erinnerung wie den Standesbeamten sehr dienlich sein. Wir glauben in dieser Allgemeinheit reden zu sollen, weil uns diesbezügliche Klagen von den verschiedensten Bureaus zugegangen sind, allerdings Klagen, die auch schon früher erhoben, bis heute aber noch nicht abgestellt sind.

Andere Beschwerden beziehen sich auf die Steuererhebung durch die Steuerheber und das im Schwange befindliche Mahnverfahren. Dieser Tage legte uns ein in der Invalidenstrasse wohnender Gastwirt eine vom 28. Mai datierte Kassenquittung über erfolgte Zahlung seiner Steuern vor, zugleich aber auch einen vom 1. Juni datierten Mahnschein, den der Steuerheber in seiner Abwesenheit ganz offen an seinen Vertreter in Gegenwart von Gästen abgegeben hatte. Der Mann fühlt sich verlegt, gemahnt zu werden, obwohl er bezahlt hat, mehr aber noch durch die so offen gewissermaßen vor Gästen erfolgte Mahnung. Diese offene Mahnung ist bei uns allerdings gang und gäbe, darum aber keineswegs notwendig. Viele Steuerheber gehen in dieser Beziehung noch viel weiter. Wenn sie ihren Mahnschein nicht loswerden können, weil die Wohnungsinhaber nicht anwesend sind, machen sie kurzen Prozeß und heften ihn einfach mit einigen großen Siegeln an die Wohnungstür. Das ist ein Verfahren, gegen das entschieden protestiert werden muß und es wird wirklich Zeit, das ganze öffentliche Mahnverfahren der Steuerbehörde zu befeitigen. Wenn ein Privatmann einen Schuldner in dieser öffentlichen Weise mahnen würde, würde das allgemein als Beleidigung aufgefaßt werden. Und was sich ein Privatmann nicht erlauben darf, kann auch der Steuerbehörde nicht zugestanden werden. Die Ungehörigkeit des öffentlichen Mahnverfahrens der Steuerbehörde ist ein alter Hops, der einmal abgeschnitten werden sollte. Selbst das Gericht bemußt zu seinen Auf-

forderungen zur Zahlung von Gerichtskosten den geschlossenen Brief; das gleiche Verfahren wendet beispielsweise die jüdische Gemeinde bei Einziehung ihrer Kirchensteuern an. Warum kann das nicht auch die Steuerbehörde?

Man komme nicht mit allen möglichen Einwänden: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Es wird Zeit, daß den oben gerügten Mißständen in der Steuererhebung endlich ein Ende gemacht wird.

Das Kuratorium des Vieh- und Schlachthofes beschloß in seiner letzten Sitzung die Wiedereinstellung einer vor einiger Zeit entlassenen Fleischbeschauerin. Die Frau, die während einer Krankheit Nebenarbeiten verrichtet haben soll, wird ab 1. Juli als Hilfsbeschauerin wieder beschäftigt und soll, wenn eine Stelle als Fleischbeschauerin frei wird, in diese einrücken. Ein Antrag der Fleischbeschauer auf Gewährung eines festen Einkommens sowie die Nachprüfung der Gehaltsverhältnisse der Tierärzte bei der Fleischschau wurde wegen Fehlens des Direktors zurückgestellt. Angenommen wurde ein Antrag, der dem Rechenkaufpersonal eine Entschädigung für Dienstverhältnisse zuspricht, die aus besonderen Anlässen, wie Ausübung von Ehrenämtern, Terminen, Begräbnissen Verwandter usw., entstehen. Ferner beschloß das Kuratorium, die Fettsammelzelle eingehen zu lassen und die Räume für die Darmschleimerei zu verwenden.

Rechtzeitige Kündigung der Wohnungen!

Wann muß spätestens gekündigt werden?

Ist in einem Mietvertrage als Kündigungsfrist drei Monate und drei Tage vereinbart, so muß die Kündigung spätestens am 27. Juni dem Wirt zugegangen sein, um rechtzeitig zu sein. Die Absendung am 27. Juni genügt also nicht, wenn der Brief nicht auch am 27. dem Wirt zugegangen ist. Ist in dem Vertrage drei Monate als Frist vereinbart, so muß die Kündigung spätestens am 30. Juni dem Wirt zugegangen sein. Ist im Vertrage nichts über die Kündigungsfrist vereinbart, so ist eine am 3. Juli dem Wirt erklärte Kündigung rechtzeitig. Die angegebenen Fristen gelten auch dann als innegehalten, wenn der Wirt die Annahme an dem betreffenden Tage (27., 30. Juni, 3. Juli) ablehnt, zum Beispiel, weil auf dem Briefe der Absender nicht angegeben sei, oder weil er einen frankierten (eingeschriebenen oder nicht eingeschriebenen) Brief nicht annehmen will, oder weil er nur bis 6 Uhr abends Briefe annimmt, oder wenn der Brief rechtzeitig eingelaufen war, der Wirt aber erst an einem späteren Tage Kenntnis von dem Briefe genommen hat, oder wenn der Wirt verreist, ohne für einen Vertreter zu sorgen, dem der Brief abgegeben werden kann oder dergleichen, kurz: in allen Fällen, in denen durch Schuld des Vermieters die Kündigung überhaupt nicht oder verspätet zur Kenntnis des Vermieters gelangt, gilt die Frist als gewahrt, ist also die Kündigung rechtzeitig. Was gegenüber dem Wirt nach dieser Richtung hin rechtens ist, gilt auch gegenüber dem Mieter, dem gekündigt wird.

Der Berliner Lehrer-Verein beschäftigte sich am letzten Freitag mit dem „Lehrermangel nach seinen Ursachen und Wirkungen“. Der Referent, Herr Günther, legte zunächst ziffernmäßig dar, wie der Lehrermangel in Preußen seit Jahrzehnten eine stehende Erscheinung ist und zeichnete dann ein geradezu erschütterndes Bild des preussischen Schulamters. Antiklerikalität ist eine eingehendere Statistik über dies Schuldrama der preussischen Schulpolitik aus guten Gründen seit langem nicht veröffentlicht worden. Und was in dieser Richtung ab und zu geschieht, bedeutet meist nur ein Feigenblatt für die trübe Wirklichkeit. Würde man die Zahl der unbesetzten Klassen einmal ziffernmäßig für die einzelnen Provinzen besonders aufrechnen, es würden sich für die klassischen Gegenden des Lehrermangels geradezu erschreckliche Ziffern ergeben. Die Regional-Klassenfrequenz beträgt in Frankreich (seit 1862) 50, in Norwegen und Dänemark seit langem dieselbe Ziffer, in der Schweiz 40 Schüler. In Preußen gibt es eigentliche Höchstfrequenzen überhaupt nicht, was in dieser Beziehung existiert, sind Durchschnittsziffern, die für die einklassige Schule auf 80 und für die mehrklassige Schule auf 70 pro Lehrkraft lauten. Dafür datiert das Alter dieser Festsetzung bereits aus dem Jahre 1828.

Tausende und Abertausende preussischer Volksschüler erhalten in überfüllten Klassen einen unzureichenden Unterricht; Lehrer-Idioten und -frauen, Farreridioten und Seminaristen werden auf sie losgelassen. Trotzdem können Tausende von schulpflichtigen Kindern überhaupt nicht aufgenommen werden. Die Beschränkung der Freizügigkeit betreibt man im großen, ebenso den Export von Lehrern aus dem Westen nach dem Osten und gar gewaltig rührt man in der Landratspresse und im „Berliner Lokal-Anzeiger“ die Werbetrommel für neu eröffnete Präparandenanstalten, Halb-, Halb- und Dritteltagschulen werden eingerichtet, Schulsysteme also, die ein Hohn sind auf die Grundsätze der Pädagogik. Bei einer natur- und vernunftgemäßen Beschulung der preussischen Jugend würde die Zahl der unversorgten Schulklassen zehntausende betragen.

An diese Schilderung der Existenzbedingungen der preussischen „Ritter und Heiligen“ schloß sich eine lebhafteste Debatte. Herr Teus wies darauf hin, daß zur Erhaltung konfessioneller Zwergschulen die Lehrer noch immer ausreichen, so daß in einem Dorfe Posen neben einer katholischen Schule mit 1 Lehrer und 350 Schülern eine evangelische mit 8 Schülern bestehen könne. Abg. Kopsch gab ein Bild von der Art und Weise, wie man im preussischen Dreiklassenparlamentarische Schul- und Kulturfragen behandelt. Nur begreift man nicht, weshalb der Freireis im preussischen Abgeordnetenhaus eine so erfolglose Arbeit noch ständig weiter betreibt. Wenn so steht, dann sollte man doch dem preussischen Volke diese Klarheit einmal in eklatanter Weise verschaffen. Es gibt doch wohl auch im Parlamentarismus eine ultima ratio. Aber es ist wohl dankbarer, auf einen saulen Baum in dieser Zeit der ungeheueren Gebetslage noch die üppigen Reiser der Weltpolitik zu stopfen. Nach Schluß der Debatte gelangten folgende Leitsätze zur Annahme:

1. Die Schul- und Lehrernot, unter der das Volksschulwesen fast aller deutschen Staaten seit Jahren leidet, muß zu einem öffentlichen Unglück führen, insofern sie die Gefahr eines Rückganges der Volksschule und des auf ihr beruhenden wirtschaftlichen, politischen und nationalen Lebens des deutschen Volkes in sich birgt.
2. Der Lehrermangel kommt nicht nur in der Zahl der unbesetzten Schulstellen zum Ausdruck; in viel größerem Maße zeigt er sich in der Ueberfüllung der Schulklassen und den unvollständigen Schulsystemen (Halb- und Dritteltagschulen, mehrklassige Schulen mit mehr Klassen als Lehrern).
3. An eine Befreiung des Notstandes ist nicht zu denken, solange zur Dedung des Lehrermangels noch Maßnahmen empfohlen und ergriffen werden, die weder dem Ernst der Situation angepaßt sind, noch der Bedeutung der Volksschule und der Würde des Lehramtes entsprechen. Zu diesen verbotenen Maßnahmen rechnen: die Einstellung unzureichend vorgebildeter Bewerber, die geschäftige Reklame für die Präparandenanstalten, die den Präparanden und Seminaristen gewährten hohen Unterstufungen und die Beschränkung der Freizügigkeit der Lehrer.

4. Eine gründliche Abhilfe des Lehrermangels ist nur dann zu erhoffen, wenn die gesetzgebenden Körperschaften und die verantwortlichen Behörden sich entschließen, dem Lehrerberuf durch eine zeitgemäße Besoldung und eine befriedigende amtliche Stellung neue Verheerung zu geben.

Die Verwaltungskommission des Schießplatzes bei Berlin erläßt folgende Warnung. Der Schießplatz bei Berlin (Tegel) wird entgegen dem polizeilichen Verbot häufig von Personen unbefugterweise betreten. Da auf genanntem Platze fast zu jeder Jahreszeit Tageszeit Schießübungen der Infanterie, Kavallerie und Artillerie stattfinden, so kann die Nichtbeachtung obigen Verbots neben der angedrohten Strafe für die Betreffenden schwere Gefahren für Leben und Gesundheit nach sich ziehen. Es wird daher im eigenen Interesse des Publikums dringend vor dem Ueberschreiten der Schießplatzgrenzen gewarnt. Diese Grenzen sind nördlich nach der Berlin-Tegeler Chaussee hin durch einen Sicherheitsgraben, südlich nach dem Berlin-Spandauer Schiffschleppkanal zu durch einen Sicherheitsgraben nebst Drahtzaun bezeichnet.

Politische „Recht“prechung.

Für Reservisten und Landwehrleute ist ein Urteil von Bedeutung, welches das Kriegsgericht der Königl. Landwehrinspektion in seiner letzten Sitzung gefällt hat. Wegen unerlaubter Entfernung hatte sich der Landwehrmann Glowinkowski vom 1. Landwehraufgebot zu verantworten. Vor einiger Zeit sollte der Angeklagte eine 14tägige Uebung mitmachen und der Bestimmungsbefehl war ihm auch ordnungsgemäß zugestellt worden. Er blieb jedoch der Uebung fern, da er nach seinen Angaben zur Zeit des Beginnes der Uebung krank war. Er hatte aber keinem Menschen etwas darüber gesagt und auch nicht einen Arzt zu Rate gezogen, so daß er kein Attest vorzulegen im stande war. Auch dem Bezirksfeldwebel gegenüber gab der Angeklagte an, er sei krank gewesen, er habe starke Schmerzen in der Brust verspürt. Das Kriegsgericht schenkte aber den Angaben des G. keinen Glauben und erkannte gegen ihn wegen unerlaubter Entfernung und wegen Verläugens eines Vorgesetzten auf eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Monaten.

Beim Spielen ertrunken. Die Leiche eines ertrunkenen Knaben ist an der Gogolowsky-Brücke geborgen worden. Die Augenzeugen angeben, hatte der Kleine mit anderen Knaben am Ufer der Spree gespielt und war hierbei an dem Geländer herumgeklettert. Leichtsinigerverweise versuchte er allerhand Kunststücke und fiel schließlich in die Spree. Obwohl bald Rettungsversuche unternommen wurden, ertrank der Knabe.

„Sausaler“ und „Fahrguggen“. An der städtischen Irrenanstalt Herzberge ist ein merkwürdiges Sparhystem von bedenklicher Tragweite eingeführt. Früher wurde, wie es auch noch in Dalldorf geschieht, solchen zur Entlassung kommenden Patienten, die mittellose waren und womöglich nicht mal Angehörige in Berlin besaßen, eine Unterstufung von 3-5 M., von den Anstaltsintendanten „Sausaler“ genannt, und oft noch mehr mitgegeben. Es sollte das einmal als eine kleine Belohnung für die im Anstaltsinteresse geleisteten Arbeiten gelten; sodann bezweckte man damit, die Entlassenen vor sofortiger Wohnungsnot zu schützen. Sie konnten sich einigermaßen über Wasser halten, bis sie Arbeit gefunden hatten oder die Armen-direktion eintrat. Wohnung gewährte für einige Tage das städtische Familienobdach, das diese Gäste allerdings nicht sehr gerne sieht. Immerhin war diese Unterstufung ein sehr gering anzuschlagendes Almosen, da entlassene Geistesranke erfahrungsgemäß weit schwerere Arbeit finden als beispielsweise entlassene Strafgefangene und da die Armenverwaltung auch erst nach längerem Drängen in denbeutel greift.

Seit längerer Zeit schon werden nun — wie uns geschrieben wird — überhaupt keine Unterstufungen mehr gezahlt. Man legt die Entlassenen, selbst wenn sie völlig mittellos sind, mit zwei Fahrgroschen auf die Straße und treibt sie dadurch geradezu zum Betteln oder Stehlen. In der Begründung dieses Sparverfahrens heißt es, daß die Unterstufung in diesen Fällen nicht richtig angewendet, nämlich vertruht worden sei. Andererseits hat sich nun aber, was zehmal schlimmer ist, befähigt, daß solche entlassene Geistesranke, verbittert über den Wegfall der Unterstufung, in Berlin sofort wieder Dummheiten machen und entweder nach wenigen Tagen freiwillig in die Anstalt zurückkehren oder in dieselbe von Amtswegen zurückgeschafft werden mußten. Besonders klagen auch die Anwohner der Dichtenberger Anstalt über das Sparhystem. Sie werden tagtäglich von Entlassenen angebettelt und geben meist, um möglichen Erzeßes vorzubeugen.

Von der Lokomotive abgestürzt. Auf dem Anhalter Güterbahnhof hat sich gestern morgen ein verhängnisvoller Unglücksfall zugegetragen. Der Lokomotivführer Ebers, Gustav Müllerstr. 40 wohnhaft, stürzte beim Rangieren von der in voller Fahrt befindlichen Lokomotive ab und wurde bewußtlos vom Platze getragen. Der Verunglückte hatte einen schweren Schädelbruch und erhebliche innere Verletzungen erlitten. Er fand im Elisabeth-Krankenhaus Aufnahme. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Wegen Arbeitslosigkeit Selbstmord verübt hat der 41jährige Monteur August Dan aus der Invalidenstr. 72. Die Bemühungen des D., nach seiner Entlassung wieder neue Beschäftigung zu erhalten, waren fruchtlos, und so griff er in der Verzweiflung zum Strick. Der Unglückliche erhängte sich in seinem Zimmer am Fensterkreuz. — Das gleiche Motiv veranlaßte den Tischler Eugen Müller aus der Wühlowerstr. 3 in Hirschd., sich mit einem Revolver eine schwere Schußwunde in der linken Brustseite beizubringen. In hoffnungslosem Zustande wurde der Bedauernswerte in das städtische Krankenhaus eingeliefert.

Ein schwerer Straßenaunfall hat sich gestern auf dem Gendarmenbrunnen zugegetragen. In der Pringens-Allee verfuhr die 13jährige Tochter Julia des Schuhmachers Kemmerl, Lindenstraße 44 in Nieder-Schönhausen wohnhaft, beim Ueberschreiten des Fahrdammes einem Kaffahruwerk auszuweichen. In der Verwirrung lief die Kleine gegen einen von der entgegengekehrten Richtung herankommenden Straßenaunfallwagen der Linie Mittelstraße-Rantow. Das unglückliche Geschöpf wurde unter die Plattform gerissen und ein Stück mitgeschleift. Es wurde fürchtbar zugerichtet. Weden und Obersehen wurden ihm fast vollständig zermalmt und der Schädel gebrochen. Im Lazarus-Krankenhaus mußte das rechte Bein sofort amputiert werden. Der Zustand der K. ist hoffnungslos.

Der künftige Produktivist Sigismund Brendt, der in der K.-G. Neue Silberwerke in der Chausseest. 59 große Unterschlagungen begangen hat, ist Montag abend am Großen Stern verhaftet worden.

Ueber die Ursachen des Kraneinsturzes am Schiffbauerdamm ist bisher noch nichts näheres bekannt geworden. Der Scherische „Lokalanzeiger“, der überall dabei ist, wenn es gilt, die Arbeiter zu beschmutzen, unternimmt es, den Ursachen nachzuspüren, indem er folgenden Ausführungen Raum gibt:

Nach dem Unfall erwieb sich die Befestigung des oberen Teils der Streben als intakt, ebensowenig zeigte der untere Teil der Streben, der in einem etwa 40 Zentimeter langen Steinanker ausläuft, irgendwelche Beschädigung. Zum besseren Verständnis sei erwähnt, daß bei dem Baukrane der ganze Schwerpunkt in dem unteren Teil der Streben liegt, der tief in das Mauerwerk eingelassen war. Zur Ausmanierung war der Betonement genommen und am Tage des Unfalls war der Betonement bereits sieben Tage abgedunnen. Am Tage vorher, beim Hochziehen des

Kranz, hatte diese Verankerung dem ganzen Eigengewicht des Kranz von circa 8500 Kilogramm gegenüber standgehalten; um so auffallender ist es, daß der ganze Aufbau an dem Angklidstage selbst bei einer Belastung von nur 825 Kilogramm beim Herunterlassen eines Montagemasines im Wanken geriet und nach der Straße zu überkippte. Liegt angesichts solcher Tatsachen nicht der Verdacht nahe, daß an dem Kran resp. an seiner Sicherung in der Zeit vom Schluß der Arbeit am Mittwoch um 7 Uhr bis zum Beginn der Arbeit am nächsten Tage irgend eine Manipulation vorgenommen ist, welche die direkte Ursache des Unfalls bildete? Diesfalls ist bei den etwa 100 Reibanten, bei denen derselbe Kran sich bestens bewährte, kein Unfall beim Aufbau oder während des Betriebes vorgekommen? In dieses Dunkel können vielleicht die folgenden Zeilen Licht bringen:

Am Mittwochabend, kurz nach 8 Uhr, schlenderte der Gutsbesitzer St., dessen Namen der Schreiber dieser Zeilen auf Wunsch zu nennen bereit ist, in Begleitung eines Offiziers den Schiffbauerdamm entlang. Die Herren kamen vom Lattenloal. An dem Bauplatz des Operntheaters angelangt, bewunderten sie die schlanken Konturen des Baukrans; durch eine Lücke im Bauzaun betrachteten sie die bereits ziemlich weit vorgeschrittenen Fundamentierungsarbeiten. Auf dem Bau selbst war kein Arbeiter mehr zu sehen. In diesem Augenblicke öffnete sich in dem Bauzaun eine kleine Lücke, ein Mann in Arbeiterkleidung trat heraus, blickte sich schon nach rechts und links um und wollte nach der Luisenstraße zu fortgehen. Herr St. berstellte ihm den Weg und richtete an ihn die Frage: „Kann sagen Sie mir doch, wie lange wird eigentlich der Baustreif noch anhalten?“ Der Mann blickte den Frager in grimmig an, brummte etwas in den Bart und verschwand alsbald um die nächste Straßenecke. Weiden Herren fiel das verstörte Wesen des Mannes auf. Herr St. bemerkte unwillkürlich zu seinem Begleiter: „Der Mann hat kein reines Gewissen, wenn der nur nichts Böses im Schilde führt.“ Als die Herren am Tage darauf von dem Unfall erfahren, mußten sie unwillkürlich an die unheimliche Begegnung vom Abend vorher denken, und in der Tat bedarf es kaum der Kombinationsgabe eines Sherlock Holmes, um dem Verdachte Ausdruck zu verleihen, daß dieses verdächtige Individuum in einem unglücklichen Zusammenhang mit dem Unfall steht. Wenige Tage vorher schon waren auf dem Bauplatz während der Nacht mehrere Felder aus dem Bauzaun ausgehoben und sämtliche Sandsteine so dol, die bereits fertig zum Vergleichen aufgestellt waren, in die Keller hinabgeführt und der ganze Platz mit Ziegeln und Bombardier. Jedenfalls ist es nicht ausgeschlossen, daß ein Individuum sich am Mittwochabend Eingang zum Bauplatz verschafft hatte und mit einer Brechlang, die er sich an Ort und Stelle mit Leichtigkeit verschaffen konnte, die Verankerung in einer Weise lockerte, daß selbst die geringste Belastung die Katastrophe herbeiführen mußte.

Der Abdruck dieser Ausführungen kann nur den einen Sinn haben, die ausgesperrten Bauarbeiter mit dem Unglück in Verbindung zu bringen. Schon die Frage des ominösen Herrn St. an „einen ihm gänzlich unbekanntem Mann in Arbeiterkleidung“: „Sagen Sie mir doch, wie lange wird eigentlich der Baustreif noch anhalten?“ läßt darauf schließen. Welcher anständige Mensch richtet denn auf der Straße an einen ihm gänzlich unbekanntem Arbeiter eine solche Frage. Aber was schert das den „Sozial-Angeiger“. Er drückt das Phantasieprodukt einfach ab, angeblich um zur „Aufklärung“ mit beizutragen, in Wirklichkeit um eine Infamie gegen die ausgesperrten Bauarbeiter zu verüben. Durch diese Infamie soll die eigentliche Ursache des Unglücks verschleiert werden. Sachverständige haben vielmehr der Meinung Ausdruck gegeben, daß das Mauerwerk zu lose gewesen sei und der Kran keinen genügenden Halt gehabt zu haben scheint. Dieser Umstand dürfte aber nicht wunder nehmen, wenn man bedenkt, daß die Mauerarbeiten von Affordmairern hergestellt wurden, die infolge des Affordsystems die nötige Sorgfalt in der Arbeit vermissen ließen.

Ein schweres Brandunglück hat gestern nachmittag gegen 5 Uhr die Feuerwehre nach der Fußbrückenstraße 15 alarmiert. Als Brandmeister Noeder dort ankam, waren die Flammen schon gelöscht. Die Frau Agnes des Zementarbeiters Albert Liebertrau hatte durch brennendes Terpentinöl lebensgefährliche Brandverletzungen an ganzen Oberkörper, Kopf und beiden Armen erlitten. Ihr Sohn Rudolf hatte Brandwunden am rechten Arm und den Händen erhalten. Die Feuerwehre verband den Armen und brachte die arme Frau mit einem Tender sofort nach dem Lazarus-Krankenhaus in der Bernauerstraße, wo man wenig Hoffnung hegt, die Frau am Leben zu erhalten. Der Brand ist durch Leberlöcher von Terpentin entstanden.

Der Verein Berliner Hausdiener bittet um Aufnahme folgender Notiz: Am Sonntag, den 23. d. M., wurde in der Wismanstraße eine rote Brieftasche, enthaltend Portogarnanten, sechs Billets, Aufnahmebescheinigung sowie Legitimationskarte des Deutschen Transportarbeiterverbandes, verloren. — Der eheliche Finder wird gebeten, die Tasche im Verbandsbureau, Alte Leipzigerstr. 1a, abzugeben.

Feuerwehrbericht. Ein schweres Rettungswerk beschäftigte gestern vormittag die 8. Kompanie in der Schönebergerstraße. Dort waren zwei Pferde mit samt dem Wagen über die Kaimauer in den Hof gestürzt. Die Rettung der beiden zwischen den Rähnen im tiefen Wasser schwimmenden Pferde war nicht leicht. Mehrere Feuerwehrmänner mußten ins Wasser und den Tieren Gurten um den Bauch befestigen, an denen sie dann aufs Trockene gebracht wurden. Zwei Wasserrohrbrüche veranlaßten das Ausdrücken der Wehre nach der Alexanderstr. 20a und nach der Lützowstr. 78, wo vor dem Hause das Wasser emporgedrungen war. Ein Kellerbrand mußte in der vorletzten Nacht in der Prenzlauerstr. 36, wo Lumpen, Papier etc. brannten, gelöscht werden und im Keller Krausenstr. 80 brannten Holzwaren und anderes. Ferner wurde die Wehre wegen eines Wohnungsbrandes nach der Holzmarktstraße 37 gerufen. Mit Erfolg wurde ein Sauerstoffapparat am Kronprinzener-Ufer 87 bei einem Erkrankten benutzt. Außerdem hatte die Wehre noch in der Königstraße und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmte in ihrer Sitzung am Montag dem Antrag des Magistrats zu, das Pflegepersonal im städtischen Krankenhaus zu vermehren, gleichzeitig soll den Anträgen der Armenverwaltung, Kinder unter 1 Jahr aufzunehmen, nach Möglichkeit entsprochen werden.

Ein Straßenregulierungsvertrag in der Friedenauerstraße fand ebenfalls Zustimmung, in demselben ist vorgesehen, daß Querwege nicht errichtet werden dürfen.

Ein Antrag der liberalen Fraktion verlangt die Errichtung eines Ferienheims für städtische Beamte und Lehrer. Begründet wird der Antrag vom Stadtverordneten Dr. Köhberg (Lib.) damit, daß die Stadt ein Interesse daran habe, daß die Beamten und Lehrer eine gute Erholung genießen können. Redner macht den Vorschlag, das Ferienheim in Verbindung mit der geplanten Kinderheilanstalt zu errichten. Stadtverordneter Küster (Soz.) fordert, den Antrag auszudehnen auf die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen und rügt, daß die Liberalen, die doch sonst immer betonen, auch für die Interessen der Arbeiter einzutreten, hier von den Arbeitern gar keine Notiz genommen haben. Stadtverordneter Schäfer (Hauöberfraktion) findet den Antrag wohl sehr nett, hält die Ausführung desselben aber für unmöglich, da die Mittel zu diesem Zweck nicht ausreichen. — Auf Antrag des Stadtverordneten Kuhnly wird

dann die Angelegenheit bis zu demnächstigen Staatsberatungen vertagt.

Angenommen wird sodann die Vorlage des Magistrats, den Erweiterungsbau des Krankenhauses in Angriff zu nehmen. Schon im vergangenen Winter hatte sich herausgestellt, daß die vorhandenen Betten in den einzelnen Abteilungen nicht ausreichten. Trotzdem unsere Parteigenossen schon damals den Ausbau des Krankenhauses forderten, setzte der Magistrat seine Hoffnungen darauf, daß der Sommer eine Abnahme des Krankenstandes bringen würde. Das ist nun nicht eingetreten, weshalb sich der Magistrat veranlaßt sieht, die Inangriffnahme der Arbeiten des Erweiterungsbau zu beantragen. Ein Versuch des Stadtverordneten Richard Schneider, die Angelegenheit weiter hinauszuschieben, fand bei der Mehrheit keine Zustimmung.

Ogleich mehrere Punkte bis nach den Ferien vertagt wurden, fand die Tagesordnung nicht ihre Erledigung. Es macht sich deshalb noch eine Sitzung vor den Ferien notwendig, die am Mittwoch stattfindet.

Unter den der Vertagung bis nach den Ferien verfallenen Anträgen befand sich auch die Vorlage des Magistrats, vom 1. April 1908 ab die Grundsteuer für unebaute Grundstücke auf den doppelten Satz zu erhöhen.

Treptow-Baumtschulenkweg.

Von der Eisenbahnbrücke in die Spree gesprungen. Große Aufregung rief gestern an der Eisenbahnbrücke am Treptower Bahnhof der Selbstmord einer unbekanntem Lebensmüde hervor. Die Selbstmörderin hatte sich auf unerklärliche Weise Zugang zu der Brücke verschafft und in dem Augenblick, als ein Eisenbahnzug vorüberfuhr, stürzte sie sich in die Spree hinab. Hinzukommende Fischer versuchten die Lebensmüde zu retten, sie konnten aber nur noch ihren Leichnam aus dem Wasser ziehen. Einen Regenschirm, einen gelben Strohhut und ein Buch, in dem der Name Schulz stand, hatte die Unbekannte auf der Brücke zurückgelassen.

In der am Dienstag in Speers Festsälen in Baumtschulenkweg abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte Genosse Grünwald über „Das Erfurter Programm“. In großen Umfassen gibt der Vortragende ein anschauliches Bild von den Anfeindungen, denen unser Erfurter Programm seit Mitte der Vier Jahre seitens der sogenannten Revisionisten ausgesetzt gewesen sei. Der Parteitag in Hannover habe aber mit großer Majorität diese Reformbestrebungen weit von sich gewiesen. In eingehender, leicht verständlicher Weise bespricht Redner die abweichenden Ansichten Vernfeins vom Erfurter Programm, wie er sie in seinem bekannten Buche „Die Voraussetzungen des Sozialismus“ niedergelegt und stellt ihnen die von Marx, Kautsky und ihren Anhängern vertretenen Lehren und Anschauungen gegenüber, welche im Erfurter Programm enthalten sind. Die Letzten Wahlen hätten zur Genüge bewiesen, daß sich unsere sog. Revisionisten auf falscher Bahn befinden, daß mit dem heutigen Liberalismus nichts anzufangen sei, hätten ja auch Vernfein und Genossen längst eingesehen. Der Liberalismus wolle mit seinen billigen Reformen das Proletariat einfallen und von den im Erfurter Programm gestellten Zielen und Wegen abbringen. Wer an unserem Programm zittelt, der handele gegen die Interessen des gesamten Proletariats. Reicher Beifall lohnte den Redner am Schluß seiner lehrreichen und interessanten Ausführungen. — In der sich anschließenden Diskussion macht u. a. Genosse Wiedlich den Vorschlag, in maßgebenden Kreisen für Herausgabe von kurzen, leicht verständlichen Erklärungen zum Erfurter Programm Stimmung zu machen, was der Referent in seinem Schlußwort als nicht ganz leicht aber erstrebenswert bezeichnet. — Als Delegierte zur Kreis-Generalversammlung werden die Genossen Pöfist, Blumede, Strieder und als Erziehungsmann Palm gewählt. — Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Rummelsburg.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich auf dem Grundstück der Norddeutschen Eiswerke in der Hauptstraße in Rummelsburg zugezogen. Der Dachdecker Karl Raule hatte auf einem der Gebäude Reparaturarbeiten auf dem Dach angefaßt. Als er am Rande des Daches entlangschritt, verlor er plötzlich das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe. Er zog sich bei dem Sturz einen schweren Armbruch und anscheinend innere Verletzungen zu, so daß seine Einlieferung in das Krankenhaus notwendig wurde.

Potsdam.

Eine besondere Stadtverordnetenversammlung wurde noch kurz vor den Ferien notwendig. Sie hatte sich hauptsächlich mit der zweiten Lesung der Vorlage betreffend die Einführung einer Grundwertsteuer zu befassen. Auf der Suche nach neuen Steuern für die im Jahre 1910 zwangsweise zur Aufhebung gelangende Schlachtsteuer (circa 800 000 M. abzüglich familiärer Ausgaben) schlägt der Magistrat als Ersatz diese Steuer vor. Der Besteuerung soll der gemeine Wert der steuerpflichtigen Grundstücke zugrunde gelegt werden. Die Grundsteuer wird nach einem für jedes Steuerjahr durch Gemeindefeststellung festzustellenden Satz von jedem Tausend Mark des gemeinen Werts der einzelnen Grundstücke erhoben. Der gemeine Wert kommt für die Besteuerung nur mit drei Viertel zur Anwendung bei Gebäuden der Arbeiter, Handwerker usw., wenn die Gebäude dazu bestimmt sind, von ihnen ausschließlich oder außer von ihnen selbst nur von höchstens zwei anderen Arbeitern oder Handwerkerfamilien bewohnt zu werden. Man hofft auf die Weise erstens die Bilanzsteuer und Inhaber von sogenannten „besseren Häusern“ etwas härter zum Zahlen heranzuziehen, zweitens auch die staatlichen Gebäude, von denen es ja eine ganze Anzahl in Potsdam gibt, zur Steuer heranzuziehen und drittens bei dem Mangel an kleinen Wohnungen die Häuser mit solchen etwas zu entlasten. Ratschlich fand dieser Steuerentwurf bei den Vertretern der Haus- und Grundbesitzer bedeutende Opposition. Aber es half nichts. Trotz der Schwärzereien des Vorsitzenden des Haus- und Grundbesitzervereins Stadts. Herrmann, sowie des Vereinsorgans Stadts. Löpfer, wurde die Vorlage mit großer Mehrheit angenommen. — Als Beihilfe zur Unterhaltung der Säuglingsmilchküche des Vaterländischen Frauenvereins werden jährlich 1000 M. bewilligt und zwar 500 M. als Beihilfe und 500 M. als Miete. Man hätte besser getan, wenn man solche Einrichtungen überhaupt gleich vollständig in die Regie der Stadt selbst übernehmen würde. — Für den Fernsprechanschluß, den der Magistrat mit der Wohnung des Stadtbaurats ohne vorherige Genehmigung der Versammlung hat herstellen lassen, werden, nachdem der Stadts. Herrmann beantragt hatte, die Kosten abzulehnen, weil nicht die Genehmigung der Versammlung eingeholt war, 200 M. bewilligt. — In der geheimen Sitzung wurden folgende vier Kandidaten zum Bürgermeisterposten in die engere Wahl gestellt: Stadtrat Düring-Dromberg, Stadtrat Dr. Dier-Potsdam, zweiter Bürgermeister Rodig-Fors i. L. und erster Bürgermeister Rohde-Merfeld. Die Wahl selbst findet erst in der Sitzung am 5. Juli statt.

Aus Industrie und Handel.

Preispolitik. Unter vorstehender Überschrift bringt die „Deutsche Fleischzeitung“ einen Artikel, in dem es heißt: „Wir haben mehrmals auf die Gefahren hingewiesen, die dem Fleischhandwerk durch die Bestrebungen entstehen, überall Schlächtereien auf genossenschaftlicher Grundlage ins Leben zu rufen. Eine Anzahl Städte haben schon Kommunalfleischereien geschaffen und die Landwirte gehen jetzt allen Ernstes darauf aus, den dänischen Schlächtereigenossenschaften zu folgen und das von ihnen produzierte Vieh selbst gewerbmäßig auszufinden. So sicher das diesen Unternehmungen schlecht bekommen wird und schädlich das letzte Ende für den gesamten Mittelstand sein muß, so scheint es doch, als sollte in der Tat das Experiment dauernd in sehr großem Maßstabe gemacht werden. Das Ziel aber ist eine Monopolisierung der städtischen Fleischversorgung durch die organisierten Landwirte.“

Wie ist dem zu begegnen? Unsere Leser wissen ganz genau, daß wir ihnen von Herzen gute Preise gönnen und daß wir nichts Besseres wünschen, als ein florierendes Fleischhandwerk. Wir haben oftmals erklärt, daß auch bei niedrigen Schweinepreisen der Fleischer nicht sofort ganz entsprechend folgen kann, einmal weil er vorher bei hohen Schweinepreisen schwere Verluste erlitten hat, zweitens, weil die Ware, die er verkaufen soll, zum Teil aus teuer eingelaufenen Rohstoffen hergestellt ist. Trotzdem ist es unter Umständen erforderlich, die Preise nicht nur nach Recht und Billigkeit, auch nicht nur dem eigenen individuellen Nutzen gemäß zu normieren, sondern in Berücksichtigung der allgemeinen Geschäftslage hier damit herunter zu gehen, als an sich erforderlich und gut wäre. Das ist das Verfahren, welches wir als Preispolitik bezeichnen.“

Es kriselt in Amerika. Die New Yorker Firma Willen Bros ist in ihren Stahlwerken mit Aufrufen überhäuft, trotzdem hat sie ihre Zahlungen eingestellt. Die Verbindlichkeiten sollen 1/2 Millionen Dollar betragen, wovon amähernd die Hälfte in hypothetisch sicher gestellten Anteilscheinen. Die Wertobjekte an Grundbesitz, Maschinen und Einrichtungen werden auf 8 1/2 Millionen Dollar angesetzt. Wie die „New Yorker Handelszeitung“ berichtet, wird der Betrieb des 8500 Arbeiter beschäftigenden Stahlwerkes von den Pfandverwaltern fortgeführt werden. Das Geschäft der Firma war weitverzweigt; sie hat Geschäftskonten in London, Antwerpen, Johannesburg, Cape Town, Havana, Mexico City, San Francisco, Portland, Ore. und in Honolulu.

Gerichts-Zeitung.

Hinter den Kulissen der Damula.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wurde gestern aus Anlaß einer Verleumdungssache die Gründungsgeschichte der sogenannten Damula besprochen. Als Kläger trat der Direktor der Deutschen Armee-, Marine- und Kolonial-Ausstellung, Albert Hüster, als Privatkläger der Produzent des „Stella-Verlags“ Paul Neizer auf. Der Privatkläger ist Direktor und Generalbevollmächtigter der „Damula“. Diese Ausstellung ist, wie in der Verhandlung festgestellt wurde, ursprünglich von dem Verein deutscher Militärfestungsbauer inaugurirt. Der ursprüngliche Gedanke ist später erweitert worden. Herr Hüster erhält als Direktor und Generalbevollmächtigter von jedem Quadratmeter Ausstellungsraum eine Mark und außerdem von dem einzelnen Ueberstuh und von den direkten Entreeeinnahmen einen Prozentsatz. — Der Stella-Verlag hatte gegen Zahlung einer Lizenz von 15 000 Mark das Monopol für den Ausstellungs-Katalog erworben. Es kam in dieser Beziehung zu Differenzen zwischen dem Stella-Verlag und dem Arbeitsausschuß. Der Angeklagte behauptet, daß seine Firma erfahren habe, daß der Direktor der Ausstellung, Herr Hüster, schlecht beleumundet und bei einer Amtierung des Herrn Hüster an der Spitze der Ausstellung ein großer Ausstellungsandal zu befürchten sei. Der Angeklagte behauptet ferner, daß seine Firma als Verlegerin des Katalogs aus dem Verträge heraus wollte, da mehrere Inkonten ihre Interate nicht haben geben wollen, weil sie erfahren, daß Herr Hüster an der Direktion der Ausstellung beteiligt sei. Die Firma unterbreitete der Ausstellungslitung brieflich ihre Vorklage. Infolge dieses Briefes waren der Inhaber der Firma, Erich Neizer und der Angeklagte am 11. Januar er. von Herrn Hüster zu einer persönlichen Besprechung in die Direktionsräume geladen worden. Dabei ist es zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Der Streit endete damit, daß Herr Hüster seine beiden Gegner — wie er sich im geringen Termin ausdrückte — „hinandwarf“. An demselben Tage noch richtete der Angeklagte an die beiden Mitglieder des Arbeitsausschusses Otto Warnik und Major von Unger, die teilweise bei jenem Rencontre zugegen waren, einen Brief, in dem es etwa hieß: Er halte es nicht für nötig, Herrn Hüster wegen Verleumdung zu belangen, denn dieser sei nicht der Mann, der ehrenhafte Leute beleidigen könne. Er stellt den Adressaten anheim, sich nach der Vergangenheit des Herrn Hüster zu erkundigen, schon mit Rücksicht darauf, daß der Kronprinz das Ehrenprotectorat der Ausstellung übernehmen sollte. Privatkläger Hüster behauptete, daß die Differenzen mit dem Stella-Verlage dadurch entstanden seien, daß dieser die abgemachten Zahlungsfristen nicht innegehalten habe. Seine Personalisten stellten ein unbeschriebenes, reines Blatt dar. Auf Antrag des Beklagten beschloß das Gericht, ein Urteil der hannoverschen Strafkammer vom 7. Januar 1898 und ein dieses Urteil aufhebendes Urteil des Straßenats des Oberlandesgerichts zu Celle zu verlesen. Es handelte sich um eine Verleumdungssache, die Herr Hüster (der früher in Hannover ein Konfitürengeschäft innehatte) gegen einen gewissen Hermann angestrengt hatte, der einem Geschäftsfreunde eine außerordentlich schlechte Auskunft über Hüster erteilt hatte. Der Prozeß endete damals in letzter Instanz mit der Freisprechung des Beklagten. In dem verlesenen Urteil der Strafkammer wurde u. a. festgestellt, daß nach Ausweis der Personalisten Herr Hüster fünfmal in gerichtliche Untersuchung gezogen worden sei, und zwar wegen Diebstahls, Rotzucht, Unterschlagung, Hausfriedensbruch und Erpressungsversuchs. In allen diesen Fällen sei das Verfahren eingestellt. In einem weiteren Verurteilung sei er freigesprochen. Die weitere Feststellung in dem Urteil, daß nämlich Herr Hüster wegen der großen Zahl jener Untersuchungen aus dem hannoverschen Landsturmverbande entfernt worden sei, wurde vom Privatkläger entschieden bestritten. Der Verteidiger des Klägers beantragte ebenfalls auch den Kommerzienrat Kühnemann als Zeugen vorzuladen, der dem Privatkläger seinerzeit für seine erfolgreiche Tätigkeit bei der Berliner Gewerbeausstellung ein glänzendes Zeugnis ausgestellt habe. — Nach längerem Waidoyers der Anwälte, erkannte das Gericht den Angeklagten der Verleumdung nicht schuldig, sprach ihn frei und legte die Kosten der Privatklage dem Privatkläger auf. Der Gerichtshof hielt den Wahrheitsbeweis nicht für erwacht, nahm aber an, daß der Angeklagte durch gewisse Momente, die in dem früheren Leben des Privatklägers gespielt haben zu der Meinung gedrückt sein konnte, daß der Kläger eine Personlichkeit sei, mit dem sich zu Klagen ihm nicht zur Ehre gereichen würde und ihm nicht zugemutet werden könne. Dem Angeklagten stehe auch der Schutz des § 193 Wahrnehmung berechtigter Interessen zur Seite.

Vermischtes.

Eisenbahnkatastrophe in Amerika.

In der Nacht zum 24. d. M. fuhr ein Personenzug auf der Station Hartford der Eisenbahnlinie New York-New Haven-Hartford auf einen Arbeiterzug auf. Elf Personen wurden getötet, 35 verletzt. Ein großer Teil der Wagen des Arbeiterzuges wurde zerstört. Erklärter wurde die Rettung der Besatzung dadurch, daß die Kränne in Brand gerieten. An der Unfallstelle spielten sich herzerregende Szenen ab, das Schmerzenschreien der Opfer, die vergeblich auf ihre Rettung hofften, war fürchterlich. Die Getöteten und Verletzten sind zum Teil italienische Arbeiter, die den Arbeiterzug benutzten, die Passagiere des Personenzuges kamen mit dem bloßen Schreck davon.

Sum Untergang des Dampfers „Santiago“.

Neuere Meldungen über die Schiffskatastrophe an der holländischen Küste lassen die Größe des Unglücks, das den amerikanischen Passagierdampfer heimjunkte, in ihrem ganzen Umfange erkennen.

Es gelang nur dem Steuermann des Schiffes, sein Leben zu retten, die Passagiere und das übrige Schiffpersonal fanden in den Wellen ihren Tod. Der Dampfer soll eine Besatzung von 87 Mann gehabt haben, glücklicherweise waren nur vier Passagiere an Bord. Wie gemeldet wird, sollen sich die Maschinen des Dampfers schon bei der Abfahrt von Corral in schlechtem Zustande befunden haben, der Kapitän versuchte das vom Sturm überfallene Schiff nach Valparaiso zu führen, was ihm wegen der defekten Maschine jedoch nicht gelang.

Der Gymnast als Liebhaber und Mörder.

In Kadan, Ungarn, unterhielt der 17 Jahre alte Gymnast Frank Wito mit der Kaufmannstochter Hinta ein Liebesverhältnis. Als die beiden merkten, daß der Kaufmann hinter ihre Beziehungen kam, ermordeten sie ihn durch Revolvergeschüsse. Die beiden Mörder wurden verhaftet.

Abgestürzt.

Vom Sonnenstein ist, wie aus Gmunden gemeldet wird, der 16 Jahre alte Gymnast Holzinger abgestürzt und hat lebensgefährliche Verletzungen davongetragen.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen Deutschlands (E. P. 26.) Offenbach a. M. Verwaltungsstelle Berlin I. Heute abend 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Saal 3, Engel-Platz 15: Außerordentliche Hauptversammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Dankschreiben, Beschlüsse, Ertrag aus Vindikation 101) wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Donnerst. 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jede Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Briefkastenbezeichnung. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

W. P. 6. Uns leider nicht bekannt.
S. 33. In beiden Fällen ist der Amtsvorsteher nach dem Gesetz im Recht. — **E. P. 1.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Charlottenburg und falls das Geschäft in Berlin sich befindet, Berlin. 4. Beide Wege sind zulässig. — **J. K. 7.** § 199 des Strafgesetzbuches gestattet bei Verleumdungen, die auf der Stelle erwidert werden, auf Straflosigkeit zu erkennen. — **H. B. Köpcke.** Da Sie einen schriftlichen Vertrag nicht besitzen, so können Sie höhere Mietzahlung bis zur Instandsetzung der Wohnung ab. Anders läßt es, wenn einer der gebrauchlichen Mietverträge unterzeichnet wäre. — **C. S. 1.** Beantragen Sie nochmals Auszahlung der Summe bei der Hinterlegungstelle, weisen Sie auf das Schreiben der Einziehungsform hin und legen Sie außerdem unter Vorlegung des Sachverhalts Bescheinigung beim Finanzminister gegen die Hinterlegungsstelle ein. — **J. Gradnik.** Die ohne Karte Verkauften können nach erteilten Vollstreckungsverordnungen über das Raubverfahren straflos sein. Warten Sie einmündig Strafantrag ab und sprechen Sie mit demselben einmündig in der juristischen Sprechstunde vor. — **Wauer.** Die beschriebenen Handlungswesen können als Unterhaltungen und Betrugserfolg verfolgt werden. Die Strafanzeige ist an den Staatsanwalt zu richten. Die Ver-

folgung geschieht von Amts wegen. Bezahlung tritt erst in fünf Jahren ein. — **H. R. 101.** Nein; es muß spätestens am 3. des ersten Monats des Quartals zum Quartalsabschluss gefordert werden. — **112. Ja.** — **J. 2. 10.** Nach dem Gesetz: nein. — **W. P. 101.** 1. Ist über die Kündigung und über die Dauer des Vertrages nichts vereinbart, so sind Chambrage- und sonstige Mietverträge, nach deren monatlich Miets zu zahlen ist, bis spätestens am 15. zum Schluß des Monats zu kündigen. 2. Nein. — **Sypsothel.** 1. Nein. 2. Ja. 3. Klagen Sie auf Zahlung, am besten durch einen Rechtsanwalt. — **R. M. 29.** Zur Anstellung einer sonst gerechtfertigten Klage möchten wir nicht raten, weil die spätere Verurteilung zu einer Abweisung der Klage auf Ihre Kosten führen könnte. — **P. W. Moskat.** Der Abzug ist leider nicht zulässig. — **P. 61.** Voraussetzungen sind die Konzeption erteilt werden. — **77.** Der Wirt hat die Schrift wieder herzustellen. — **M. S. 80. Vorkaufswahl.** Die Klage auf Schadenersatz hat Aussicht auf Erfolg. — **W. 2. 31.** Zur Beschäftigung müssen Sie angemessene Zeit frei stellen. Können Sie sich nicht mit dem Wirt einigen, so würde das Gericht entscheiden, was angemessene Zeit ist. Das höchste Gericht hat die Zeit von 9-5 als angemessen in mehreren Entscheidungen bezeichnet. 2. Ja. Nach § 1578 kann der Ehemann der für schuldig erklärten Frau die Fortführung seines Namens unterlagen. Die Unterlegung geschieht in Preußen durch Mitteilung an den Standesbeamten, der die Ehe geschlossen hat. 3. Der Vater ist Vermögter, auf Antrag kann aus besonderen Gründen ein Pfleger vom Gericht ernannt werden.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthaus-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 70-72 pr. 100 Pfd., IIa 64-66, IIIa 59-60, Rindfleisch Ia 65-70, IIa 55-64, Rindfleisch 52-60, da mager 40-50, Ferkel 54-56, Vullen, dan. 0,00, da hell 0,00, Rindfleisch, Doppellender 100-120, Kalbfleisch Ia 81-90, IIa 72-82, IIIa 0,00, Kälber ger. gen. 50-55, da. hell 0,00, dan. 0,00, Hammelfleisch Marktlamm 74-78, Ia 69-73, IIa 62-68, Schafe 59-62, Schweinefleisch 50-57, Rindfleisch pr. Pfund 0,65-0,83, IIa 0,40-0,60, Rindfleisch, Aufschlag Ia 0,50-0,62, Dammfleisch 0,00, Wühlweine 0,27-0,35, Fischlinge 0,00, Rindfleisch pr. Stück 0,00, Kälber, alte, pr. Stück 1,30-2,25, IIa 0,80-1,20, da. junge 0,50-0,90, Hamb. Rind 0,60-0,92, Lamm 0,40-0,60, Kalben 0,00, Gänse pr. Stk 1,00 bis 2,00, da. Hamburger pr. Stk 1,30-3,10, Gänse pr. Pfd. 0,65-0,73, da. pr. Stk 2,00-4,80, da. Hamburger pr. Stk 2,00-4,80, da. Dresdener pr. Stk 0,00, Poulet 0,40-0,80, Gänsebrüher 0,00, Döckle pr. 100 Pfd. 102-121, matt 89-101, da. kein 0,00, da. groß 0,00, Bänder 0,00, Schafe, klein 0,00, da. groß 0,00, da. 67-85, Kälbe, groß 120-126, da. groß und mittel 112-114, mittel 106-120, unfr. 77-90, da. klein 0,00, Böden 0,00, da. klein 0,00, Rindfleisch 0,00, Stücken 60-77, Mele, klein 0,00, matt 0,00, Summe Rindfleisch 82-79, Farle 0,00, da. matt 45-75, Karawachen 0,00, Bleifische 0,00, Wels 41-58, Wand 0,00, Knappen 0,00, Amerikaner Lachs Ia neuer, pr. 100 Pfd. 110-130, da. IIa neuer 90-100, da. IIIa neuer 60, Seelachs 10-20, Sprossen, Kiefer, Hohl 0,00, Danziger, Riste 0,00, Hühner, Kiefer, Stiege Ia 3-6, mittel pr. Riste 1-2, Hamb. Stiege 4-6, halbe Riste 2-3, pomm. Ia Schod 4-6, IIa 0,50-2,50, Südlinge, Kiefer der Wall 2-2,50, Straß 2-3, Kälbe, groß pr. Pfd. 1,10-1,40, mittelfeines 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Deringe pr. Schod 5-9, Scherliche Riste 3,00-5,00, 1/2 Riste 2-2,50, Kalkun, geräuch. pr. 100 Pfd. 15-20, Dorsch, Riste 2,50-3,00, Goldfische, Schod 2-15, Sardellen, 1902er pr. Huter 98, 1904er 98, 1906er 98, 1908er 90-95, Schottische Walleringe 1905 0,00, large 40-44, full 38-40, med. 36-42, deutsche 37-44, Deringe, neue Rastee, pr. 1/2 To. 50-120, Sardinen, russ., 1/2

1,50-1,60, Walleringe, 1/2 To. 1,20-1,40, da. Döhje (4 Pfund) 1,25-1,50, Neumagen, Schodsch 11, da. kleine 5-6, da. Risten 14, Eier, Land, unsortiert pr. Schod 2,95-3,10, da. große 3,50, Krebse pr. Schod große 0,00, da. mittelfeine 19, da. kleine 4-4,50, da. unsortiert 0,00, da. Waller groß 0,00, da. klein 0,00, Butter pr. 100 Pfd. Ia 106-110, IIa 103-106, IIIa 100-102, abfallende 90-95, Saure Gurken Schod 4,50, da. neue 6-8, Pfeffergurken 4,50, Kartoffeln pr. 100 Pfund magnum bonum 4,25-4,50, Daberje 4,25-4,50, weiße 3,50-4,00, Porre, Schod 0,80-1,25, Meerrettich, Schod 3-11, Spinal pr. 100 Pfund 10-12, Karotten, fleißig, Schodsch 4,00-5,00, Sellerie, fleißig, pr. Schodsch 2,00-3,00, Zwiebeln grün, pr. Schod 0,80, da. kleine 0,00, da. fleißig (Perl-) 0,00, Charlotten 0,00, Petersilie, grün, Schodsch 0,80-1,20, Knoblauch Schod 0,60-1,25, Rettig, hart, neue Stück 0,12-0,16, Röhrrüben Schodsch 2,50-5,00, Richtigfisch pr. Schod 6,00-8,00, Klabarder 100 Pfund 0,50-0,55, Bergdorfer, pr. 100 Pfund 0,00, Korkeln pr. Pfund 0,00, Sandmorcheln pr. 100 Pfd. 0,00, Radmeier pr. Pfund 0,30-0,45, Echten pr. 100 Pfd. 10-12, Pfefferlinge pr. 100 Pfund 20-30, Rindfleisch pr. Schod 0,75-1,25, Salat pr. Schod 1,00-1,10, Spargel Ia 100 Pfd. 30-45, da. IIa 15-24, da. IIIa 8-11, da. unjert. 0,00, da. Beiliger Ia 35-40, da. Beiliger IIa 29-30, da. Beiliger IIIa 10-15, Stachelbeeren, grün, pr. 100 Pfd. 14-16, hell 10-12, Apfel, fleißig, pr. 100 Pfund 0,00, da. Australier, pr. Riste 8-15, Erdbeeren, franz., 50 Kg. 0,00, dito Holländer Koob 0,40-0,50, dito 50 Kg. 40-50, da. Dresdener, Ranne 0,80-0,85, da. fleißig 50 Kg. 22-25, da. Beiliger, 50 Kg. 0,00, da. Werderje, 50 Kg. 0,00, Langarmhüter 0,00, Balderbeeren 60-120, Kirschen, franz., in Risten von je 1 Kg. Riste 0,00, da. ital. 50 Kg. 12-25, da. Gubener, 50 Kg. 12-18, da. Edel. 50 Kg. 8-15, da. Gelberger, 50 Kg. 0,00, da. Werberje 50 Kg. 12-15, Birnen, Meßing, 300 Stück 9,00-12,00, 200 Stück 8,50-11,00, 200 Stück 6,00-12,00, Äpfelinen, Jassa, pr. Riste 0,00, Marica 200er Riste 0,00, da. 300er 0,00, Valencia 300er Riste 0,00-0,00, da. 114er 0,00-0,00, Meßing, 100er 0,00-0,00, 150er 0,00, 160er 0,00, 200er 7,50-12,50, 300er 0,00, 100er 0,00, 150er 0,00, 200er 0,00, 300er 0,00.

Witterungsbericht vom 25. Juni 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperat. in Grad C.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperat. in Grad C.	
Stettin	756	SW	4	bedekt	15	Hagen	750	SW	4	bedekt
Dresden	754	SW	3	bedekt	13	Berlin	751	SW	3	bedekt
Berlin	756	SW	3	bedekt	15	Frankfurt	759	SW	3	bedekt
Frankfurt	759	SW	3	bedekt	14	München	763	SW	3	bedekt
München	763	SW	3	bedekt	14	Wien	764	SW	1	wolkig

Wetter-Pragnose für Wittwoh, den 26. Juni 1907. Hellwetter anfangend, vorwiegend trübe, kühl und regnerisch bei frühlichen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 25. Juni vorm. Elbe bei Ruffa — Meter, bei Dresden — 1,57 m. — Elbe bei Magdeburg 1,06 Meter. — Oder bei Rathow 2,42 Meter. — Oder bei Dresden — 1,14 Meter, steigt. — Oder bei Bries 2,86 Meter. — Reichensand 2,48 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Wittwoh, den 26. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Hgl. Schauspielhaus. Fernände. Neues Hgl. Opernhaus. 1001 Nacht.
Anfang 8 Uhr.

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Umbine.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Räthliches Theater) April-Prinz-Deutschland. Der Jongleur.
Kleines. Gahndel Franz Webedind. Romische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Wochen. Die lustige Witwe.
Neues Schauspielhaus. Koppenroth Erben.
Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen?
Vahndelhand. Die Welt ohne Männer.
Thalia. Staatsanwalt Alexander. Luise. Das Rätsel seiner Ehe. Bernhard Hofe. Der große Unbekannte.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Wintergarten. La Tortajada.
Spezialitäten.
Elyette. Der lustige Witwe. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Polis Coprice. Geisterauto. — Paris.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubentrache 18 19.
Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.
Sternwarte. Inhabentk. 57/62.

Kleines Theater.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Gastspiel Frank Wedekind.
Donnerstag: Ein idealer Gatte.
Freitag: Nachtschl.
Sonntag: Ein idealer Gatte.
Sonntag: Nachtschl.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Exercit in 3 Akten v. Franz Rebat.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Exercit in 3 Akten v. R. Pennequin und P. Weber.

Lustspielhaus.
8 Uhr: Wiener Entenbrot. Gahndel Die Welt ohne Männer.
Heftl. Wälder als Gatt.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 31.
Abends 8 Uhr:
Das Rätsel seiner Ehe und folgende Tage.
Sonntag, den 24. Juni, nachm. 3 Uhr:
Das Rätsel seiner Ehe.
Montag, den 1. Juli, zum erstenmal: Bertreteneid Glück.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.

GOLODCHSCHER GARTEN
Täglich nachm. 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollander. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Rauchen überall gestattet.

Opello Theater
8 Uhr: Glänzende Spezialitäten mit Jean Clements' Hühner-Parodie Barren u. Belleid.
Abends 9 1/2 Uhr:
Hartstein in seiner Quartier:
Der lustige Witwe.
1. Bild: Das letzte Mal.
2. Bild: Die Folgen davon.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr:
Die kleine Rakete mit Paulette von Roy.
14 großartige Spezialitäten.

Sanssouci. Kottbuser Str. 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Somst., Mont., Donnerst.: Hoffmanns Nordd. Sänger u. Tanzkünstler.
Elets neues aktuelles Programm.
Somst. Den 3. wochent. 8 1/2 Uhr nächste Saison sind samst., Sonntag, bereite besetzt. Noch einige Mittwoch-Abende sind frei.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg, Bernspröder Str. 8. Frankfurt Chaussee 5.
Heute Mittwoch:
Große Soiree
der Willy Walde-Sänger.
Nach der Vorstellung: Familien-Kräuschen.
Jeden Sonntag: Künstler-Konzert und Spezialitäten.
Donnerstag, den 27. Juni:
Gr. Extra-Militär-Konzert
ausgeführt v. Trompeterchor d. 2. Garde-Dräger-Regt.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Wittwoh-Oper.
Mittwoh, abends 8 Uhr:
Elyette.
Romantisch-komische Oper in 4 Akten von Albert Lortzing.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Hugenotten.
Freitag, abends 8 Uhr:
Carmen.

WINTER GARTEN
Täglich nachm. 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

La Tortajada.
Glänzendes Programm.
BERNHARD ROSE THEATER
Hr. Frankfurterstr. 132.
Täglich: Anfang 8 1/2 Uhr.
Im Garten:
Das glänzende Juni-Programm.
Paul Carradi. — The Laundry.
Die Ballettschule.
Elyette 50 Pf. Entree 30 Pf.
Abends 8 1/2 Uhr im Theater:
Der große Unbekannte.
Sommerpreise.

Schweizergarten
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damantanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Gr. Kinderfreuden-Fest.
Puppentheater. — Bourbonregen.
Kinderfeste.
Gratulationsfeier:
I. Preise: 1 Silberne Damenuhr, 1 Silberne Herrenuhr.
Großes Doppel-Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Donnerstag:
Großes Brillant-Feuerwerk.

Gr. Kinderfreuden-Fest.
Puppentheater. — Bourbonregen.
Kinderfeste.
Gratulationsfeier:
I. Preise: 1 Silberne Damenuhr, 1 Silberne Herrenuhr.
Großes Doppel-Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Donnerstag:
Großes Brillant-Feuerwerk.

Gr. Kinderfreuden-Fest.
Puppentheater. — Bourbonregen.
Kinderfeste.
Gratulationsfeier:
I. Preise: 1 Silberne Damenuhr, 1 Silberne Herrenuhr.
Großes Doppel-Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Donnerstag:
Großes Brillant-Feuerwerk.

Gr. Kinderfreuden-Fest.
Puppentheater. — Bourbonregen.
Kinderfeste.
Gratulationsfeier:
I. Preise: 1 Silberne Damenuhr, 1 Silberne Herrenuhr.
Großes Doppel-Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Donnerstag:
Großes Brillant-Feuerwerk.

Gr. Kinderfreuden-Fest.
Puppentheater. — Bourbonregen.
Kinderfeste.
Gratulationsfeier:
I. Preise: 1 Silberne Damenuhr, 1 Silberne Herrenuhr.
Großes Doppel-Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Donnerstag:
Großes Brillant-Feuerwerk.

Gr. Kinderfreuden-Fest.
Puppentheater. — Bourbonregen.
Kinderfeste.
Gratulationsfeier:
I. Preise: 1 Silberne Damenuhr, 1 Silberne Herrenuhr.
Großes Doppel-Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Donnerstag:
Großes Brillant-Feuerwerk.

Gr. Kinderfreuden-Fest.
Puppentheater. — Bourbonregen.
Kinderfeste.
Gratulationsfeier:
I. Preise: 1 Silberne Damenuhr, 1 Silberne Herrenuhr.
Großes Doppel-Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Donnerstag:
Großes Brillant-Feuerwerk.

Gr. Kinderfreuden-Fest.
Puppentheater. — Bourbonregen.
Kinderfeste.
Gratulationsfeier:
I. Preise: 1 Silberne Damenuhr, 1 Silberne Herrenuhr.
Großes Doppel-Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Donnerstag:
Großes Brillant-Feuerwerk.

Gr. Kinderfreuden-Fest.
Puppentheater. — Bourbonregen.
Kinderfeste.
Gratulationsfeier:
I. Preise: 1 Silberne Damenuhr, 1 Silberne Herrenuhr.
Großes Doppel-Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Donnerstag:
Großes Brillant-Feuerwerk.

Schiller-Theater N. Friedrich-Wilhelm-Räthliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Kyrilz-Pyrits. Sommerpreise.

Deutsche Arme-, Marine- u. Kolonial-Ausstellung
DAMUKA
Am Wanneseebahnhof Friedenau
Heute Eintritt 50 Pf.
Militär und Kinder 25 Pf.
Geöffnet:
Ausstellungshallen bis 8 Uhr.
Ausstellungsgelände bis 12 Uhr.
Täglich: Große Konzerte.
Ausstellungsgelände a 1 M. berechtigten zum Eintritt.

Belle-Alliance-Garten
Herlichster Sommergarten Berlins.
Weltberühmte Illumination.
Vollständig neue Anlagen.
Täglich:
Elite-Variété-Vorstellung
Anf. wochentags 6, Sonntags 4 Uhr.

Neue Welt
Gartenstraße 108-114.
Jeden Mittwoch:
Gr. Kinderfreuden-Fest.
Puppentheater. — Bourbonregen.
Kinderfeste.
Gratulationsfeier:
I. Preise: 1 Silberne Damenuhr, 1 Silberne Herrenuhr.
Großes Doppel-Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Donnerstag:
Großes Brillant-Feuerwerk.

Gr. Kinderfreuden-Fest.
Puppentheater. — Bourbonregen.
Kinderfeste.
Gratulationsfeier:
I. Preise: 1 Silberne Damenuhr, 1 Silberne Herrenuhr.
Großes Doppel-Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Donnerstag:
Großes Brillant-Feuerwerk.

Gr. Kinderfreuden-Fest.
Puppentheater. — Bourbonregen.
Kinderfeste.
Gratulationsfeier:
I. Preise: 1 Silberne Damenuhr, 1 Silberne Herrenuhr.
Großes Doppel-Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Donnerstag:
Großes Brillant-Feuerwerk.

Gr. Kinderfreuden-Fest.
Puppentheater. — Bourbonregen.
Kinderfeste.
Gratulationsfeier:
I. Preise: 1 Silberne Damenuhr, 1 Silberne Herrenuhr.
Großes Doppel-Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Donnerstag:
Großes Brillant-Feuerwerk.

Gr. Kinderfreuden-Fest.
Puppentheater. — Bourbonregen.
Kinderfeste.
Gratulationsfeier:
I. Preise: 1 Silberne Damenuhr, 1 Silberne Herrenuhr.
Großes Doppel-Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Donnerstag:
Großes Brillant-Feuerwerk.

Gr. Kinderfreuden-Fest.
Puppentheater. — Bourbonregen.
Kinderfeste.
Gratulationsfeier:
I. Preise: 1 Silberne Damenuhr, 1 Silberne Herrenuhr.
Großes Doppel-Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Donnerstag:
Großes Brillant-Feuerwerk.

Gr. Kinderfreuden-Fest.
Puppentheater. — Bourbonregen.
Kinderfeste.
Gratulationsfeier:
I. Preise: 1 Silberne Damenuhr, 1 Silberne Herrenuhr.
Großes Doppel-Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Donnerstag:
Großes Brillant-Feuerwerk.

Gr. Kinderfreuden-Fest.
Puppentheater. — Bourbonregen.
Kinderfeste.
Gratulationsfeier:
I. Preise: 1 Silberne Damenuhr, 1 Silberne Herrenuhr.
Großes Doppel-Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Donnerstag:
Großes Brillant-Feuerwerk.

Gr. Kinderfreuden-Fest.
Puppentheater. — Bourbonregen.
Kinderfeste.
Gratulationsfeier:
I. Preise: 1 Silberne Damenuhr, 1 Silberne Herrenuhr.
Großes Doppel-Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Donnerstag:
Großes Brillant-Feuerwerk.

Gr. Kinderfreuden-Fest.
Puppentheater. — Bourbonregen.
Kinderfeste.
Gratulationsfeier:
I. Preise: 1 Silberne Damenuhr, 1 Silberne Herrenuhr.
Großes Doppel-Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Donnerstag:
Großes Brillant-Feuerwerk.

Gr. Kinderfreuden-Fest.
Puppentheater. — Bourbonregen.
Kinderfeste.
Gratulationsfeier:
I. Preise: 1 Silberne Damenuhr, 1 Silberne Herrenuhr.
Großes Doppel-Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Donnerstag:
Großes Brillant-Feuerwerk.

Gr. Kinderfreuden-Fest.
Puppentheater. — Bourbonregen.
Kinderfeste.
Gratulationsfeier:
I. Preise: 1 Silberne Damenuhr, 1 Silberne Herrenuhr.
Großes Doppel-Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Donnerstag:
Großes Brillant-Feuerwerk.

Prater-Theater.
Kaffenteller-Platz 7/9.
Täglich:
Flotte Weiber
Spezialitäten 1. Rang.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang wochentags 8 1/2 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und Restaurant.
Militär-Konzert.

Fröbels Allerlei-Theater
(früher Pahlmann)
Schönhauser Allee 148 und Kaffenteller-Platz 97/99.
Heute: Großer Gletscher des Riesengebirges erstl. Juni-Spielplan.
Karl Braun in seiner 75-jährigen Verwandlung.
Ein Abend im ameril. Musik-Hall und die übrigen 15 Kunstwerke.
Anf. 7 1/2 Uhr: Großstadtjäger.
Am Sonntag, den 24. Juni ca.: Venus Braun.

Walhalla-Variété-Garten
Schönhauser Allee 148, Kaffenteller-Platz 97/99.
Spezialitäten-Vorstellung.
Promenaden-Konzert.
Anf.: Sonntag 6; Vorstellung 7 Uhr.
Bei ungünstigem Wetter Vorstellung im Theater 8 Uhr.
Kleine Sommerpreise.

Brunnen-Theater
Goltzstraße 28. Direkt.: Bernh. Ross.
10 neue Illusionen 10.
Derminglontroppe, Kunststrahlbrat.
The Etouas, Gymnastik.
Die weltberühmte Teufelsdämonie
Eine unruhige Nacht der Phoites Gultano Truppe.
Ren! Carmen. Ren!
Kaffenteller-Platz 2 Uhr. Anf. 5 Uhr.
Sprechstunden von 10-1 Uhr an der Theaterkaffe.

Gustav Behrens-Theater.
Earlin W. Goltzstraße 9.
Das neue exquisite Juni-Programm.
Schlager auf Schlager!
Ren! Die Jungfrau v. Orleans.
Kaffenteller-Platz 2 Uhr. Anf. 5 Uhr.
Sprechstunden von 10-1 Uhr an der Theaterkaffe.

Gustav Behrens-Theater.
Earlin W. Goltzstraße 9.
Das neue exquisite Juni-Programm.
Schlager auf Schlager!
Ren! Die Jungfrau v. Orleans.
Kaffenteller-Platz 2 Uhr. Anf. 5 Uhr.
Sprechstunden von 10-1 Uhr an der Theaterkaffe.

Gustav Behrens-Theater.
Earlin W. Goltzstraße 9.
Das neue exquisite Juni-Programm.
Schlager auf Schlager!
Ren! Die Jungfrau v. Orleans.
Kaffenteller-Platz 2 Uhr. Anf. 5 Uhr.
Sprechstunden von 10-1 Uhr an der Theaterkaffe.

Gustav Behrens-Theater.
Earlin W. Goltzstraße 9.
Das neue exquisite Juni-Programm.
Schlager auf Schlager!
Ren! Die Jungfrau v. Orleans.
Kaffenteller-Platz 2 Uhr. Anf. 5 Uhr.
Sprechstunden von 10-1 Uhr an der Theaterkaffe.

Gustav Behrens-Theater.
Earlin W. Goltzstraße 9.
Das neue exquisite Juni-Programm.
Schlager auf Schlager!
Ren! Die Jungfrau v. Orleans.
Kaffenteller-Platz 2 Uhr. Anf. 5 Uhr.
Sprechstunden von 10-1 Uhr an der Theaterkaffe.

Gustav Behrens-Theater.
Earlin W. Goltzstraße 9.
Das neue exquisite Juni-Programm.
Schlager auf Schlager!
Ren! Die Jungfrau v. Orleans.
Kaffenteller-Platz 2 Uhr. Anf. 5 Uhr.
Sprechstunden von 10-1 Uhr an der Theaterkaffe.

Gustav Behrens-Theater.
Earlin W. Goltzstraße 9.
Das neue exquisite Juni-Programm.
Schlager auf Schlager!
Ren! Die Jungfrau v. Orleans.
Kaffenteller-Platz 2 Uhr. Anf. 5 Uhr.
Sprechstunden von 10-1 Uhr an der Theaterkaffe.

Gustav Behrens-Theater.
Earlin W. Goltzstraße 9.
Das neue exquisite Juni-Programm.
Schlager auf Schlager!
Ren! Die Jungfrau v. Orleans.
Kaffenteller-Platz 2 Uhr. Anf. 5 Uhr.
Sprechstunden von 10-1 Uhr an der Theaterkaffe.

Gustav Behrens-Theater.
Earlin W. Goltzstraße 9.
Das neue exquisite Juni-Programm.
Schlager auf Schlager!
Ren! Die Jungfrau v. Orleans.
Kaffenteller-Platz 2 Uhr. Anf. 5 Uhr.
Sprechstunden von 10-1 Uhr an der Theaterkaffe.

Diez' Spezialitäten - Theater.

Landsberger Allee 76-79.

Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Zugverbindung n. allen Stadtteilen.
Ob schön! Taglich: Ob Regen!

Die größte Sensation der Gegenwart:
3 Röhren Todesfahrt im drehbaren Globus.

Hans Röhre, der einzige Fahrer der Welt, welcher die endlose Schiene, nur 3 Meter Durchmesser, vertikal durchfährt. — Danton Brothers, phänomenale akrobatische Kunstleistungen. — Tho 5 Astloys, die fideles Partner, brill. Kunststück. — Mstr. Fredo mit seinem Lieber-Gitarre: Bong, Gel, Schwein und Gurdin. Dazu das neue und beste Programm Berlin. Anf. 3 Uhr. Kaffeebrüche. Volksbelustigungen aller Art. Entree 30 Pf.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Möbelpolierer.

Mittwoch, den 26. Juni, abends 8 Uhr, im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72:

Branchen-Versammlung

der
Möbel- und Stuhlpolierer sowie Beizer.

Tages-Ordnung:

1. Wirtschaftliche Kämpfe der Gegenwart. Referent: Stadtverordneter Genosse Adolf Ritter. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. Die Branchenleitung.

Achtung! Stellmacher. Achtung!

Unsere regelmäßige, am Donnerstag, den 27. Juni stattzufindende Branchenversammlung fällt wegen den am selben Tage in Freyer's Festsälen und den Germania-Feställen tagenden Mitgliederversammlungen aus.

Die Kollegen werden ersucht, hier vollständig zu erscheinen. Am Sonntag, den 11. Juli, findet als Ersatz eine öffentliche Stellmacherversammlung statt. Die Kommission.

Donnerstag, den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Zwei außerordentliche Mitglieder-Versammlungen

bei Freyer, Koppenstr. 29, und in den Germania-Prachtsälen, Chausseestr. 110.

Kollege Deinhardt-Stuttgart (Red. d. Holzarbeiter-Ztg.) und Kollege Müller-Köln.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: Die wirtschaftlichen Kämpfe der Neuzeit und welche Aufgaben stehen uns bevor. 2. Diskussion. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich in diesen Versammlungen zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Donnerstag, den 27. Juni 1907, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Festsetzung des vom 1. Juli zu zahlenden Beitrages und Regelung der Krankenunterstützung. 2. Bericht über die Geschäftstätigkeit des Gewerbegerichts. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dasselbe kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands

Berlin I.

Freitag, den 28. d. Mts., abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung

im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:

1. Erhebung einer Extrasteuer. 2. Wacht sich eine Änderung unserer bisherigen Stellungnahme zum Kampf im Baugewerbe notwendig? 3. Verschiedenes. Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist es Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

4361L*

Phänomenen-

Nach
Egyptischer Art
hergestellt.



Zigaretten
mit Kopf

3, 4 u. 5 Pf.

das Stück.

Zigarettenfabrik „NAMKORI“.

Sonntag, den 23. Juni, entschiedlich meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester und Schwägerin

Ida Klimke
geb. Diesing
im 48. Lebensjahre. 14965

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Franz Klimke, Kirchstr. 24.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt.

Zentralverband der Dachdecker.
Verwaltungsjahre Berlin.
Am 22. Juni verstarb unser Verbandsmitglied

Hermann Althaus.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 6 Uhr, auf dem Emmaus-Kirchhof in Niddorf, Hermannstraße, statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Verband der Sattler
Ortsverwaltung Berlin.
Am Montag, den 24. Juni, verstarb unser langjähriges Mitglied

Adolf Blanke
Werkstatt H. Becker & Co.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am Donnerstag, den 27. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, auf dem St. Georgen-Friedhof (am Niddorf). Um rege Beteiligung ersucht. Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein Charlottenburg.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Brauer

Joseph Winkler
Gruppe I
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 26. Juni, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes (am Niddorf) in Reinickendorf, Berlinerstraße 24/28, statt. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Freitag, 28. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (gr. Saal):

Außerordentliche

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zur Kündigung unseres Tarifvertrages.
 2. Gewerkschaftliches.
- Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt. Der Sektionsvorstand.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15, Hof I. — Fernsprecher Amt 3, No. 5028.

Freitag, den 28. Juni, abends 8 Uhr:

Außerordentliche

General-Versammlung

in den Musikersälen, Kaiser Wilhelmstr. 18m.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Lohnbewegung. 2. Diskussion. Der Vorstand. 3. U.: Juppenplatz.

Nachtrag

zu unserer Liste der bewilligten Bäckereien.

- | | | |
|------------------------------|------------------------|--------------------------|
| Reiterstr. 7, Targatsch. | Bankstr. 51a, Rang. | Niddorf. |
| Gr. Hamburgerstr. 33, Bobel. | Ritterstr. 15, Gänter. | Hermannstr. 173, Schulz. |
| Wegenerstr. 22, Schulz. | Bahmannstr. 29, Bobel. | |
- Liste**
derjenigen Bäckermeister, die wir wegen Tarifbruchs aus unserer „Bewilligten-Liste“ streichen mußten.
- | | | |
|------------------------------|-----------------------------------|----------------------------|
| Kalkomerstr. 57, Ober. | Linarstr. 14, Basold. | Lichtenberg. |
| Altenheimstr. 9, Böhmlein. | Röhlenstr. 51, Schön. | Friedrichstr. 7, Mattner. |
| Bornimstr. 5, Ziegler. | Röhlenstr. 60, Krause. | |
| Vietenbalerstr. 2, Wenning. | Kollstr. 49, Wiede. | Rixdorf. |
| Vorhagenstr. 27, Sieling. | Rappel-Wee 85, Dreßler. | Kalkstr. 21, Sulst. |
| Drontheimerstr. 13, Barth. | Deinstr. 27, Ziegler. | Kessingstr. 84, Verste. |
| Obertstr. 50, Bräuner. | Wilhelmsbavenerstr. 69, Schellin. | Kopstr. 45, Hoppe. |
| Bennstr. 48, Laddach. | Hionskirchstr. 13, Bobel. | Wilmshenerstr. 18, Böcker. |
| 51, Dants. | | Steinmeßstr. 131, Lorenz. |
| Hausburgstr. 26, Eder. | | |
| Hochstäbterstr. 23, Jachl. | | |
| Duffenstr. 43, Kiehlung. | | |
| Liebenwalderstr. 1, Bölen. | | |
| Lichtenbergerstr. 6, Winter. | | |

Wir ersuchen die verehrten Hausfrauen und Konsumenten, ihren Bedarf nur aus bewilligten Bäckereien zu beziehen!

Liste

derjenigen Milch- und Gemüsegeschäfte, die nachweislich Ware von unbewilligten Bäckereien beziehen.

- | | | |
|--|-------------------------------|-----------------------------------|
| Wasserstr. 35, Sello. | Nashmunderstr. 20, Friese. | Weidenburgerstr. 83, Strauß. |
| Kuflamerstr. 6, Terosiak. | Rochmannstr. 13, Schütz. | Bornsdorferstr. 39, Schwarz. |
| 53, Döring. | Rodenhagenstr. 15, Gerhard. | 52, Möbis. |
| 55, Witte. | Rögnitzerstr. 165, Burschka. | Zwinglstr. 14, Förster. |
| Bergstr. 17, Zaspel. | Rinkenstr. 213, Gruber. | Charlottenburg. |
| Bensstr. 79, Seehof. | Rosenhagenstr. 36, Hinz. | Helmholtzstr. 25, Kaba. |
| Bühnerstr. 18, Erdmann. | Rosenhagenstr. 13, Ziebart. | Rehringstr. 29, Krüger. |
| Babenstr. 43, Bier. | Rosenhagenstr. 2, Kemper. | Chausseestr. 78, Flischko. |
| Burgdorferstr. (alte Sparrstraße), Kikowski. | Rappel-Wee 9, Strödingler. | Wagmüllerstr. 43, Schulz. |
| Buttmanstr. 4, Heinz. | 53, Helm. | |
| Cabinerstr. 2, Pieper. | Petersburgerstr. 13, Krüger. | Reinickendorf-Weß. |
| Charlottenstr. 58, Viellard. | Hofmeisterstr. 3, Franka. | Antonienstr. 42, Lutter. |
| Cohenstr. 14, Pickalk. | 39, Rosner. | Wittestr. 7, Bier. |
| Goldbergerstr. 5, Duckert. | 43, Kumm. | Rixdorf. |
| Dunckerstr. 2a, Scholz. | Schönhaferstr. 8, Fink. | Gemeinstr. 15, Martin. |
| Ebertstr. 55, Kleinau. | Schwarzstr. 18, Bier. | Eisestr. 36, Backofen. |
| Fehmannstr. 1, Karbe. | Simon Dackstr. 27, Petersohn. | Neue Hofstr. 62, Koch. |
| Friedrichsbergerstr. 6, Sommer. | Stallstr. 59a, Hallmann. | Vägerstr. 55, Oswald. |
| 12, Heger. | Strehmannstr. 1, Haase. | 61, Ruhko. |
| 19, Friese. | Strellerstr. 69, Grämann. | Kaiser Friedrichstr. 9, Schickel. |
| 29, Freund. | Teelerstr. 15, Lauo. | Hummelsburg-Vorhagen. |
| 37, Pulkowski. | Tilsterstr. 84, Minkwitz. | Croßenerstr. 28, Karetzki. |
| Gandstr. 39, Pickert. | Uebomstr. 12, Jauer. | Gärnerstr. 28, Lindsko. |
| Gohlfamstr. 28, Schärer. | Wachauerstr. 47, Brause. | Kantstr. 18, Mägdefrau. |
| Gropiusstr. 2, Wolf. | Waldstr. 9, Wissmann. | Reinickendorf-Weß. |
| Hausbergstr. 8, Lasche. | Wiesenstr. 28, Leuz. | Wühlstr. 37, Hesse. |
| Hochstäbterstr. 27, Bruder. | | |
| Juffenstr. 22, Süßbo. | | |

Wir bitten die verehrlichen Hausfrauen und Konsumenten, die kämpfenden Bädereigenen dadurch wirksam zu unterstützen, daß sie ihre Ware nur aus Geschäften beziehen, die Brot und Backware von nur bewilligten Bäckereien entnehmen.

Die Lohnkommission.
Bureau: Auguststr. 36, Amt 3, 1243.

Sozialdemokrat. Wahlverein Franz.-Buchholz.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zimmerer

Gustav Zinn sen.
im Alter von 56 Jahren am Sonntag, den 23. d. Mts., verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 26. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Trauerhalle, Rosenhagenstr. 6, aus statt. Um rege Beteiligung, auch der stehenden und ausgesperrten Genossen am Orte ersucht. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsjahre Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner

Richard Wirth
am 23. d. Mts. an Lungenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes in Hohen-Schönhausen, Wilhelmberg aus statt. Rege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges treues Mitglied, der Kamerad

Albert Gaedtker
nach langer schwerer Krankheit am Sonntag, den 23. Juni, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Bezirk Wedding.
Am 22. Juni verstarb unser alter Kollege

Karl Stranz
im Alter von 70 Jahren an Lungenleiden.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 26. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Trauerhalle Seestraße 681 aus nach dem St. Georgen-Kirchhof in Reinickendorf, Berlinerstraße, statt. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Vereinigung der Maler, Sadieter, Anstreicher usw. Deutschlands.
Stille Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler

Hugo Lemke
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Augustahospitals, Schrambocherstraße, nach Reinickendorf statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Spenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters und Schwiegeraters sagen wir allen Freunden, Bekannten und den Kollegen des Zentralverbandes der Maurer unseren herzlichsten Dank. 62919
Wwe. Eisenberg nebst Kindern.